

JUNGE FREIHEIT



WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE



Wo bleibt die Antwort?

Nach den Attentaten von Nizza und Würzburg: Der islamistische Terror fordert uns heraus

Seiten 2, 3, 4, 7 und 13

Paß auf, was du sagst

Der Kampf gegen „Haßsprache“ verkommt zur staatlichen Gängelung unliebsamer Meinungen

THORSTEN HINZ

Polizeiliche Hausdurchsuchungen versetzen die Betroffenen, die keine Berufskriminellen sind, in einen Schockzustand. Sie verspüren eine kafkaeske Ohnmacht gegenüber der Staatsgewalt. Die Wirkung reicht tiefer als ein gewöhnlicher Wohnungseinbruch. Einbrecher begnügen sich zumeist mit Wertsachen – was schon zur nachhaltigen Traumatisierung der Opfer führen kann –, die Ermittlungsbehörden aber dringen gezielt in die Privat- und Intimsphäre ein. Außerdem führt die Polizeiaktion zur sozialen Stigmatisierung in der Nachbarschaft und im gesamten Umfeld, so am Arbeitsplatz. Die Ausgrenzung tritt desto sicherer ein, wenn die Durchsuchung unter Getöse um sechs Uhr früh in Gang gesetzt wird, was den Anwohnern die Gefährlichkeit des Delinquenten signalisiert.

Funktionierende Rechtsstaaten wenden die Maßnahme deshalb nur ausnahmsweise an, zur Abwehr von Terrorismus etwa oder zur Bekämpfung von Schwerekriminalität. Ist der Rechtsstaat beschädigt, wird die Hausdurchsuchung benutzt, um unliebsame Personen zu demoralisieren, zu isolieren und politisch auszuschalten, und das alles streng nach Gesetz!

Welche Motive für die über sechzig Hausdurchsuchungen ausschlaggebend waren, die vorige Woche in 14 Bundesländern wegen sogenannter „Haßpostings“ im Internet veranstaltet

wurden, kann hier nicht entschieden werden. Die Äußerungen von Politikern, aus Behörden und Pressekommentare lassen aber vermuten, daß ermittlungstaktische oder juristische Notwendigkeiten nicht eben im Vordergrund standen. Mit dem Einsatztag sollten „auch“ die Bürger „sensibilisiert“ werden, ließ das BKA verlauten. Wer im Internet auf Haßpostings stoße, solle Anzeige erstatten. Justizminister Heiko Maas triumphierte auf der Internetseite seines Ministeriums: „Das entschlossene Vorgehen der Ermittlungsbehörden sollte jedem zu denken geben, bevor er bei Facebook in die Tasten haut.“ Die Schlagzeile von Spiegel Online nannte die Aktion offen eine „Erzieherische Maßnahme“.

Solche Einlassungen wecken Zweifel zwar nicht an der Legalität, aber an der Legitimität der Aktion. Es handelt sich offenbar um eine politisch intendierte Maßnahme, bei der Polizei, Staatsanwaltschaft und der Verfassungsschutz in Marsch gesetzt wurden, um die öffentliche Debatten- und Meinungsbildung einzugrenzen.

Nun gibt es überhaupt keinen Zweifel, daß im Internet zahllose Äußerungen kursieren, die blödsinnig, unbedarft, ekelhaft, mitunter strafwürdig und auch geeignet sind, Haß gegen Andersdenkende zu schüren. Doch es fällt auf, daß staatlicherseits nur solche Eintragungen und Mails als kriminell eingeschätzt werden, die von Rechten beziehungsweise – wie in diesem Fall – von Gegnern der von der Bundesregierung betriebenen Massenzuwanderung stammen. Wenn der BKA-Präsident meint, die Angriffe auf Flüchtlingsheime seien „häufig das Ergebnis einer Ra-

dikalisation, die auch in sozialen Netzwerken beginnt“, so ist das vorerst nur eine Behauptung und als Begründung um so fragwürdiger, weil zur gleichen Zeit die staatlichen Institutionen vor kriminellen Araber-Clans und gewalttätigen Linksautonomen zurückweichen und keine Anstalten machen, gegen die reale Bedrohung, der AfD-Politiker von einschlägiger Seite ausgesetzt sind, vergleichbar vorzugehen.

Es wird also zwischen „guter Gewalt“ unterschieden, mit der man sich arrangiert und die man teilweise sogar für nützlich hält, weil sie sich im Ergebnis als machtkonform und systemstabilisierend erweist, und der „schlechten Gewalt“, die schon im virtuellen Bereich, also beim rechten Meinungsverbrechen einsetzt.

Das Verbrechen beginnt, wo das Gewalt-Arrangement als multikultureller Kollateralschaden kritisiert oder nach den finanziellen und den immateriellen Kosten der Zuwanderung gefragt wird. Um zu verhindern, daß aus unartikulierter Unzufriedenheit ein Stimmungsumschwung und schließlich ein politisches Handeln hervorgeht, wird ein Klima der Ungewißheit, der Angst und Denunziationsfreude erzeugt, auf daß jeder Andersdenkende den Imperativ verinnerlicht: Paß auf, was du sagst, sonst bekommst du in deinen vier Wänden die Entschlossenheit der Behörden zu spüren!

Durch die Normierung der Sprache soll das politische Denken gleichfalls normiert und be-

schränkt werden, so daß es niemand mehr möglich ist, grundsätzliche Gegenpositionen zu formulieren. Eingesperrt in das Gehäuse einer infantilisierenden Zweckrationalität, könnten öffentliche Diskussionen sich nur noch um die Verwirklichung regierungsamtdlicher Vorgaben drehen.

Bis dieses Stadium kollektiver Verdummung und Gleichschaltung erreicht ist, wird zum Kampf gegen die „Haßsprache“ geblasen. Justizminister Heiko Maas hat diese Woche gegenüber Facebook abermals zur strikteren und „effektiveren“ Zensur dagegen aufgerufen. Die „Hate speech“ ist eine Erfindung linksliberaler Weltverbesserer aus Übersee, die – kurz gesagt – einem farbigen-feministischen Minderheiten- und antiweißen Schuldskult anhängen. In Deutschland vermischt sich der Haßwurf mit der justiziablen Anklage der Volksverhetzung und NS-Propaganda. Wegen ihrer progressiven Auslegung muß man inzwischen von Gummi- oder Ermächtigungsparagrafen sprechen. Interessant ist der Vergleich zum Strafgesetzbuch der DDR, wo der Staatsverleumdungs-Paragraph 220 denjenigen mit Gefängnis bedrohte, der öffentlich die „Tätigkeit oder Maßnahmen“ des Staates oder von Bürgern im Staatsdienst „verächtlich macht(e) oder verleumdet(e)“ oder „Äußerungen faschistischen oder militaristischen Charakters (kundtat)“. Als 1990 die Glocken zur Wiedervereinigung läuteten, ahnte niemand, wieviel DDR-Potential in der Bundesrepublik steckt.

Der Staat erzeugt ein Klima der Ungewißheit, der Angst und Denunziationsfreude.

Putsch in der Türkei

Blick in den Abgrund

Welch unruhige Zeit! Einen Tag zuvor schockiert Europa die Nachricht vom Terrorangriff in Nizza, bei dem ein offenbar islamistischer Tunesier mit einem tonnenschweren Lkw 84 Menschen ermordete, da verbreitet sich vergangene Freitag die Nachricht von einem Militärputsch in der Türkei. Nach Stunden wird klar, daß der unkoordinierte Umsturz fehlschlägt und Staatschef Erdoğan den Anlaß postwendend nutzt, um eine riesige Verhaftungswelle gegen mißliebige Richter, Anwälte, Polizisten, Militärs und Oppositionelle durchzuführen.

Wir erleben die erneute und tiefgreifende Erschütterung von Gewißheiten. Der eingebildete immerwährende Frieden, auf den sich die europäischen Demokratien selbstzufrieden gebettet sahen, er entpuppt sich als trügerisch, die felsenfest geglaubte Ordnung als fragil, die innere Sicherheit als Schimäre – wenn die Wachsamkeit erlahmt, der Wille zur Verteidigung des eigenen Lebens und der eigenen Gemeinschaft in Auflösung begriffen ist.

Mit äußerster Brutalität schafft die türkische Regierung Fakten nach dem Putsch, von dessen Durchführung sie ver-

»In Ankara lacht man sich über die Weicheier in Brüssel und Berlin kaputt.«



KOLUMNE VON DIETER STEIN

mutlich kaum überrascht wurde und den sie bei ihren Planungen offenbar längst einkalkuliert hatte. Die Deklamation des Protestes aus europäischen Staaten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu wahren, doch nicht die Todesstrafe einzuführen, mit dem Abbruch des EU-Beitrittsverfahrens zu drohen, müssen sich in den Ohren der machtbewußten Führung um den Potentaten Erdoğan erbärmlich anhören.

Erdoğan blickt auf eine EU, die als bürokratischer Riese erscheint, die sich in den entscheidenden Momenten des

politischen Ernstfalls, in denen sich Souveränität erweist, als impotenter Zwerg entblößt. Im Zentrum der EU liegt ein Vakuum namens Deutschland, das seine Unfähigkeit, die eigenen Grenzen zu schützen, großspurig als humanitären Fortschritt feiert und mittels des Türkei-Abkommens diese undankbare Aufgabe an den Bosphorus auslagerte. Ob Ankara das weiterhin tut, wenn Griechenland geflüchtete Soldaten nicht auf Knopfdruck ausliefert? Wer wird eigentlich diese arroganten „Zivilgesellschaften“ gegen eine echte militärische Bedrohung verteidigen, wenn sich die EU-Kernstaaten aus Dekadenz schon weigern, illegale Masseneinwanderung selbst unter Kontrolle zu bringen? In Ankara lacht man sich über die Weicheier in Brüssel und Berlin kaputt.

Die immer bedrohlichere Weltlage nötigt uns zum Umdenken. Bevor wir andere politisch belehren wollen, muß unser Staat das Heft des Handelns wieder selbst in die Hand nehmen. Wir sind auf Terror und Bürgerkrieg nicht ausreichend vorbereitet. Die Aussetzung der Wehrpflicht und eine Diversity und Frauenquoten statt Kampfkraft verpflichtete Bundeswehr ist Zeichen der Weltfremdheit unserer Tage.

Wann

Das neue Weißbuch der Bundeswehr war mit Spannung erwartet worden. Nun sind die neuen Leitlinien da. Richtiges und Gutes kontrastiert mit Vielfalts-Gedöns.

► POLITIK, Seite 5



Wird's

nach dem Brexit-Votum noch etwas mit der EU-Reform? Droht weitere Zentralisierung, oder kommt doch ein Europa mit Kern und Rand? Wir bieten den Durchblick.

► WIRTSCHAFT, Seite 10



mal wieder

Eigentlich sind die Pokémon-Phantasiemonster schon zwanzig Jahre alt. Millionen Spieler sind aktuell dem Hype verfallen, und die App saugt Zeit und Geld ab wie nichts.

► MEDIEN, Seite 17



richtig Sommer?

Häßliche Gebrauchsgegenstände müssen nicht sein. Designer beweisen weltweit, daß es auch anders geht. Der Rote Punkt zeichnet blühend schön Gestaltetes aus.

► SEIN & ZEIT, Seite 24



Meinung	2
Im Gespräch	3
Politik	4-6
Thema	7
Ausland	8-9
Wirtschaft	10-11
Hintergrund	12
Pankraz	13
Kultur	13-16
Medien	17
Forum	18
Geschichte & Wissen	19-20
Literatur	21
Natur & Technik	22
Leserforum	23
Impressum	23
Sein & Zeit	24

FOTO TITELOPTIK-REUTERS



Terror in Würzburg

Die Gefahr ist real

Von Felix Krautkrämer

Der Verfassungsschutz hatte gewarnt: Terrorverdächtige könnten als Flüchtlinge getarnt nach Deutschland kommen. Auch andere europäische Geheimdienste zeigten sich beunruhigt, der IS könnte eine größere Anzahl Attentäter im Zuge der Flüchtlingswelle nach Europa geschleust haben. Die Befürchtungen sollten sich bewahrheiten. Bei den Attacken von Paris und Brüssel waren einige der Täter und Terrorhelfer mit falschen Identitäten als Flüchtlinge getarnt durch Europa gereist.

Doch all das interessierte Heiko Maas (SPD) nicht. Für den Bundesjustizminister stand nach dem Paris-Attentat fest: „Es gibt keine Verbindung, keine einzig nachweisbare Verbindung zwischen dem Terrorismus und den Flüchtlingen.“ Wer diese trotzdem herstelle, instrumentalisieren den Terror, um Stimmung gegen Asylsuchende zu machen.

Die jüngste Terror-Attacke von Würzburg hat Maas nun einmal mehr auf bittere Weise widerlegt. Denn der Attentäter und IS-Anhänger, der „Allahu akbar“ schreiend mit einer Axt mehrere Reisende in einem Regionalexpress schwer verletzte, kam als afghanischer Flüchtling nach Deutschland. Diesmal war die Zahl der Opfer noch vergleichsweise gering, zum Glück. Wenn Maas und Co. jedoch nicht endlich aufhören, die Gefahr zu leugnen, die von der Flüchtlingswelle für die Sicherheit Deutschlands ausgeht, wird dies nicht so bleiben.

Berichterstattung zu Türkei-Putsch

Aufs Ohr gelegt

Von Hans-Hermann Gockel

Wenn einem Mitarbeiter bescheinigt wird, er habe sich stets bemüht, dann heißt das im Klartext: Der Mann ist eine Pfeife. Stets bemüht waren auch die öffentlich-rechtlichen Sender in der Putsch-Nacht von Istanbul und Ankara. Aber es war zuwenig. Oder ist es zu anmaßend, zu oberlehrerhaft, wenn man als TV-Konsument erwartet, daß ARD, ZDF und Phoenix alles „freiräumen“, was sie an Sendeplätze zur Verfügung haben. Ein Militärputsch in einem Nato-Land von immenser geopolitischer Bedeutung ist keine kleine Nummer. Doch die ARD zeigte erst noch einen „Tatort“ – als Wiederholung. Und das ZDF die „Nacht der Klassik“. Erst danach kam man langsam auf Touren. Da hatten sich die Kollegen von Phoenix schon wieder aufs Ohr gelegt.

Phoenix ist der öffentlich-rechtliche Sender, der sich selbst als „Ereigniskanal“ bezeichnet. Die Redaktion schrieb auf Twitter: „Wir berichten morgen früh um 9 Uhr wieder zum Militärputsch in der Türkei.“ Das war – man mag es kaum glauben – um 23.44 Uhr, als die Lage in der Türkei immer dramatischer wurde. 8,3 Milliarden Euro Zwangsgebühren kassiert der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Für Arbeitsverweigerung nach dem Muster von Phoenix verdammt viel Geld.

Hans-Hermann Gockel ist freier Journalist und war Nachrichtenmoderator bei Sat.1 und N24.

Familiengeld

Imaginäres Wahlgeschenk

Von Jürgen Liminski

Das Wahljahr naht, und da holen die Politiker beizeiten ihre Wundertüten aus der Schublade. Bei Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) steht Familiengeld drauf. Wegen des Widerstands aus der Union soll es erst Ende 2017 in Gesetzesform gegossen werden. So deutlich hat noch keiner gesagt, daß es sich bloß um ein Wahlversprechen handelt – ob es tatsächlich auch ein Geschenk wird, ist noch sehr fraglich. Es soll erst mal die gebeutelten Eltern zur SPD-Wahl verleiten.

Wer aber in die Tüte schaut, erlebt ein Déjà-vu. Hier wird wie 2007 beim Elterngeld eine Maßnahme versprochen, die nur für die Eltern gilt, die außer Haus erwerbstätig sind. Die Eltern, die den Beruf Familienmanagerin (vulgo Hausfrau und Mutter) zeitweise gegen einen Erwerbserwerb getauscht haben, gehen mal wieder leer aus. Beim Elterngeld ist es 2008 nur auf erheblichen Druck aus den eigenen Unionsreihen zu einem Sockelbetrag von 300 Euro für alle Eltern gekommen. Ansonsten ist das Elterngeld wie auch jetzt das imaginäre Familiengeld nur für Eltern gedacht, die sich in den für die Bindung zum Kind so wichtigen ersten Jahren nicht ganz der Erziehung widmen (wollen oder können). Diese krasse Ungleichheit verstößt übrigens gegen das Betreuungsrecht. Aber das sind Feinheiten – für die Zeit nach der Wahl.



Deutschland 2016: „Ist schon wieder Fußball, wer hat denn gewonnen?“ „Erdoğan ...“

Warum tun wir uns das an?

Attentat von Nizza: Islam, Islamismus und Terror lassen sich nicht trennen

Warum? Das ist nach jedem Anschlag, und auch nach „Nizza“, die ewig repetierte Formel der öffentlichen Trauer, zu lesen auf Plakaten, Kerzen, Blumengebinden: Warum mußten wieder Menschen sterben? Wer so fragt, versteht den Haß der Täter nicht, oder richtiger: Er will ihn nicht verstehen, seine Wurzeln nicht erkennen, die Handlungsvorgaben des Koran nicht zur Kenntnis nehmen. Anders als bei Amokläufen ist der von Dschihadisten gestreute Tod nicht Folge einer mentalen Störung, eines „Ausrasters“; er ist das kühl kalkulierte Mittel zur Destabilisierung. Der Täter plant den Anschlag, bestimmt Ort und Tag, mietet Lastwagen, bucht Flüge, besorgt Sprengstoff und Waffen. Der Dschihad folgt klaren strategischen Linien; spontan ist er nie. Es ist eine Kriegshandlung. Der Dschihad soll das Land der Ungläubigen in ein „Haus des Krieges“ verwandeln – wie der Koran es verlangt. Nichts liegt offener zutage als diese Motivation.

Richtiger wäre ein anderes „Warum“: Nämlich die Frage, warum sich der Westen dies antut, warum er den Islam auf dem eigenen Territorium duldet? Es gab Anschläge in New York, London, Madrid, Amsterdam, Paris, Brüssel, Kopenhagen, Boston, Orlando und jetzt Nizza; es gibt die barbarischen Verbrechen von Isis, Boko Haram und anderen Terrorgruppen; es gab die sexuellen Übergriffe Krimineller aus dem muslimischen Kulturkreis am Silvesterabend in Köln, Hamburg, Frankfurt; es gibt Erhebungen aus anderen europäischen Ländern zu vergleichbaren Phänomenen; es gibt zahlreiche offen feindliche Gegengesellschaften und Viertel, die selbst die Polizei fürchtet.

Es gibt die brutalen Übergriffe auf Christen überall auf der Welt; es gibt nach jedem Anschlag die Flut von sympathisierenden Bekenntnissen auf Twitter oder Facebook; es gibt die immer erneut wiederholten Aufrufe islamischer „Rechtsgelehrter“, daß man den Westen erobern und vernichten wolle; es gibt die weiterhin existierenden Todesurteile gegen den Schriftsteller Salman Rushdie, die Journalistin Ayaan Hirsi Ali, den

Karikaturisten Kurt Westergaard, an deren Ernsthaftigkeit – das zeigte der Anschlag auf Charlie Hebdo – nicht zu zweifeln ist. Es gibt die unsäglichen al-Quds-Märsche und den Haß gegen Juden und Israel; es gibt die Drangsalierung der Frauen, es gibt „Ehrenmorde“; und es gibt in fast allen Ländern, die eine islamische Verfassung haben, Todesstrafen für Homosexuelle, für Apostaten, für Ehebrecherinnen sowie Zwangsverheiratungen von Minderjährigen. Selbst dieser „normale“ Islam von „Millionen friedlicher Muslime“, auf den seine Verteidiger häufig verweisen, ist nüchtern betrachtet eine Abscheulichkeit.

Doch nicht nur diese Fakten wären ein Grund, Muslimen skeptisch zu begegnen. Blickt man auf Statistiken aus Holland oder Skandinavien, ist der volkswirtschaftliche



VON NICOLAUS FEST

»Der Westen steht vor einem Paradox: Erhalten kann er die offene Gesellschaft nur, wenn er den Islam kursorisch ausschließt.«

Nutzen der muslimischen Zuwanderung fraglich. Schon in der Schule sind Muslime zumeist „Minderleister“, weshalb sie – anders als Kinder aus China oder Südostasien – auch selten studieren. Deutlich über dem Schnitt liegen Muslime nur in drei Bereichen: der Fertilität, der Kriminalität und beim Bezug sozialer Leistungen. Das dürfte in Deutschland nicht anders sein.

Was mancher als „Bereicherung“ sehen will, ist tatsächlich das genaue Gegenteil; und ein „Geschenk“ ist diese Zuwanderung nur für Trojaner. Hinzu kommt der Hang der Muslime zu Segregation, wie in allen europäischen Ländern zu beobachten: Muslime bleiben unter sich. Auch dies trägt zu ihrer intellektuellen wie gesellschaftlichen Rückständigkeit bei. Da sie sich abschotten und die Männer oft Frauen ihrer Heimat ehelichen, die nicht einmal der eigenen Schrift mächtig sind, haben schon die Kin-

der sprachliche und mentale Nachteile. So sind Familiennachzug und Fertilität längst zum gesamtgesellschaftlichen „Dumbing down“ geworden, zu Primitivisierung und Niveauperlust, die dem Gastland schaden. „Was guckst du?“, der oft persiflierte Schlachtruf des Kanaksprech, spiegelt – wie jede Comedy – durchaus Realitäten.

Ob mit Blick auf Wirtschaft, Kultur oder Wissenschaft, der muslimische Beitrag ist negativ. So stellt sich erneut die Frage des „Warum“? Warum duldet man eine unproduktive, unzivilisierte, unverträgliche und ungeistige Gemeinschaft, die nichts zum Gelingen einer Gesellschaft beiträgt? Die nur deren Spaltung betreibt, Frauen unterdrückt, Haß sät und die Sozialkassen leert? Anders gefragt: Ginge es irgendeinem westlichen Land schlechter, wenn es keine Muslime hätte? Im Gegenteil.

Denn die muslimische Migration zerstört auch die offene Gesellschaft. Nicht nur durch Anschläge und die täglichen Übergriffe, den „Terror im Kleinen“. Immer wieder wurden bürgerliche Rechte eingeschränkt, um Salafisten, Haßprediger, IS-Kämpfer auszuschalten, durch Vorratsdatenspeicherung, Telekom-, Geldwäsche- und Videoüberwachung. Gebracht hat alles nichts, auch weil sich Islam und Islamismus nicht trennen lassen. Das hat gerade der Vizepräsident der Imame Frankreich Hocine Drouiche resigniert eingeräumt, so sieht es der deutsche Islamwissenschaftler Tilman Nagel, und keine Koranschule macht diese Unterscheidung. Der Terror kommt aus dem Islam selbst.

Insofern steht der Westen vor einem Paradox: Erhalten kann er die offene Gesellschaft nur, wenn er den Islam kursorisch ausschließt. Tut er das nicht, wird sie auch für Atheisten, Christen und Juden untergehen, wie im Libanon, in Algerien und auch in der Türkei. Offene Gesellschaft und Islam gehen nicht zusammen. Wer die Freiheit der westlichen Welt erhalten will, muß ihren Feinden Zutritt und Verbleib versagen.

Dr. Nicolaus Fest war bis September 2014 stellvertretender Chefredakteur der Bild am Sonntag

Zitate

„Der Verfassungsschutz machte im Flüchtlingsstrom des vergangenen Jahres 17 Personen aus, die im Auftrag des IS nach Europa gereist seien. Die Zahl der Migranten, bei denen wegen fehlender Perspektiven die Enttäuschung über den Westen programmiert ist, wird jedoch um ein Vielfaches höher sein. Wer aber zornige junge Männer aus der islamischen Welt in großer Zahl aufnimmt, muß wissen, daß einige von ihnen den Tod (mit-)bringen können, vielleicht auch erst in der nächsten Generation.“

Berthold Kohler, Mitherausgeber der FAZ, auf faz.net am 15. Juli 2016

„Ich kann diese Worthülsen unserer Politiker nicht mehr hören: 'Wir sind solidarisch mit unseren französischen Freunden... bla bla bla' Es muß sich etwas ändern – jetzt! Die russische Luftwaffe hat heute morgen Stellungen des IS, des sogenannten „Islamischen Staates“ bombardiert. Vielleicht ist das genau die richtige Antwort.“

Klaus Kelle, Publizist, auf denken-erwuescht.com am 15. Juli 2016

„Wir leben sowieso mit Gefahren der unterschiedlichsten Art, daß wir uns infizieren, daß wir uns an Haushaltsgeräten einen Schaden zufügen und derlei mehr, und die Statistiker wissen auch, daß die Risiken in diesem Bereich sehr viel größer sind, (...) als einem terroristischen Anschlag zum Opfer zu fallen. Wir müssen eine Form der Vergleichsgültigkeit psychischer Art (...) hinbekommen, um die Wucht dieses Angriffes herauszunehmen, tendenziell ins Leere laufen zu lassen.“

Herfried Münkler, Politikwissenschaftler, auf tagesschau.de am 15. Juli 2016

„Wenn Erdoğan seine islamische Präsidialdemokratie erst einmal fest installiert hat, könnte es passieren, daß diejenigen, die gestern den Panzern den Weg versperrten, sich irgendwann ein pragmatisches Militär-Interregnum herbeiwünschen, das die kemalistische Demokratie wiederherstellt.“

Sascha Lehnartz, Journalist, auf Welt Online am 16. Juli 2016

„Wenn Mohamed so sehr Franzose ist wie ein Cordon bleu eine köchere Spezialität, warum soll die Staatsangehörigkeit des Massenmörders ein 'hausgemachtes Problem' belegen? Mohamed hat sich ja nicht im französischen Bildungssystem, bei einem Johnny-Hallyday-Konzert oder beim Besuch im Louvre radikalisiert, sondern in seinem Umfeld, über arabische TV-Sender oder auf Islamisten Seiten im Internet.“

Claudio Casula, Journalist, auf der Achse des Guten am 17. Juli 2016

„Die Politik ist aus Angst vor den Rechtsradikalen sehr unkritisch geworden. Nach jedem Anschlag werden ein paar Millionen für Präventionsarbeit freigegeben. Aber einen Plan, ein flächendeckendes Konzept für die Bekämpfung von Islamismus gibt es nicht.“

Ahmad Mansour, Autor, im Tagespiegel am 17. Juli 2016

„Martin Schulz begrüßt, daß in der Türkei wieder Rechtsstaatlichkeit herrscht. Er versteht das Wort wohl anders als ich.“

Dushan Wegner, Autor, auf Twitter am 17. Juli 2016

Aufgeschnappt

Neugotisch rechtslastig

MATTHIAS BÄKERMANN

Wer früher im Ostblock unterwegs war, dem fiel eines auf: Auch wenn vieles marode war, eines konnten die Kommunisten – Ortseingangsschilder. Oft bereits einige Kilometer vorher wiesen gigantomanische Betonklötze mit großer Schrift auf die nächste Stadt hin. Auch auf dem Weg von Süden nach Eisenach prangt seit 1988 eine große Stahlkonstruktion neben der Straße, vom Metallbildhauer Günter Lauffer angefertigt. Die kraftvollen gotischen Lettern rosten allerdings seit 28 Jahren nur noch vor sich hin, das ganze Gebilde sieht schäbig aus. Deshalb denkt die Stadt zum Lutherjahr 2017 nun

über neue Schilder nach. Richtige Begrüßungstafeln „mit eigenem Corporate Design“ schwebten dem Stadtentwicklungsausschuß vor.

Wie die Thüringer Allgemeine jüngst meldete, behage Stadtsprecherin Silvia Rost zudem die „altdeutsche Schrift“ nicht, denn diese könne „mißverstanden“ werden und der Stadt ein rechtslastiges Image anheften. Auch wenn inzwischen ein „Förderkreis zur Erhaltung Eisenachs“ Oberbürgermeisterin Katja Wolf (Linke) das Angebot unterbreitet hat, auf eigene Kosten eine Sanierung zu übernehmen, wird der reaktionäre Wegweiser aus dem Realsozialismus wohl einen politisch korrekten Platz irgendwo innerhalb Eisenachs zugewiesen bekommen.

Bild der Woche

Meeresglück



Abendrot am Bodden: Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah. Ob Fehmarn, Rügen, Hiddensee, Usedom oder der Darß: Die Ostsee ist immer eine Reise wert.

Lesereinspruch

Andere Umstände

Zu: „Freue mich, daß Ihre Eltern Sie nicht abgetrieben haben“ von Hinrich Rohbohm (JF 28/16)

Es gibt heute immer mehr in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeitende oder in bröckelnden Beziehungen lebende Frauen. Solchen Frauen zu unterstellen, daß sie sich bedenkenlos zu einer Abtreibung entschlossen haben, ist eine Mischung aus Selbstüberhebung über die Mitmenschen und Heuchelei von Leuten, die sich entweder nicht in die Notlagen von anderen einfühlen wollen oder schlicht das Gefühl brauchen, besser zu sein als ihre „sündigen“ Mitmenschen.

Es gibt heute wahrlich genug unter sehr ungünstigen Umständen aufwachsende Kinder. Es ist nach meiner Meinung unverantwortlich, Frauen zu zwingen, von ihnen nicht gewünschte Kinder in die Welt zu setzen. Es ist kein

Zufall, daß – laut Statistischem Bundesamt – jedes Jahr rund 60.000 Kinder und Jugendliche nach einer mehr oder weniger langen Leidenszeit aus ihren Familien genommen werden, von denen mehr als die Hälfte nicht mehr in ihre Familien zurückkehrt. Diese Zahl von 60.000 Kindern entspricht immerhin acht Prozent eines jeden Geburtsjahrgangs.

KLAUS MORGENSTERIN, STUTTGART



Ihre Leserbriefesenden Sie an:
JUNGE FREIHEIT Leserforum
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de
Fax: 030/8649 53-14



Der Lkw des Attentäters von Nizza: „Stoppen Sie die unkontrollierte Einwanderung, postieren Sie Wachleute und Durchleuchtungsgeräte, erlauben Sie den Bürgern, sich zu bewaffnen“



David Davis. Britanniens Mann für den Brexit ist ein geradliniger Konservativer

Der Vollstrecker

MICHAEL WALKER

David Davis wird der neue „Minister für den Austritt aus der Europäischen Union“ und damit zum ersten – und möglicherweise letzten – „Brexit-Beauftragten“ Großbritanniens.

Der 67jährige Unterstützer der „Leave“-Kampagne sympathisierte bereits in den achtziger Jahren mit der „euroskeptischen“ Position der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher und unterstützte sie 1990 im Streit um den Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursmechanismus, der letztlich zu ihrem Rücktritt führte.

Wie Thatcher und die neue Premierministerin Theresa May – und im Gegensatz zu den Hauptverantwortlichen der von David Cameron geführten Regierung – erhielt Davis seine Ausbildung nicht an elitären Privatschulen und gehört nicht den entsprechenden Netzwerken an. Er studierte Informatik und Molekularwissenschaften, machte einen Master an der London Business School und arbeitete 17 Jahre lang für den Lebensmittelkonzern Tate & Lyle. Davis wurde 1987 im gestandenen Alter von 38 Jahren ins Parlament gewählt. Seither war er Generalsekretär der Tories sowie Innenminister und Vize-Premierminister im Schattenkabinett.

2008 legte er sein Mandat aus Protest gegen die zunehmende Erosion der Bürgerrechte, insbesondere das von der Labour-Regierung eingebrachte Antiterrorgesetz zur Verlängerung der Festnahme ohne richterlichen Beschluss von 28 auf 42 Tage, nieder. Die Neuwahl gewann er ohne ernsthaften Gegenkandidaten. Die Verlängerung der Festnahmefrist wurde nach einem Veto des Oberhauses gestrichen.

2015 zählte Davis zu den Konservativen, die sich gegen Bombenangriffe auf Syrien aussprachen. Nach der Veröffentlichung des Chilcot-Berichts zum Irak-Krieg kündigte er an, eine Anzeige wegen Mißachtung des Parlaments gegen Ex-Premier Tony Blair zu stellen. Im Zuge seiner politischen Laufbahn hat er sich sowohl als prinzipientreuer Verfechter der Bürgerrechte als auch als Konservativer einen Namen gemacht, der zwar gegen die Legalisierung der Homosexualität zu Felde zog und für die Wiedereinführung der Todesstrafe ist, sich auf der anderen Seite aber gegen die Einführung von Personalausweisen und die Verlängerung der Inhaftierung ohne Anklage ausgesprochen hat.

Mit Davis' Ernennung zum „Brexit-Minister“ setzt May ein unmißverständliches Zeichen: Das Ergebnis des Volksentscheids ist bindend. Davis gilt als umgänglicher Mensch, pragmatisch, prinzipientreu, patriotisch und gebildet, von dem weder undiplomatische Äußerungen, mit denen Kabinettskollege Boris Johnson gerne auf sich aufmerksam macht, noch Kränkungen, wie sie Nigel Farage immer wieder von sich gibt, zu erwarten sind. Die EU-Verhandlungsführer sollten nicht an seiner Entschlossenheit zweifeln, Großbritannien aus der Europäischen Union zu steuern.

www.daviddavismp.com

„Die Zustände werden eher schlimmer“

Kann man den Terror besiegen? Ja, sagt der renommierte israelische Militärgeschichtler Martin van Creveld. Können Deutschland und Europa das? Eher nein, zeigt sich der Experte skeptisch

Herr Professor van Creveld, Kanzlerin Merkel hat nach dem Anschlag von Nizza versprochen, daß wir den Terror in Europa besiegen werden.

Martin van Creveld: Wissen Sie, da fallen mir die Worte des katholischen Theologen Johannes Eck ein, die dieser 1517 in Worms an Martin Luther gerichtet haben soll: „Das ist ein schwerer Weg, den du da gewählt hast, kleiner Mönch!“

Frau Merkel wird dieses Versprechen nicht halten können?

Creveld: Eben, das bezweifle ich doch sehr. Eher werden die Zustände noch schlimmer werden – bevor sie einmal besser werden, wenn überhaupt.

„Profiling ist nicht sehr demokratisch, aber es wirkt“

Warum verspricht die Kanzlerin dann so etwas?

Creveld: Was fragen Sie mich das? Fragen Sie das Frau Merkel!

Welche Strategie müßte die deutsche Regierung verfolgen, wenn Sie wenigstens versuchen wollte, dieses Versprechen einzulösen?

Creveld: Nun, obwohl ein wirklicher Sieg über den Terrorismus nur schwer vorstellbar ist, kann doch einiges getan werden: Versiegeln Sie Ihre Grenzen und setzen Sie der unkontrollierten Einwanderung ein Ende! Postieren Sie Wachleute und Durchleuchtungsgeräte vor jedem Einkaufszentrum, Lichtspielhaus, jeder Sportstätte und so weiter und so fort! Erlauben Sie ihren Bürgern, sich zu bewaffnen – natürlich nur nach einer angemessenen Sicherheitsüberprüfung der Person! Gründen Sie sogenannte „Neighbourhood watch“-Initiativen – bei denen sich Nachbarn zusammenschließen, um Wachsamkeit gegenüber verdächtigen Vorgängen im Viertel zu praktizieren! Schaffen Sie eine paneuropäische Aufklärungsbehörde, um den Kampf gegen Terrorismus über die nationalen Grenzen hinweg zu koordinieren! Und um sensible Einrichtungen zu schützen sollten Sie die Methode des „Profiling“ nutzen – auch wenn „Profiling“ keine sehr demokratische Methode ist. Aber sie funktioniert!

Israel kämpft schon seit Jahrzehnten gegen den Terror. Warum gelingt es Ihnen nicht, diesen zu besiegen? Die Frage stellt sich übrigens auch für Länder wie die USA, Rußland oder die Türkei.

Creveld: In der Tat bekämpft Israel den Terror bereits seit Dekaden. Allerdings, auch wenn es nicht den Anschein haben mag – wir haben uns dabei nicht schlecht geschlagen. Zugegeben, diesen Kampf zu gewinnen, dazu waren wir nicht in der Lage. Aber wir haben ihn auch nicht verloren! Nun, der Alltag in Israel geht weiter – und der Scheckel ist so stark, daß wir gar nicht wissen, wie ihn ausgeben.

Israel hat also gelernt, mit dem Terror zu leben – droht uns das jetzt auch in Europa?

Creveld: Ja, aber das hat auch eine positive Seite?

Wie bitte?

Creveld: Ja, natürlich. Zu lernen, mit dem Terrorismus zu leben, ist der erste Schritt zu lernen, mit ihm umzugehen.

Das müssen Sie erklären.

Creveld: Ich würde sagen, es bleibt Ihnen nur der Weg, zu lernen, sich nicht allzusehr über den Terrorismus aufzuregen, ihm nicht zu erlauben, den Alltag zu sehr einzuschränken. Sowie alle durch ihn angerichteten materiellen Schäden so schnell wie möglich zu reparieren. Über allem aber gilt: Nicht zuzulassen, sich allzusehr durch Terror provozieren zu lassen!

„Sieger über den Terror – Syrien und Großbritannien“

Sie selbst nennen als positive Beispiele für Staaten, denen es gelungen ist, den Terror zu besiegen, das Syrien von Hafiz al-Assad – Vater des heutigen Staatschefs Baschar al-Assad – und Großbritannien in Nordirland. Was haben diese Länder richtig gemacht? Und warum können wir Europäer deren Erfolgsrezepte nicht einfach kopieren?

Creveld: Syrien und Großbritannien, diese beiden Länder haben in der Tat jeweils einen von zwei unterschiedlichen, möglichen Wegen gewählt. Der,

den der damalige Staatschef Hafiz al-Assad beschritt, bestand darin, 1982 seine Armee eine ganze Stadt – Hama im Nordwesten Syriens und Hochburg der Muslimbrüder – vollständig zerstören zu lassen, wobei 25.000 bis 30.000 Menschen den Tod fanden, und so zum „Ermütiger der Nation“ zu werden. Die Briten wählten dagegen in Nordirland den Weg, extreme Zurückhaltung und Selbstbeschränkung zu üben. Folge war allerdings, daß bei dieser Methode, den Terror auszutrocknen, dreimal so viele britische Soldaten wie Terroristen starben. Welchen der beiden Wege man aber auch immer wählt – das Entscheidende ist, daß man diesen dann konsequent durchzieht. Sobald man beginnt, einen Zickzackkurs zwischen Härte und Zurückhaltung zu steuern, so wie das die meisten westlichen Staaten machen, hat man verloren – das funktioniert nicht.

„Terror kann überall und zu jeder Zeit ausbrechen“

Kritiker sagen, der westliche „Krieg gegen den Terror“ habe erst dazu geführt, daß wir heute diese Dimension des Terrorismus – Stichwort Islamischer Staat – erleben. Stimmt das?

Creveld: Nein. Auch wenn es richtig ist, daß Krieg eine interaktive Aktivität ist. „A“ tut etwas. „B“ reagiert darauf. Daraufhin reagiert „A“ darauf – und so weiter und so fort.

Auffällig ist, daß Frankreich ein sehr viel stärkeres Terrorproblem hat als Großbritannien oder Deutschland. Wie läßt sich das erklären?

Creveld: Ich wäre mir da nicht so sicher. Vielleicht liegt es daran, daß Frankreich viel mehr Moslems hat, die schon lange im Land leben. Sie kennen die Schwächen ihrer Gast-Gesellschaften und wie man diese am besten ausnutzen kann. Aber täuschen Sie sich nicht: Terrorismus kann an jedem Ort und zu jeder Zeit ausbrechen.

Der renommierte deutsche Terrorismus-Experte Guido Steinberg nennt als Grund für die große Terrorgefahr in Frankreich – und die vergleichsweise geringe in Deutsch-

land –, daß in Frankreich „viele Nordafrikaner leben“, aus denen sich die Terroristen rekrutierten. Hat die Terrorgefahr also etwas mit der Einwanderung zu tun?

Creveld: Ich will es mal so sagen: Nicht alle Einwanderer sind Terroristen, aber fast alle Terroristen sind Einwanderer. Nun, damit wären wir wieder beim Thema „Profiling“ ...

Medien und Politik in Deutschland weisen nach jedem islamistischen Terroranschlag

darauf hin, daß dieser nichts mit dem Islam zu tun habe. Stimmt das?

Creveld: Der Islam ist – und das gilt für jede Religion –, was seine Anhänger daraus machen. Momentan stehen viele seiner Anhänger auf dem Standpunkt, daß Terror auszuüben, um Ungläubige zu töten, der schnellste Weg ist, ins Paradies zu gelangen – wo 72 Jungfrauen auf den Gläubigen warten.

MORITZ SCHWARZ

„Wir haben gewarnt“

Das Attentat von Würzburg zwingt zur Debatte über Einwanderung, mahnt CSU-Urgestein Thomas Goppel

Dr. Goppel, im Herbst wurden CSU-Politiker, die warnten, mit den Flüchtlingen könnten auch Terroristen ins Land kommen, noch verhöhnt und verspottet. Nun hat sich mit Würzburg möglicherweise genau das bewahrheitet.

Thomas Goppel: Gescheitert zu werden, bleibt jedem unbenommen. Ich stelle fest, wir in Bayern müssen es nicht werden.

Könnte der Würzburger Anschlag Auftakt zu einer Terrorserie sein, wie sie Frankreich schon seit Jahren erlebt?

Goppel: Terroristen lassen sich nicht durch Ländergrenzen abhalten. Wenn es ihnen möglich ist, werden sie ihre Einflusssphäre auch auf unser Land ausdehnen.

„Viele haben diese Einsicht unterdrückt“

Allerdings kommen etliche der französischen Attentäter der letzten Jahre gar nicht direkt aus dem Ausland, sondern sind Einwanderer in der zweiten oder dritten Generation. Hat also die Terrorgefahr nicht auch entscheidend mit Einwanderung zu tun?

Goppel: Genau diese Einsicht haben die meisten in Politik und Medien nur zu gerne unterdrückt. Etliche Stimmen aus Bayern dagegen haben schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß das eine mit dem anderen verquickt ist. Gewarnt haben wir!

Schon in Ihrer Schwesterpartei CDU gel-

ten solche Hinweise mitunter als „Stimmungsmache“ und Ausweis „rechter Gesinnung“.

Goppel: Wir Bayern haben den Bundesinnenminister fast täglich mit der vorgenannten Wahrheit konfrontiert. Aber wenn man, anders als wir, in Berlin siebenhundert Kilometer vom Brennpunkt des Problems an der bayerisch-österreichischen Grenze entfernt und von dem Stau dort nur zu einem Bruchteil direkt betroffen ist, dann hat man eben nicht den Eindruck vom Ernst der Lage.

„Andere Kulturen nicht so leicht zu integrieren“

Aber es geht doch nicht nur um die Flüchtlinge des letzten Jahres, sondern, wie der Blick nach Frankreich lehrt, ebenso um die längst im Land lebenden, ja sogar dort geborenen Einwanderer, aus denen sich viele der französischen Attentäter rekrutiert haben.

Goppel: Frankreich oder etwa Belgien haben die Einwanderung in den letzten Jahrzehnten ihrerseits mit zu großer Leichtfüßigkeit betrieben – gegen die wir uns in Bayern bis heute wehren. In deren Parallelgesellschaften kann eine Radikalisierung zum Terroristen sehr schnell gehen. Wir lernen daraus, daß eine andere Kultur, Moral und Weltanschauung sich eben nicht so einfach integrieren lassen, wie viele sich das gedacht haben und daß wir dafür in Zukunft weit mehr Anstrengungen unternehmen müssen. MORITZ SCHWARZ

Prof. Dr. Martin van Creveld

gilt als „einer der renommiertesten Militärgeschichtler der Gegenwart“ (Die Welt). Weltweite Bekanntheit erlangte er 1991 mit seinem bahnbrechenden Werk „Die Zukunft des Krieges“. Darin nahm er die Formen des Krieges vorweg, mit denen sich der Westen seit dem 11. September 2001 konfrontiert sieht. Van Creveld lehrte an der Hebräischen Universität von Jerusalem, beriet die Streitkräfte verschiedener Nationen, darunter das US-

Verteidigungsministerium, war zu Gast bei Fernseh- und Radiosendern rund um den Globus und ist Autor Hunderter von Artikeln in renommierten Zeitungen und Zeitschriften weltweit. Außerdem verfaßte er 25 oft hochgelobte Bücher. Zuletzt erschien auf deutsch: „Kriegskultur – Warum wir kämpfen. Die tiefen Wurzeln bewaffneter Konflikte“ (2011) und auf englisch: „Pussycats. Why the Rest Keeps Beating the West and What Can Be Done About It“ (2016). Geboren wurde der Israeli 1946 in Rotterdam.

www.martin-van-creveld.com



Dr. Thomas Goppel

Der ehemalige Generalsekretär der CSU und mehrfache bayerische Minister, Jahrgang 1947, ist Mitglied im Parteivorstand und Abgeordneter des Bayerischen Landtags.

www.goppel.de



Familiengeld nur, wenn beide Eltern arbeiten

BERLIN. Das geplante Familiengeld von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) stößt bei der Union auf Widerstand. Schwesig verspreche pauschal Geldgeschenke für Berufstätige mit Kindern, kritisierte Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU). 300 Euro monatlich sollen Eltern pro Kind für maximal 24 Monate erhalten, wenn sie beide in diesem Zeitraum jeweils zwischen 28 und 36 Wochenstunden arbeiten gehen. Die reduzierte Arbeitszeit müsse aber nahe an der Vollzeit bleiben, sagte Schwesig der *Bild*. „Die klare Mehrheit junger Eltern findet, daß man sich Kinderbetreuung, Haushalt und Berufstätigkeit fifty-fifty teilen sollte.“ Sie erhielten nun ein Angebot, das sie darin unterstütze, „sich gemeinsam und gleich intensiv ums Kind zu kümmern und gleich engagiert im Beruf zu sein“, betonte die SPD-Politikerin, die das Familiengeld bei zu massivem Gegenwind erst nach der Bundestagswahl einführen will. (mv)

■ Kommentar Seite 2

AfD: Sonderparteitag wird wahrscheinlicher

BERLIN. In der AfD nehmen Bestrebungen zu, den schwelenden Führungsstreit zwischen den Parteichefs Frauke Petry und Jörg Meuthen auf einem Sonderparteitag zu klären. Der Konvent der Partei, dem 50 Mitglieder aus den Landesverbänden und fünf aus dem Bundesvorstand angehören, wird sich nach JF-Informationen am 14. August mit dem Thema befassen. „Dazu wird es sicher eine offene Aussprache geben“, sagte ein Konventsmitglied der JUNGEN FREIHEIT. Laut Parteiarbeitung können lediglich der Bundesvorstand und der Konvent einen Parteitag einberufen. Im Vorstand ist Petry derzeit jedoch weitgehend isoliert. Sollte der Konvent einen Sonderparteitag einberufen, wird dieser erst nach den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Dort wird dann eine Zweidrittelmehrheit benötigt, um den gesamten Vorstand oder einzelne Mitglieder des Gremiums abzuwählen. (ho)

Abschiebung nach Ungarn untersagt

STUTT GART. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat die Abschiebung eines syrischen Asylbewerbers nach Ungarn untersagt. Dem Syrer habe eine unmenschliche Behandlung droht, weshalb es dem Kläger zum Zeitpunkt seiner Einreise 2014 „nicht zumutbar gewesen sei, in Ungarn ein Asylverfahren durchzuführen, weil er ein beachtliches Risiko gelaufen wäre, willkürlich inhaftiert zu werden, ohne sich hiergegen effektiv zur Wehr setzen zu können“, teilte das Gericht am Montag mit. Geklagt hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das die Überstellung des Syrers nach Ungarn erreichen wollte. „Selbst wenn sich die Verhältnisse in Ungarn mittlerweile verbessert hätten, wäre dadurch die Zuständigkeit der Bundesrepublik nicht entfallen“, betonte das Gericht. (ls)



Blutbad im Zug und Ausschnitt aus mutmaßlichem Bekennervideo (kleines Foto): „Allahu Akbar“ gerufen

Terror mit Messer und Axt

Attentat in Würzburg: Der Islamist kam als Asylbewerber und war IS-Anhänger

RONALD BERTHOLD / HENNING HOFFGAARD

Dem Würzburger Polizeipräsidenten Gerhard Kallert sind die vergangenen Stunden anzusehen. Was er sagt, ist kaum zu begreifen: Mit den Worten „Ich mach dich fertig, du Schlampe“ greift sich ein afghanischer Asylbewerber am vergangenen Montag in der Stadt eine Frau und hackt ihr mit einer Axt ins Gesicht. Das Opfer wird schwer verletzt. Zuvor hatte der 17 Jahre alte Islamist in einem Regionalzug ein Blutbad angerichtet. Eine vierköpfige chinesische Familie ist das erste Ziel. Gegen die Wucht des zusätzlich mit einem Messer bewaffneten Afghanen haben sie kaum Chancen. Nach einer Notbremung flieht er aus dem Zug. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, daß es nicht mehr Opfer gibt. In der Nähe des ersten Tatortes ist eine Spezialeinheit der Polizei. Sie verfolgt den Attentäter und erschießt ihn. Eine der vier Kugeln durchschlägt seine Stirn.

Was ist bekannt über den Mann, der am vergangenen Montag in Würzburg im Namen des Islams Amok läuft? Im vergangenen Juni kommt der Afghane als Flüchtling nach Deutschland. Sein Asylantrag wird im Dezember von den Behörden registriert. Während des Attentats ruft er mehrfach „Allahu akbar“ (Gott ist groß) und trägt ein Hemd mit Symbolik der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS). In der Unterkunft des Afghanen wird eine IS-Fahne gefunden. Kurz vor der Pressekonferenz veröffentlicht die Terrorgruppe ein Video, das den Attentäter mit einer Drohnachricht zeigen soll. „Ich bin ein Soldat des Kalifats. Ich werde eine Märtyrer-Attacke in Deutschland ausführen. Die Zeit ist gekommen“, sagt die Person in dem Film und schwenkt dabei ein Klappmesser. „Und die Soldaten des Kalifats kommen zu euch. Sie werden euch in euren Heimatländern abschlagen.“

Sie werden in euren Häusern sein, in euren Ländern.“ Und weiter: „Ich werde euch bekämpfen, so lange ich lebe. Und ich werde euch mit diesem Messer schlachten. Und eure Hälse mit Äxten durchtrennen.“ Derzeit wird geprüft, ob es sich bei dem Mann um den Terroristen handelt. Eine Sympathie zum IS ist allerdings nicht zu bestreiten. Hinzu kommt ein in paschtunischer Sprache geschriebener Abschiedsbrief. Aus dem Text soll hervorgehen, daß Muslime sich zur Wehr setzen müßten.

Das wirft die Frage auf, ob er gezielt nach Deutschland geschleust wurde oder sich hier radikalisierte. Laut den Behörden habe der Angreifer eine Woche vor der Tat erfahren, daß ein Freund von ihm in seinem Heimatland getötet worden sei. Wenig später dann der Anschlag, um sich an den „Ungläubigen“ zu rächen. Bis Redaktionsschluß war noch nicht klar, ob alle Opfer die Tat überleben und ob das Bekennervideo echt ist. Eines allerdings steht fest: Der Afghane ist tot.

Künast-Äußerung sorgt für Empörung

Doch das paßt nicht allen. Grünen-Politikerin Renate Künast, klagte bei Twitter, warum die Polizei den Täter erschossen habe und ob es nicht andere Möglichkeiten gegeben hätte, den Terroristen zu stoppen. Folge des Künast-Tweets: Nutzer des Kurznachrichtendienstes äußerten die Überzeugung, Politiker sorgten sich mehr um die Gesundheit selbst brutaler Flüchtlinge als um das Wohlergehen von deren Opfern. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, fand gegenüber der JUNGEN FREIHEIT deutliche Worte: „Zur Demokratie gehört wohl auch, daß sich Politiker mit kindlichen Fragen zu Wort melden. In einer Gesellschaft muß man solche politische Schlaumeierei als Ausdruck freier Meinungsäußerung wohl ertragen. Dieses Gerede nervt zwar, ist aber eigentlich irrelevant. Frau Künast hat schlicht keine

Ahnung von Polizeiarbeit, aber da ist sie ja nicht alleine.“

Der Anschlag rührt an ein von Regierungs- und Oppositionspolitikern verhängtes Tabu. Flüchtlingspolitik dürfe unter keinen Umständen mit Terroranschlägen und Verbrechen in Verbindung gebracht werden. Unisono wurde davor gewarnt, als bei verheerenden Anschlägen im vergangenen November in Paris 130 Menschen ums Leben kamen und 352 verletzt wurden. Auch Journalisten im öffentlichen rechtlichen Rundfunk und in vielen großen Zeitungen machten sich die Auffassung zu eigen und geißelten jene, die ein Risiko durch die unkontrollierte Einwanderung andeuten. Selbst als sich später herausstellte, daß diverse Paris-Attentäter und später auch Massenmörder von Brüssel über die Flüchtlingsroute nach Frankreich gelangt waren, blieb das Aussprechen dieser Tatsache eine unerhörte Provokation.

Nur drei Tage vor dem fünffachen Mordverurteil in Würzburg erneuerte Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit diese Mahnung und forderte ein striktes Diskussionsverbot: Terrorismus und Einwanderung seien Dinge, „die man nicht in Verbindung bringen darf“. Er bezog sich dabei auf den Anschlag von Nizza mit 84 Toten. Auch hier war der Täter ein zugewandter Moslem.

Die politisch Verantwortlichen in Berlin müssen sich nun unangenehmen Fragen stellen: Wie konnte bisher ausgeschlossen werden, daß sich keine Terroristen unter den Eingewanderten befinden, wo doch nach offiziellen Angaben rund 80 Prozent ohne Pässe kamen? Wie schützt die Regierung Einheimische vor radikalen oder sich hier radikalierenden Flüchtlingen? Cohn-Bendit schloß eine Gefahr durch „Schutzsuchende“ aus: 99 Prozent der Zuwanderer seien „offensichtlich“ keine Terroristen. Selbst wenn der Politiker recht hätte: Was ist mit dem einen Prozent? Das wären allein im vergangenen Jahr 12.000 bis 15.000 Menschen.

■ Kommentar Seite 2

Machtdemonstration um Mitternacht

Gescheiterter Putsch in der Türkei: Deutschland drohen Konflikte

HENNING HOFFGAARD

Es sind gespenstische Szenen. In fast allen deutschen Großstädten ziehen mitten in der Nacht Hunderte Türken mit Fahnen durch die dunklen Straßen. Ihr Ziel sind die Botschaften und Konsulate des eigenen Landes. „Allahu akbar“ wird skandiert und Solidarität mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gefordert. Der wenige Stunden später endgültig gescheiterte Putsch von kleinen Teilen des türkischen Militärs gegen die Regierung in Ankara treibt die in Deutschland lebenden Türken in der Nacht zum vergangenen Sonnabend in Massen zu spontan angemeldeten Demonstrationen. 3.000 Erdoğan-Anhänger zählte die Berliner Polizei vor der türkischen Botschaft, 2.400 kommen in Stuttgart und Karlsruhe zusammen, bis zu 5.000 in Essen. Auch in Hamburg (1.500) und Bremen (450) sind die Kundgebungen schnell organisiert.

Obwohl es friedlich bleibt, sind die Versammlungen eine Machtdemonstration. In einigen Städten wirkt die Polizei überfordert. In der Hauptstadt wird der aggressiven Menge ein Polizeimegaphon ausgehändigt (siehe Foto), durch das ein Teilnehmer in türkischer Sprache zu den Demonstranten spricht. Was er sagt, bleibt den anwesenden Polizisten mangels Sprachkenntnissen verborgen. Die Pressestelle der Berliner Polizei ließ eine Anfrage der JUNGEN FREIHEIT, warum der Menge ein Megaphon ausgehändigt wurde, bis Redaktionsschluß unbeantwortet.

Die in Deutschland lebenden Türken gelten im europäischen Vergleich als besonders erdöganreu. 59,7 Prozent erhielt die Partei des Staatschefs 2015 bei den Parlamentswahlen. In keinem anderen europäischen Land wählten Türken die AKP häufiger. In der Türkei kam die Partei auf 49,5 Prozent. Allerdings leben auch viele Kurden in der Bundesrepublik. Das Konfliktpotential ist deswegen seit Jahren hoch. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Kurden und rechtsextremen Anhängern der Grauen Wölfe. Die Türkische Gemeinde (TGD) stellte sich

wenig überraschend hinter Erdoğan, warnt jedoch auch vor einer Überreaktion: „Die Vermeidung einer weiteren Spaltung sollte auch mit Blick auf die türkeistämmige Community in Deutschland handlungsleitend bleiben.“ Demonstrationen dürften nicht zu „Straßenschlachten“ ausarten. Die Äußerungen zeigen, wie schnell die Situation eskalieren kann.

In den Tagen nach dem gescheiterten Putsch rollte über türkischstämmige Kritiker des Erdoğan-Regimes eine Welle des Hasses hinweg. Morddrohungen inklusive. Besonders im Visier sehen sich die in Deutschland lebenden Anhänger des islamischen Predigers Fetullah Gülen, dem Ankara vorwirft, hinter dem Umsturzversuch zu stehen. Seine Hizmet-Bewegung wird hierzulande von der „Stiftung Dialog und Bildung“ vertreten.

Gülen-Anhänger warnen vor Pogromen

Geschäftsführer Ercan Karakoyun teilte mit: „Die schlechteste Demokratie ist besser als jeder Putsch.“ Geholfen hat ihm die Distanzierung nicht. Jugendtreffs werden bedroht, in einigen türkischen Geschäften hängen Schilder mit der Aufschrift „Kein Zutritt für Gülen-Anhänger“. Karakoyun erkennt die drohende Gefahr: „Das sind beängstigende Aufrufe zu teilweise pogromähnlichen Taten. Es ist erschreckend, daß diese von Menschen kommen, die hier Freiheiten genießen, die sie in der Türkei nicht hätten.“

Die nackten Zahlen zeigen, was in Deutschland droht, wenn die Lage in der Türkei weiter eskaliert. Mehr als drei Millionen Türken, mit oder ohne deutschen Paß, leben in der Bundesrepublik. Darunter 600.000 bis 800.000 Kurden und etwa 150.000 Gülen-Anhänger. Oft braucht es nur einen Zündfunken und schon randalieren Hunderte. Wie zuletzt in Stuttgart, als eine völlig unbekannte türkisch-nationalistische Gruppierung im April mit einem „Friedensmarsch“ Kurden provozierte. Das Ergebnis: 50 verletzte Polizisten. Auch damals waren innerhalb weniger Stunden mehr als 1.000 verfeindete Kurden und Türken zusammengeströmt.



Erdoğan-Anhänger in Berlin mit einem Megaphon der Polizei: Tausende auf den Straßen

Parteien, Verbände, Personen

AfD Thüringen

Der Vorsitzende des Thüringer Landesverbandes der AfD, **Björn Höcke**, will im Herbst bei der Neuwahl des Landesvorstandes erneut kandidieren. Auch die Möglichkeit, bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr ins Rennen zu gehen, ziehe er ernsthaft in Betracht, sagte Höcke der *Thüringer Allgemeinen*. Zuvor wolle er sich im Urlaub mit seiner Familie besprechen und nach der Sommerpause eine Aussage treffen. Zu einer möglichen Koalition zwischen CDU und AfD in Thüringen sagte Höcke: „Selbstverständlich wollen wir mitregieren, aber nicht als Juniorpartner einer Koalition, die letztendlich doch von einer Alternative dominiert wird.“ afd-thueringen.de

ALFA

Die Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (Alfa) hat sich ein Jahr nach ihrer Gründung optimistisch gezeigt, sich im Parteiensystem zu etablieren. Bei den

ersten Gehversuchen als „junge und aufstrebende Partei“ habe man sich die notwendigen „blauen Flecken und Schürfwunden“ geholt, um das Potential später richtig ausprägen zu können, teilte die Bundesvorsitzende **Ulrike Trebesius** mit. Zur Renten- und Integrationspolitik, zur Europa- und Finanzpolitik und zu weiteren großen Themen liege inzwischen ein Programm vor, das die bürgerliche Mitte der Gesellschaft ansprechen soll. alfa-bund.de

Bundesverband mittelständische Wirtschaft

Die Pläne des Umweltbundesamtes zur Einführung einer „Blauen Plakette“ stoßen beim Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) auf Kritik. „Ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in den Innenstädten wäre ein immenser technischer Fehler und für



Trebesius

gestiegen sei, käme das Fahrverbot in den Innenstädten einer Enteignung der Betriebe gleich. bvmw.de

Deutscher Richterbund

Die Entlassung und Verhaftung von mehreren tausend Richtern und Staatsanwälten durch die türkische Staatsführung bezeichnete der Deutsche Richterbund (DRB) als schweren Schlag gegen die Unabhängigkeit der türkischen Justiz. Der Verband forderte die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, sich für die Unabhängigkeit der Justiz und

Handel und Gewerbe eine Mobilitätsbremse“, sagte der NRW-Landesgeschäftsführer des BVMW, **Herbert Schulte**. Da eine wachsende Zahl kleiner Betriebe in die Anschaffung sparsamer Dieselfahrzeuge investiert habe und auf die Euro-5-Norm umgestiegen sei, käme das Fahrverbot in den Innenstädten einer Enteignung der Betriebe gleich. bvmw.de

Demo für alle

Das Aktionsbündnis „Ehe & Familie – Demo für alle“ ruft für Sonntag, den 24. Juli 2016, zu einer Weckruf-Demonstration in München auf. Unter dem Motto „Stopp Gender und Sexualpädagogik der Vielfalt in Bayerns Schulen!“ fordert das Elternbündnis, daß die neuen Sexualerziehungsrichtlinien in Bayern grundlegend geändert und verworfen werden und die



Gnisa

Richtlinien von 2002 in Kraft bleiben. Das Bündnis will verhindern, daß die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ und die Ziele der Gender-Ideologie an bayerischen Schulen Eingang finden. Zu der Kundgebung vor dem Justizpalast werden unter anderem der Sozialwissenschaftler **Manfred Spieker** und die Publizistin **Gabriele Kuby** erwartet. demofueralle.de

Gewerkschaft der Polizei

Kritik an dem Vorschlag eines Grünen-Politikers, Radfahrern das Mißachten von roten Ampeln bei entsprechender Verkehrslage künftig zu erlauben, äußerte die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Als „gefährlichen Unfug“ bezeichnete sie die Idee der Grünen. Allein 2015 starben 383 Radfahrer und 14.230 erlitten schwere Verletzungen, meist innerorts, sagte der stellvertre-

der GdP-Bundesvorsitzende **Arnold Plickert**. Es sei wichtig, nachdrücklich auf geltende Verkehrsregeln hinzuweisen und nicht noch neue Gefahrenpunkte zu schaffen. gdg.de

Pegida

Pegida-Chef **Lutz Bachmann** hat angekündigt, eine eigene Partei zu gründen. Der Gründungsvertrag für die „Freiheitlich Direkt-demokratische Volkspartei“ (FDDV) sei bereits am 13. Juni unterzeichnet worden, sagte er am Montagabend in Dresden. Die Gründung eines „parlamentarischen Arms“ des Pegida-Vereins sei lange angedacht gewesen, da der Bewegung ein Verbot drohe. Die FDDV möchte allerdings nicht mit der AfD konkurrieren. „Wir werden die AfD unterstützen beim nächsten Bundestagswahlkampf und nur in ganz wenigen Landkreisen oder Wahlbezirken



Bachmann

Steinbrück

Die Piratenpartei hat gefordert, den Rundfunkbeitrag für Geschäftsräume, Zweit- und Ferienwohnungen neu zu überdenken, da eine Person nicht an zwei Orten gleichzeitig Medienangebote nutzen könne. Der politische Geschäftsführer der Piratenpartei Saarland, **Jörg Arweiler**, schlug anstelle der aktuellen Haushaltpauschale pro genutzter Räumlichkeit ein Zwei-Säulen-Prinzip vor. „Eine individuelle Pauschale für Einzelpersonen, also eine Gebühr pro Person, nicht pro Wohnung, und eine Gemeinschaftspauschale für Familien, Wohn- oder Lebensgemeinschaften, bei der der Beitrag zwar insgesamt höher ist als für eine Einzelperson, aber für alle

Direktkandidaten stellen“, sagte Bachmann, der selbst keine Funktion in der FDDV übernehmen will.

Piratenpartei

Der ehemalige Finanzminister und Kanzlerkandidat der SPD, **Peer Steinbrück**, hat angekündigt, sich ab Ende September aus dem politischen Geschäft zurückziehen. Er sehe nach der Gründung der „Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung“ seine „persönliche Verpflichtung als erfüllt an“ und halte den Zeitpunkt für gekommen, sein Bundestagsmandat zurückzugeben.

günstiger ist, als wenn jede Person einzeln zahlen müßte.“ piratenpartei.de

Der ehemalige Finanzminister und Kanzlerkandidat der SPD, **Peer Steinbrück**, hat angekündigt, sich ab Ende September aus dem politischen Geschäft zurückziehen. Er sehe nach der Gründung der „Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung“ seine „persönliche Verpflichtung als erfüllt an“ und halte den Zeitpunkt für gekommen, sein Bundestagsmandat zurückzugeben.

Mitteilungen für diese Rubrik senden Sie bitte an die Politikredaktion, Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin, Fax: 030/864953-14, redaktion@jungefreiheit.de

Bundesregierung verstärkt Druck auf Internetnutzer

Internet: Mit einer Welle von Hausdurchsuchungen bei Facebook-Nutzern möchte die Bundesregierung Zuwanderungskritiker einschüchtern

MICHAEL PAULWITZ

Der Kampf gegen sogenannte Hasskommentare im Internet ist nicht nur ein Steckbrief des Bundesjustizministers Heiko Maas (SPD). Mit einem Paukenschlag haben sich auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und mehrere Polizeibehörden in die Kampagne eingemischt. Koordiniert vom Bundeskriminalamt (BKA) durchsuchten Polizeibeamte vor einer Woche in 14 Bundesländern die Wohnungen von rund 60 Beschuldigten und beschlagnahmten Rechner, Mobiltelefone und Propagandamaterial.

Die offiziellen Verlautbarungen lassen durchblicken, daß damit auch ein Klima der Einschüchterung und Dauerverdächtigung geschaffen werden soll. Der erste „bundesweite Einsatztag“ gegen sogenannte „Hasspostings“ diene „auch der Sensibilisierung der Bürger beim Umgang mit rechtsgerichteten Äußerungen in sozialen Netzwerken“, schreibt das BKA und ruft die Bürger auf, fleißig Anzeige zu erstatten, persönlich bei der Polizei oder anonym in Anschlag-Portalen im Internet.

Noch direkter drückt sich Heiko Maas aus: „Das entschlossene Vorgehen der Ermittlungsbehörden sollte jedem zu denken geben, bevor er bei Facebook in die Tasten haut.“ Auf Druck des Bundesjustizministers hatte Facebook zu Jahresanfang eine Stelle zur Überwachung und Löschung von Einträgen eingerichtet und die von der Ex-Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane geleitete Multikulturalismus-Lobbyorganisation Amadeo-Antonio-Stiftung damit beauftragt.

Die Grenzen zwischen strafrechtlich relevanten Inhalten, politisch unerwünschten Äußerungen und bloßen Pöbeleien werden bei der Löschkampagne, die einseitig nur gegen „Extremismus



Bundesminister Heiko Maas, Manuela Schwesig: Das Familienministerium verteilt Geld an regierungsnahen („zivilgesellschaftliche“) Vereine

und Haßrede“ mit „rechtem“ Anstrich vorgeht, bewußt verwischt. Dieser Linie folgte auch die bundesweite Polizeirazzia gegen Hasskommentare.

Im Mittelpunkt der Durchsuchungen stand ein in Bayern geführtes Ermittlungsverfahren gegen eine geheime Facebook-Gruppe, der Verherrlichung des Nationalsozialismus und Volksverhetzung vorgeworfen wurden. BKA, Innen- und Justizministerium vermengten diese Straftaten mit „Anfeindungen“ gegen Asylbewerber und „Verbalradikalisierung“, die laut BKA-Präsident Holger Münch „häufig“ in „Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte“ mündeten.

Antisemitische und terrorverherrlichende „Hasskommentare“ von Musli-

men und Islamisten waren beim „Einsatztag“ dagegen genauso wenig Thema wie die auf linksextremen Portalen wie Indymedia verbreiteten Aufrufe zu Terror, Gewalt gegen Andersdenkende oder Hasslisten mit Namen, Adressen und Kontaktdaten von AfD-Politikern.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Vorstellung der vom Bundeskabinett beschlossenen „Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“, die am selben Tag wie die Polizeirazzien stattfand, versicherte der Bundesinnenminister zwar im Einvernehmen mit Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD), man dulde keinen Extremismus und keine Haß- und Gewaltaufrufe, „egal ob von

rechts, links oder aus religiösen Motiven“. In der Gewichtung zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede. Die ressortübergreifende „Strategie“ setzt sowohl auf Repression als auch auf Prävention. Letztere fällt vor allem in die Zuständigkeit Schwesigs, die dafür einen beträchtlichen Geldsegen an allerlei „zivilgesellschaftliche Kräfte“ verteilen kann. Links- und Islam-Extremismus werden dabei unter den weicheren „Präventionsaufgaben“ einsortiert.

Bei den rund 700 Partnern für „Extremismusprävention und Demokratieförderung“ dominieren denn auch „Kampf gegen Rechts“-Organisationen wie die „Neuen Deutschen Medienmacher“, ein journalistisches Lobby-Netzwerk für

Einwanderer, das für die Koordinierung einer Internet-Kampagne gegen Haßreden Geld bekommt. Die Kampagne ist der deutsche Ableger der vom Europarat erfundenen gleichnamigen Bewegung „no hate speech“, die auch den Strategen de Maizière und Schwesig sehr am Herzen liegt.

Dem Deutsch-Islamischen Vereinsverband Rhein-Main e.V. (DIV) mußte Schwesig die Fördergelder für ein „Anti-Radikalisierungsprogramm bei jungen Muslimen“ jedoch wieder streichen, nachdem HR-Info herausgefunden hatte, daß mindestens zwei Moscheegemeinden, die dem DIV angehören, selbst Verbindungen zu den islamistischen Muslimbrüdern haben.

Nicht für die Scholle kämpfen

Bundeswehr: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen stellte in Berlin mit dem neuen Weißbuch die Leitlinien der deutschen Sicherheitspolitik vor

CHRISTIAN VOLLRADT

Die Frage eines französischen Korrespondenten, ob Deutschland nun endlich sein Trauma des Zweiten Weltkriegs überwunden habe, beantwortete Ursula von der Leyen ausweichend: „Wir werden nie vergessen, woher wir gekommen sind“, gibt die Verteidigungsministerin am Mittwoch vergangener Woche zu Protokoll, als sie das frisch vom Kabinett abgesegnete Weißbuch vorstellt. Das sicherheitspolitische Selbstverständnis ist geprägt durch die Lehren aus unserer Geschichte, heißt es darin zu Beginn, „und daran werde sich auch hoffentlich in Zukunft nichts ändern“, ergänzt die Ministerin.

Dennoch, daran lassen weder die 140 Seiten des sicherheitspolitischen Grundsatzzepapiers noch die Ressortchefin einen Zweifel, Deutschlands Rolle in der Welt habe sich verändert, die Bundesrepublik sei bereit, Verantwortung bei der Bewältigung internationaler Krisen und dabei „aus der Mitte“ die Führung zu übernehmen.

men. Denn das sei ebenso eine Lehre der Geschichte: „Auch Nichthandeln kann schuldig machen“, betont von der Leyen.

Zehn Jahre nach dem letzten gibt es nun also ein neues Weißbuch, das – so wird allenthalben unterstrichen – ressortübergreifend, in enger Abstimmung mit Auswärtigem Amt, dem Entwicklungs- sowie dem Innenministerium und in einem offenen, transparenten Prozeß unter Beteiligung von etwa 150 Experten erarbeitet worden sei. Ungebrochen ist die Kontinuität zu den Vorgängerpapieren in zwei wesentlichen Punkten, dem Grundsatz der vernetzten Sicherheit und der „tiefen Verankerung“ in den Bündnissen Nato und EU. Doch auch die Unterschiede liegen auf der Hand: 2006 gab es noch die Wehrpflicht, und niemand dachte an ernsthafte Spannungen mit Rußland. Landes- und Bündnisverteidigung haben (wieder) einen höheren Stellenwert bekommen.

Im wesentlichen besteht das Weißbuch aus zwei Teilen: Im ersten wird zunächst die außen- und sicherheitspolitische Lage Deutschlands umrissen;

laut von der Leyen haben wir es da mit einer „nie dagewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten zu tun“. Als Beispiele werden die Annexion der Krim, der Terrorismus des Islamischen Staats, hybride Bedrohung, die Flüchtlingskrise – irreguläre Migration nennt von der Leyen ausdrücklich als Sicherheitsbedrohung – sowie Pandemien genannt.

Einsatz im Innern bei Terrorlage möglich

In Teil zwei geht es um die Schlußfolgerungen für die Bundeswehr. Die Absichtserklärungen lassen kaum Wünsche offen: mehr Geld für die Truppe, mehr und besseres Material statt Managementverwaltung, mehr Soldaten. Die starre Obergrenze wird abgeschafft, es gilt der Grundsatz des „atmenden Personals“. Bei den von Pleiten, Pech und Pannen geprägten Großprojekten würden jetzt Frühwarnsysteme greifen und die schlimmsten Auswüchse verhindern, ist sich von der Leyen sicher.

Einer der bereits im Vorfeld umstrittensten Sätze im Weißbuch betrifft den Abschnitt Personalstrategie. „Nicht zuletzt böte die Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU nicht nur ein weitreichendes Integrations- und Regenerationspotential für die personelle Robustheit der Bundeswehr, sondern wäre auch ein starkes Signal für eine europäische Perspektive.“ Auf Nachfrage betont von der Leyen, sie wolle damit das genaue Gegenteil einer Fremdenlegion.

Den Kritikern – vor allem im Bundeswehrverband, der die Staatsangehörigkeit wegen des besonderen Treueverhältnisses für elementar erachtet – entgegnete die Ministerin: „Ich glaube, die Soldatinnen und Soldaten haben eine tiefe Überzeugung, wofür sie eintreten. Es ist nicht die Scholle, sondern es sind die Werte – es ist die Demokratie, es ist die Freiheit, es ist der Respekt vor den Menschenrechten, die Durchsetzung des Rechtsprinzips des Rechtsstaates. Das sind tiefeuropäische Werte.“ Daß im Eid der Soldaten weder von der Scholle noch von Werten die Rede ist, sondern von der Pflicht, „das

Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, ist offenbar ohne Belang.

Auch an anderer Stelle findet sich im Weißbuch neben den ohnehin vielen Allgemeinplätzen manch modisches Gedöns, das in deutlichem Widerspruch zum ansonsten stets betonten Ernst der Lage steht: „Die deutsche Gesellschaft wird bunter und vielfältiger. Die Bundeswehr sieht diese Vielfalt als Chance.“ Gefordert sei ein „modernes Diversity-Management“ mit Blick auf „Alter, Behinderung, ethnische oder kulturelle Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexuelle Orientierung“. Aufreger Nummer zwei – in erster Linie für die Opposition – ist der (erweiterte) Einsatz der Bundeswehr im Innern, dem vier Absätze gewidmet sind. Sie zeugen vom Kompromißcharakter zwischen dem Wunsch der Union nach einer Grundgesetzänderung und dem Beharren der SPD auf dem Status quo. Nun also sollen Soldaten bei terroristischen Großlagen unter Federführung der Polizei mit Hoheitsbefugnissen im Inland eingesetzt werden können.

Integrationswerbung kostet Millionen

BERLIN. Ein von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Integrations-Onlineportal wird die Steuerzahler Millionen kosten. Allein die Werbekampagne mit Zeitungsanzeigen und Großplakaten werde mit „knapp 3,75 Millionen Euro“ zu Buche schlagen, sagte ein Sprecher des Bundespresidenten auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT. Diese Werbung sei im wesentlichen von den Agenturen „Scholz & Friends“, „Materna“ und „Carat“ entwickelt worden. Die Gesamtkosten stünden laut Presseamt noch nicht fest. Auf dem Internetportal „Deutschland kann das“ werden Asylsuchende präsentiert, die als Beispiel für gelungene Integration dienen sollen. Daneben bietet das Internetportal eine Deutschlandkarte mit mehr als 200 Initiativen und Projekten, die sich um Flüchtlinge und deren Integration kümmern. Die Internetseite ist ausschließlich in deutscher Sprache gehalten. (ho/krk)
▶ deutschland-kann-das.de

Streit um SPD-Besuch in Islamisten-Moschee

BERLIN. Die Bürgermeisterin des Berliner Bezirks Neukölln, Franziska Giffey (SPD), ist wegen des Besuchs einer vom Verfassungsschutz beobachteten Moschee in die Kritik geraten. Laut der Behörde gehört die Gemeinde zur radikalislamischen Muslimbruderschaft, die einen Gottesstaat propagiert. Ihr Amtsvorgänger Heinz Buschkowsky (SPD) nannte den Besuch „dumm“ und „hochgradig gefährlich“. Ohne Giffey Namen zu nennen sagte Buschkowsky: „Da kommen immer wieder Politiker, die sagen, ach, so böse sind sie doch nicht, wir müssen mit ihnen nur mal reden. Dann verstehen die das schon alles. Das ist ein Quark. Wie wollen Sie denn gegen Ideologie diskutieren? Das ist Unfug, das ist einfach nur naiv.“ Die SPD-Politikerin hatte die Dar-as-Salam-Moschee besucht, um dort das Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan zu feiern. (ho)

Christenschläger wird immer jünger

HAMBURG. In Hamburg hat am vergangenen Donnerstag der Prozeß gegen einen afghanischen Asylbewerber begonnen, der im Oktober 2015 einen christlichen Iraner wegen seines Glaubens zusammengeschlagen haben soll. Eine erste Verhandlung mußte im Mai abgebrochen werden, nachdem der Angeklagte während des Prozesses sein Alter von 22 auf 20 korrigierte, berichtet die Welt. Nun wird vor einer Jugendkammer verhandelt. Damit hat der Afghane die Chance, nach Jugendstrafrecht verurteilt zu werden, sollte er schuldig gesprochen werden. Am ersten Prozeßtag gab der Asylbewerber sein Alter mit 19 Jahren an. Vor Gericht wies der Asylsuchende dem Opfer die Schuld an der Auseinandersetzung zu. Der Christ habe den Islam beleidigt. Zugeschlagen habe er jedoch nicht. Möglich sei, daß das Opfer sich die Verletzungen selbst beigebracht habe. (ho)



CHRISTIAN VOLLRADT

Neulich auf dem Berliner Hauptbahnhof. Sigmar Gabriel steht abends um halb sieben an Gleis 14 und wartet auf den ICE 877 Richtung Karlsruhe, der ihn in seinen Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel oder Richtung Wohnort, nach Goslar bringen soll. Doch die Anzeigetafel kündigt eine Verspätung des Zuges von 70 Minuten infolge eines Unwetters an.

Also weicht der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende wie andere Reisende auch auf den Inter-city nach Münster aus, der gerade am gegenüberliegenden Gleis eintrifft. Der hält in Wolfsburg, ab da kann man pro-

Zwischen Reichstag und Kanzleramt

Am Zug

blemlos die nächste Regionalbahn bis Braunschweig nehmen – oder die dort wartenden schweren Limousinen direkt in die VW-Stadt beordern. Aber gerade als sich Gabriel mit seinen Personenschützern und weiteren Begleitern in der ersten Klasse niedergelassen hat, meldet sich der Zugchef per Lautsprecherdurchsage: Leider dürfe er den Zug nicht abfahren lassen. Die Klimaanlage sei defekt und angesichts einer Außentemperatur von knapp 30 Grad sei eine Fahrt ohne Klimatisierung nicht zu verantworten. Der Zug muß geräumt werden, die Verspätung des ICE nach Karlsruhe hat sich inzwischen auf 90 Minuten erhöht.

Das wäre normalerweise keiner Erwähnung wert, übliche Scherereien, wie sie auch allen anderen Berufspendlern nicht selten passieren. Bei Sigmar Gabriel ist diese Petitesse jedoch geradezu symbolisch aufgeladen. Es läuft im Moment

nicht rund für den Chef-Sozialdemokraten. Und immer wenn ein Problem gelöst scheint, taucht das nächste auf. In den Umfragen dümpelt die Partei bei um die 20 Prozent herum, dann verlor die älteste unter den Bundestagsparteien laut einer Studie des Parteienforschers Oskar Niedermayer auch noch im Vergleich zu den anderen am meisten Mitglieder.

„So geht es nicht weiter“, äußerte ein anonymes Vorstandsmitglied jüngst in der FAZ und sprach damit offenbar auch der Basis aus dem Herzen. Wird Gabriel den Sommer im Amt überleben? Droht – wie die Welt spekulierte – bei den Roten der Putsch gegen den unpopulären Häuptling aus dem Harz? Noch immer ist nicht sicher, ob Gabriel die Kanzlerkandidatur anstrebt, noch immer ist unklar, mit welchen thematischen Schwerpunkten die SPD in den Wahlkampf gehen will und vor allem: mit welcher

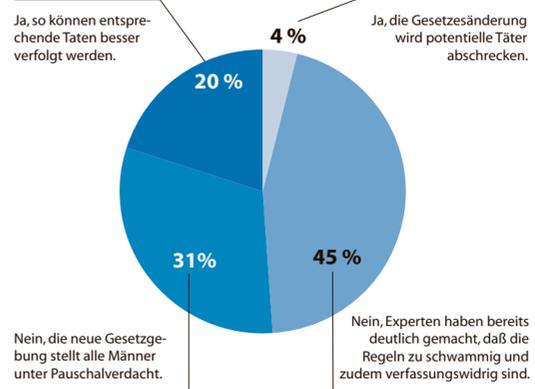
Koalitionsperspektive. Ist Rot-Rot-Grün 2017 eine Option, wie manche meinten – und andere sogleich dementierten? So richtig zur Ruhe kommt die Partei nicht. Am 4. September, dem Tag der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, will sich das Präsidium zu einer Klausurtagung treffen. Auf der Tagesordnung sollen auch Personalfragen stehen. Führt da jemand den Dolch im Gewande, steht Gabriel der Scharping- oder Beck-Moment bevor?

Zu allem Überflus machte er jetzt auch als Wirtschaftsminister eine schlechte Figur angesichts der gerichtlich untersagten Fusion von Tengelmann und Edeka (siehe Seite 11).

Das wiederum war an jenem heißen Sommerabend auf dem Bahnsteig – in Sichtweite des Kanzleramts – noch nicht absehbar. Der regulär folgende ICE rollte dann pünktlich; der politische Zug könnte für Gabriel längst abgefahren sein.

<http://jungefreiheit.de/umfrage-der-woche>

Neues Sexualstrafrecht: Ist die Verschärfung sinnvoll?



abgegebene Stimmen gesamt: 820

Aktuelle Umfrage: Säuberungswelle in der Türkei: Wie sollte Deutschland jetzt reagieren?

Stimmen Sie ab unter www.jungefreiheit.de

**Linken-Politiker soll
Angriff erfunden haben**

SCHWERIN. Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat Ermittlungen gegen einen ehemaligen Politiker der Linkspartei eingeleitet, weil er eine Messerattacke vorgetäuscht haben soll. Julian Kinzel sei „hinreichend verdächtig“, den Anschlag mit 17 Messerstichen Anfang Januar in Wismar erfunden zu haben, teilte die Behörde mit. Die Rekonstruktion des Tatgeschehens habe ergeben, daß „erhebliche Widersprüche zum Inhalt der Strafanzeige“ bestünden. Das Bild der Verletzung weise eher „alle Merkmale einer Selbstbeibringung“ auf. Kinzel hatte angegeben, während des vermeintlichen Überfalls als „schwule Kommunistensau“ und „dreckige Zecke“ beschimpft worden zu sein. Mehrere Linkspartei-Politiker hatten daraufhin einen stärkeren Kampf gegen Rechtsextreme gefordert. (ls)

**Jedes dritte Kind kommt
unehelich zur Welt**

BERLIN. Rund jedes dritte Kind in Deutschland wurde 2014 außerhalb einer Ehe geboren. Dabei lag der Anteil in den neuen Bundesländern mit 59 Prozent über dem der alten Bundesrepublik (29 Prozent), berichtet die Funke Mediengruppe unter Berufung auf das Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Im bayerischen Landkreis Eichstätt war die Quote mit 17,6 Prozent am geringsten. In den östlichen Bundesländern hatte das katholisch geprägte Eichsfeld die geringste Zahl nichtehelicher Geburten (46,5 Prozent). Insgesamt lebten 2015 laut dem Statistischen Bundesamt etwa 5,2 Millionen Kinder bei unverheirateten Eltern. 3,8 Millionen Kinder wuchsen bei alleinerziehenden Eltern auf. (mv)

Abwrackprämie der Woche

**Schluß mit
töff töff**

Von Christian Vollradt



Tübingens grüner Oberbürgermeister will die Stadt blauer machen. Das bedeutet allerdings weder seine Annäherung an die AfD, wie vielleicht überwollende Parteifreunde angesichts asylrealistischer Äußerungen Palmers unken mögen, noch eine Aufforderung an die örtlichen Studentenverbindungen, eine weitere Runde Pils zu trinken. Nein, „blau“ steht für Klimaschutz, konkret geht es allerdings um weniger blauen Dunst: Bis zu 500 Euro soll bekommen, wer sein Mofa oder Moped mit Verbrennungsmotor durch ein elektrisches ersetzt. Denn herkömmliche Zweiräder seien echte Dreckschleudern, die die Luft viel stärker belasten würden als moderne Autos. Palmer legt seine Idee einer „E-Bike-Prämie“ dem Gemeinderat vor und holt derzeit bereits auf Facebook ein Stimmungsbild ein.



Die wiedergewählten JA-Bundesvorsitzenden Markus Frohnmair und Sven Tritschler

HINRICH ROHBOHM, BINGEN

Das ging für die linksextreme Antifa nach hinten los. „Nationalismus ist keine Alternative“ hatte sie mit weißer Farbe auf eine Mauer in den Weinhängen des Rüdesheimer Rosenocks unterhalb des Niederwalddenkmals gemalt. Treffen wollte sie damit die Junge Alternative (JA), die Jugendorganisation der AfD. Deren Mitglieder versammelten sich am Wochenende zu ihrem Bundestreffen in der Rheintal-Kongresshalle von Bingen. Die Tagungsstätte auf der anderen Seite des Rheins bietet von ihrer Terrasse aus einen traumhaften Ausblick auf das

Wasser und die gegenüberliegenden Weinhänge mitsamt Denkmal. Für die JA-Führung ein idealer Platz für symbolträchtige Fotos, wäre da nicht dieser störende Antifa-Satz zwischen die Reben gepinselt worden.

Unbekannte überdeckten den Buchstaben „k“, erschufen so den Satz „Nationalismus ist eine Alternative“, der nun Tausenden Touristen am Binger Promenadenufer ins Auge fiel. Wieviel Nationalismus sie in ihren eigenen Reihen für zulässig hält, machte der AfD-Nachwuchs zumindest in bezug auf die ins Visier des Verfassungsschutzes geratene Identitäre Bewegung (IB) deutlich. Mit knapper Mehrheit votierten

die rund 200 anwesenden Mitglieder für einen vom Bundesvorstand beantragten Unvereinbarkeitsbeschluss. Anhänger der IB dürfen demnach künftig nicht mehr in die JA aufgenommen werden.

Zuvor hatte bereits der Bundeskonvent den Antrag mit 20 zu 1 Stimmen abgelehnt. „Ich möchte nicht, daß wir zu einer rechten Splittergruppe verkommen, wir wollen eine konservative Jugendorganisation sein“, wirbt JA-Vize Krzysztof Walczak bei der Basis für den Beschluss. Was für Unruhe in den Reihen der IB-Sympathisanten sorgt. Gegenanträge werden formuliert, Geschäftsord-

nungsanträge – ein Lieblingsinstrument nicht nur der Mutterpartei – nehmen zu. „Ich schlage vor, zu diesem Punkt die Presse auszuschließen“, meint ein Mitglied.

**Waffenstillstand zwischen
Petry und Gauland**

Ablehnendes Stimmengemurmel. „Die Gegner des Antrags sollen jetzt bitte nicht feige sein“, kontert Walczak. Beifall brandet auf, die Mitglieder lehnen den Vorschlag ab. „Schweren Herzens“ habe sich die JA zum Beschluss durchgerungen, wohlwissend, daß sie damit auch Leute treffe, die nicht extremistisch seien, meint ein Vorstandsmitglied, das für die JA die Gefahr sieht, künftig vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden. „Von Leuten, die völkisch-rassistisch denken, sollte man sich distanzieren“, ruft jemand ins Mikro. Nur vereinzelt wird geklatscht. „In Thüringen haben einige Vertreter der IB Verbindungen zu eindeutig rechtsextremen Organisationen, auch aus dem Umfeld des NSU, die zu Recht vom Verfassungsschutz be-

uns zusammenzurufen und den Streit zwischen den unterschiedlichen Lagern zu beenden“, lobt Frohnmair den Vorstand. Daß man sich dies auch von der Mutterpartei wünsche, gab Sven Tritschler an die Adresse von Gastrednerin Frauke Petry zu verstehen. „Jeder Tag eures Streits ist ein verlorener Tag für Deutschland.“ Die AfD-Bundesvorsitzende gibt sich verständnisvoll. „Ich bitte darum, mit dem AfD-Bundesvorstand geduldig zu sein.“ Die JA fordert sie auf, Informationen nicht einzig vom Hörensagen und aus den Medien heraus zu bewerten. „Die Gelegenheiten, daß man uns totsagt, werden bis 2017 noch zunehmen“, sagt sie. Aber: Der Zustand in der Partei sei besser als in den Medien dargestellt. Intrigen gebe es nicht. Mäßige Worte kommen von Alexander Gauland, der in seinem Grußwort vor einem sofortigen EU-Austritt warnt. „Erst muß die Frage beantwortet werden, ob die EU reformierbar ist.“

Damit widerspricht der AfD-Vize auch den Vorstellungen des Front National, der für Frankreich einen sofortigen Nato- und EU-Austritt fordert. Deren Jugendorganisation ist auf dem Kongress ebenfalls zugegen. Auf Initiative von Markus Frohnmair. Der Nachwuchspolitiker hatte sich vor allem um die internationale Vernetzung seiner Organisation gekümmert. Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurden sowohl Frohnmair als auch Tritschler als Bundesvorsitzende wiedergewählt.

Letzterer setzte sich in einer Kampf-Abstimmung knapp gegen den Berliner Landesvorsitzenden Thorsten Weiß durch. Hintergrund der Gegenkandidatur war offensichtlich der Versuch, die JA weiter nach rechts auszurichten. Das Unterfangen scheiterte ebenso wie der Versuch, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Krzysztof Walczak aus dem Amt zu wählen. Ein Racheakt, weil Walczak sich so energisch für den Unvereinbarkeitsbeschluss eingesetzt hatte, mutmaßten einige JA-Mitglieder.



JA-Mitglieder: Vernetzung mit Jugendorganisationen als Ziel

obachtet werden“, warnt die thüringische Landesvorsitzende Jana Schneider. Rückwirkend kann der Bundesvorstand IB-Aktivisten übrigens nicht ausschließen. Sollte er jedoch Kenntnis davon erhalten, daß ein JA-Mitglied sich an Veranstaltungen der IB beteiligt, würde dies nun den Ausschluß zur Folge haben.

Daß es im vergangenen Jahr weniger ums Ausschließen als ums Einbinden ging, machten die Bundesvorsitzenden Sven Tritschler und Markus Frohnmair deutlich. „Wir haben es geschafft,

„In einem Heim haben Christen Nachtwachen eingerichtet“

Konflikte in Asylbewerberheimen: Relativieren Kirchenvertreter islamische Gewalt gegen religiöse Minderheiten?

GERNOT FACIUS

Wie ernst nehmen Kirchenleiter Übergriffe auf Christen in deutschen Asylunterkünften? Die Frage hat nach einer gemeinsamen Stellungnahme des EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm und des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, erneut an Aktualität gewonnen. Beide hatten behauptet, Gewalt gegen Nichtmoslems gebe es zwar, aber solche Vorkommnisse seien „vergleichsweise selten“. Stimmt das?

Der Berliner Pfarrer Gottfried Martens von der kleinen Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche meint nein. „Die Stellungnahme der beiden großen Kirchen ist das Ergebnis einer offenen Gesprächsverweigerung gegenüber Opfern von religiös motivierten Übergriffen.“ Martens widerspricht der Aussage, Informationen über Angriffe und Bedrohungen von Christen und

anderen religiösen Minderheiten seien von Anfang an ernst genommen worden: „Die großen Kirchen haben erst und nur dann auf diese Berichte reagiert, als sie Stellungnahmen aufgrund innerkirchlichen Drucks und aufgrund der öffentlichen Diskussion nicht länger vermeiden konnten.“ Ein heftiger innerchristlicher Konflikt bahnt sich an. Pfarrer Martens kümmert sich in seiner Gemeinde seit längerem um Flüchtlinge, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind. Auf Basis seiner Erfahrungen gewichtet Martens eine Studie des Hilfswerks „Open Doors“ anders als etwa Bedford-Strohm und Marx. Vor allem auf „Open Doors“ gehen die Berichte zurück, Christen würden besonders häufig von muslimischen Asylbewerbern und Sicherheitsleuten

attackiert. Repräsentanten der großen Kirchen haben diese Vorwürfe zu relativieren gesucht, sie hielten den Verfassern der Studie „methodische Mängel“ vor.

Martens kontert: Die beiden großen Kirchen hätten sich erst gar keine Mühe gegeben, zu erklären, wie sie zu ihrem angeblichen „besseren Überblick über die Faktenlage“ gekommen seien. Zahlen würden nicht vorgelegt. Daß die Konflikte in den Aufnahmeeinrichtungen eher aus Alltagssituationen wie Streitigkeiten über die Küchenbenutzung denn aus religiösen Gründen resultierten, wie von der evangelisch-katholischen Stellungnahme angegeben wird, ist für den Pfarrer ein Zeichen von Weltfremdheit. Er fragt: „Ist den Verfassern denn tatsächlich nicht bewußt, daß es sich hierbei

um einen eminent religiösen Konflikt handelt, wenn Christen und anderen religiösen Minderheiten die Benutzung von Küchen und Sanitäranlagen untersagt wird – mit der Begründung, daß sie als ‚Ungläubige‘ unrein seien und eine gemeinsame Benutzung von Küchen und Sanitäranlagen gläubigen Muslimen nicht zumutbar sei?“ Es gebe selbst in Unterkünften, die sich in kirchlicher Trägerschaft befinden, Todesdrohungen, „die von seiten der Heimleitung bagatellisiert“ würden.

Es wirkt wie ein Hilferuf der Basis, wenn die Diakonisse Rosemarie Götz von der Landeskirchlichen Gemeinschaft „Haus Gotteshilfe“ in Berlin-Neukölln in der Zeitschrift *idea spektrum* schreibt, viele christliche Asylbewerber trauten sich aus Angst vor Gewalt nicht einzuschlafen. „In einem Heim haben Christen Nachtwachen eingerichtet, die ihre Glaubensgenossen wecken, wenn sich die Leute mit Messern oder Knütteln auf den Weg machen.“ Auch die

psychischen Belastungen nähmen zu, könnten jedoch nicht wie körperliche Verletzungen vorgezeigt werden. Sind die Verantwortlichen in der Kirche also darauf aus, die Probleme in den Heimen „auszusitzen“? Zu dieser Einschätzung neigt Martens. Denn es kämen ja kaum noch christliche Flüchtlinge an: „Wenn es keine mehr in Deutschland gibt, werden sich auch die großen Kirchen zu diesem für sie lästigen Thema nicht mehr äußern müssen.“

Die Unions-Bundestagsfraktion hat sich hinter die Stellungnahme von Bedford-Strohm und Marx gestellt. Auch sie sieht, wie ihr religionspolitischer Sprecher Franz-Josef Jung sagt, keine Beweise für eine „systematische Verfolgung“. Doch sei jeder Fall einer zuviel. Als erste konkrete Maßnahme habe die Union dafür gesorgt, daß religiös motivierte Gewalt in der Kriminalstatistik gesondert erfaßt werde. Zudem könne eine Notrufnummer für verfolgte religiöse Minderheiten geschaltet werden.



Pfarrer Martens

**Lassen Sie sich
Ihre Freiheit
nicht nehmen**

Die JUNGE FREIHEIT setzt sich engagiert für Presse- und Meinungsfreiheit ein. Sie leistet so einen entscheidenden Beitrag für die Demokratie. Profiliert in der Ausrichtung, berichtet sie wöchentlich über Politik und Kultur aus Berlin für ganz Deutschland. Sie nimmt sich die Freiheit, weiterzu-berichten, wenn andere sich abmelden.

Nehmen Sie sich auch diese FREIHEIT.



Lesen, was Sache ist.

Genießen Sie auch
im Urlaub Ihre FREIHEIT.

Die JF im Urlaub.

Kundennummer: _____
(Siehe Adreßaufdruck auf der Zeitung)

Meine Heimatadresse lautet

Vorname/Name _____
Straße/Nr. _____
PLZ/Ort _____

Ich möchte auch im Urlaub auf die JF nicht verzichten.
 Ich möchte während meiner Abwesenheit die JF an Freunde, Verwandte oder Bekannte senden lassen.

Senden Sie die JF in der Zeit vom _____ bis _____ bitte an

Meine Urlaubsadresse lautet

Vorname/Name _____
Straße/Nr. _____
PLZ/Ort _____
Land _____

Über die JF würde sich freuen

Vorname/Name _____
Straße/Nr. _____
PLZ/Ort _____
Land _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ausschneiden und absenden an:
JF-Leserdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin - Fax 030/864953-50

Telefon: 030/864953-25 oder
bequem per E-Mail: leserdienst@jungefreiheit.de



Der importierte Terror

Nizza: Der tunesische Attentäter radikalisierte sich offenbar schnell und machte einen unverdächtigen Lastkraftwagen zum Mordwerkzeug

MARC ZOELLNER

Es sollte ein Freudenfest werden. Das ganze Land mit Trikoloren geschmückt, viele davon noch als Überbleibsel des EM-Finales von vorverganger Woche. Landesweit versammelten sich Millionen von Franzosen, um Militär- und Flugparaden zu bestaunen; um mit ihren Familien den freien Tag auf Rummeln und Märkten, an Stränden und in den Cafés zu verbringen; um gemeinsam auf das historische Datum des 14. Juli anzustoßen. Doch was vom Tage blieb, waren geschockte Menschen, Trauer und Zorn, waren Blut und Leichen der 84 in Nizza Ermordeten – sowie die wütende Frage eines der Augenzeugen des niederrichtigen Lkw-Massakers: „Warum hat die Regierung uns nicht besser geschützt?“

Schon seit Wochen hatte Frankreich sich auf einen erneuten Terroranschlag vorzubereiten versucht. Besonders die Austragungsorte der Fußball-Europameisterschaft, deren Gastgeber das Land war, galten als hochsensibel. Verschärfte Sicherheitskontrollen an den Eingängen der Stadien, die teilweise bereits an jene auf internationalen Flughäfen erinnerten, sollten im Vorfeld Waffen und Sprengstoffe aus dem Verkehr ziehen. Auf den Dächern rund um die Pariser Fanmeile am Eiffelturm gingen Scharfschützen in Stellung.

Attentäter schlüpfte durch Raster der Geheimdienste

Daß nur eine Woche nach der EM der zweitschlimmste Terroranschlag in der Geschichte Frankreichs die Welt schockieren würde, damit hatte wohl kaum noch jemand gerechnet. Und eine Frage drängt sich bei diesem Bild geradezu auf: Was haben all die Vorkehrungen des Pariser Innenministeriums genützt, um einen Terrorakt wie jenen in Nizza zu verhindern? Immerhin handelte es sich um einen erneuten Donnerstag nicht um die von den Behörden erwartete konzentrierte Aktion einer Gruppe bewaffneter Dschihadisten – so wie im Club „Bataclan“ in Paris mit 80 Ermordeten oder der Anschlag auf die *Charlie Hebdo*-Redaktion durch Fundamentalisten mit zwölf Toten. Der Attentäter von Nizza war hingegen sicherheitspolitisch noch nicht aufgefallen.

Tatsächlich war Mohamed Lahouaiej-Bouhlel, so der Name des Attentäters, zwar schon mehrfach vorbestraft und seit März dieses Jahres nur auf Bewährung auf freiem Fuß. Doch über Eigentums- und Gewaltdelikte hinaus war im Vorfeld nichts über ihn aktenkundig geworden: keine politische Betätigung, keine Kontakte zu in- oder ausländischen Dschihadisten, nicht einmal ein religiöses Vorleben. „Bouhlel war nicht gläubig“, behauptete Walid Hamdou, ein Cousin der Frau des Attentäters, am Folgetag im Interview mit der britischen *Daily Mail*. „Er ist nicht in die Moschee gegangen, hat nicht gebetet, nicht den Ramadan befolgt. Er trank Alkohol, aß Schweinefleisch und nahm Drogen. Er war kein Moslem, sondern nur Scheiße.“ Indessen soll der unter anderem als Lastwagenfahrer jobbende Tunesier seine Frau geschlagen und Anfang des Jahres einen anderen Autofahrer im Streit um einen Parkplatz mit einer Holzpalette angegriffen haben.

Drei Kinder, in Scheidung lebend, hielt er sich mit Gelegenheitsarbeiten in der Einzugszone einer großen Metropole mehr schlecht als recht über Wasser: Lahouaiej-Bouhlels Biographie scheint eine von einer Million nahezu identischen allein in Frankreich zu sein. Durch das Raster der Geheimdienste, deren Befugnisse seit dem Bataclan-Anschlag vom vergangenen November durch die Notstandsgesetze grundlegend erweitert worden sind, ist Bouhlel geräuschlos hindurchgeschlüpft, wie die erschütternden Schlagzeilen der vergangenen Tage beweisen.

Ohne Mühe hatte der 31-jährige einen 19-Tonnen schweren Lastkraftwagen anmieten und sich eine Handfeuerwaffe besorgen können. Werkzeuge des Terrors, mit welchen Bouhlel am Donnerstagabend vergangener Woche, aus einem nahe gelegenen Vorort kommend,

Kurs auf die südfranzösische Hafenstadt Nizza nahm. Rund 30.000 Menschen hatten sich dort zu den Festivitäten des französischen Nationalfeiertags zusammengefunden, um gegen halb elf das Feuerwerk auf der berühmten Promenade des Anglais zu genießen. Eine Viertelstunde nach dessen Abschluß umfuhr Bouhlels Lkw eine der provisorisch errichteten Straßensperren, trat aufs Gas und schoß geradewegs in die Menge der Schaulustigen. Er steuerte den Lkw im Zickzackkurs, um so viele Menschen wie möglich umzubringen.

Seine Todesfahrt kostete 84 Menschen das Leben, darunter auch zwei Berliner Schülerinnen sowie ihre Lehrerin. Über 300 Zuschauer wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Erst eine couragierte Polizistin konnte den Attentäter stoppen. Bouhlel wurde von mehreren ihrer Schüsse noch im Führerhaus des Lkw erschossen. „Es war grauenhaft“, erzählte ein Zeuge später Reportern der *Nice-Matin* von seinen Erlebnissen. „Da waren Kinder auf dem Boden, in Stücken, Frauen, ältere Personen.“ Der

Attentäter, berichtet eine Frau im Bayerischen Rundfunk, sei „direkt auf ein Kinderkarussell zugefahren, deshalb gab es so viele verletzte Kinder. So viele ganz kleine Kinder.“

Täter ließ sich plötzlich Bart wachsen und mied Alkohol

Durch den neuen Terroranschlag – den zweiten in Nizza nach jenem auf das jüdische Gemeindezentrum vom Februar 2015, bei dem drei Soldaten ermordet wurden – gerät Frankreichs sozialistischer Präsident in Zugzwang: Noch in der gleichen Nacht verkündete François Hollande die Verlängerung der Notstandsgesetze. Verdächtige können weiterhin ohne Begründung unter Hausarrest gehalten, Wohnungen ohne Gerichtsbeschluss durchsucht, öffentliche Versammlungen von den Behörden aufgelöst werden.

Nachdem Lahouaiej-Bouhlel zunächst als unreligiös beschrieben worden war, ergaben die Ermittlungen über das Wochenende deutlich einen islamistischen

Hintergrund der Tat. Auf der Suche nach Mittätern und Hintermännern des Anschlags nahm die Polizei bis Sonntagabend acht Personen aus dem Umfeld des Attentäters in Gewahrsam; Bouhlels Ehefrau wurde inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt. Mehr als 200 Ermittler werteten den SMS-Schriftverkehr des Mannes aus. Ein albanisches Ehepaar wurde verhaftet, das im Verdacht steht, dem Attentäter eine Pistole besorgt zu haben. Zudem soll es Kontakt zu radikalislamischen Kreisen haben. Daß Lahouaiej-Bouhlel ein „einsamer Wolf“ gewesen sei, der sich vom IS inspirieren und rasant habe radikalisiert lassen, legen auch Zeugen nahe, die aussagten, der 31-jährige habe sich plötzlich einen Bart wachsen lassen und den Alkoholkonsum aufgegeben. Gegen diese Art von Terrorist scheint sicherheitspolitisch bislang kein Kraut gewachsen.

„Die Gefahr sind nicht mehr jene In- und Netzwerke aus dem Nahen Osten wie beim Bataclan, mit Monaten an Planung, mit eingeschleusten Immigranten und geheimen Geldkanälen“, schrieb der

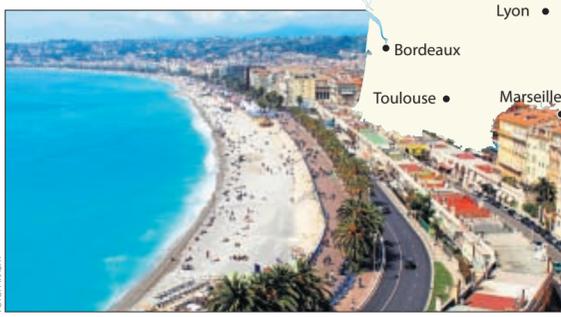
Journalist Hugh Schofield kürzlich auf der Onlinepräsenz BBC.com. „Heutzutage ist die Gefahr der Typ von nebenan. Der Terrorist aus deiner Nachbarschaft.“

Es ist eine Art von Terrorist, welche in Zeiten der Globalisierung durchaus auch kosmopolitische Charakterzüge trägt, wie das Beispiel des Tunesiers Bouhlel belegt – und vor welchem französische Sicherheitsexperten schon seit längerem warnen. So wie Patrick Calvar. „Wir dürfen nicht mehr in nationalen Kategorien denken. Tausende von Tunesiern, Tausende von Marokkanern und Algeriern können auf unser Staatsgebiet entsandt werden“, zitierte die *FAZ* kürzlich aus einem bereits vom Mai datierten Bericht des Chefs des Inlandsgeheimdienstes DCRI. Mit seiner Mahnung stieß Calvar im französischen Parlament schon damals auf taube Ohren. Und auch künftig scheint sich hieran nichts zu ändern. Denn François Hollande setzt seit vergangener Woche auf ein ganz anderes Heilmittel: die Einberufung von Reservisten, um Armee und Polizei auf den Straßen zu verstärken.

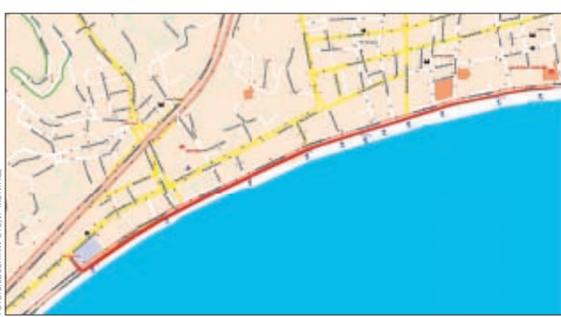


Schweigeminute am 18. Juli am Tatort: „Es war grauenhaft“

Nizza: Unter Schock



Promenade des Anglais in Nizza: Die Postkartenidylle ist vorbei



Zwei Kilometer Todesweg: Der Attentäter mordete im Zickzackkurs

Wut und Entschlossenheit

Umfrage: Großer Wunsch nach harten Maßnahmen / Welle der Hilfsbereitschaft

JÜRGEN LIMINSKI

Seit Freitag morgen berichten Frankreichs Medien ständig über das Drama von Nizza und seine Folgen. Selbst der gescheiterte Putsch in der Türkei kam nicht über Rang zwei in der Aktualität hinaus, erst recht nicht, als der IS sich des Anschlags von Nizza bezichtigte. Immer wieder wurden Telefonnummern der Krisenstäbe verkündet, eine Welle der Solidarität folgte dem Schock. Zeugen berichteten, andere suchten über Facebook Angehörige. Eine junge Mutter findet so ihr acht Monate altes Baby wieder, andere erfahren über Fernsehen und Radio, wie und wo sie ihre Familienangehörigen betreuen lassen können. Erstaunlich viele Psychologen kommen zu Wort. Viele Krankenhäuser, nicht nur in Nizza, bieten psychologische Notdienste an.

Die dritte Welle am Montag morgen bringt einen Schock für die Regierung. Zwei Drittel der Franzosen trauen ihr nicht mehr zu, der Gefahren Herr zu werden. Nach den Anschlägen im

November waren es noch 50 Prozent. 99 Prozent halten die terroristische Gefahr für hoch oder sehr hoch, jeder zweite sagt: „Wir sind im Krieg.“ Im Dezember waren es 37 Prozent. Entsprechend ausgeprägt ist der Wunsch nach härteren Maßnahmen. Acht von zehn Franzosen sind bereit, individuelle Freiheitsrechte dafür einschränken zu lassen, selbst unter den Linkswählern sind es 73 Prozent. Wieder zwei Drittel sind dafür, die mehr als zehntausend terrorverdächtigen und auf der Liste S geführten Personen nicht nur zu beschatten, sondern vorübergehend hinter Gitter zu bringen, und 91 Prozent wollen ein Gesetz, mit dem „echt lebenslanglich“ verhängt werden kann, so daß Terroristen nicht nach spätestens 30 Jahren wieder auf freien Fuß gesetzt werden können. Nicht wenige Bürger sind auch empört darüber, daß der Chefterrorist Abdeslam vom 13. November in seiner Isolationshaft über Telefon und Fernsehen verfügt, auch wenn er ständig überwacht und abgehört wird. Drei von vier Franzosen wünschen, daß Polizei und Geheimdienste mit mehr Vollmachten ausgestattet werden und daß die Richterschaft Verdächtige und Festgenommene nicht schon zwei Tage später wieder entlassen kann.

Diese vom Umfrageinstitut Ifop im Auftrag des *Figaro* erhobenen Daten zeigen einen Trend zu wesentlich mehr Härte und Entschlossenheit im Kampf gegen den islamistischen Terror an. So hoch waren die Zahlen selbst nach den Anschlägen des vergangenen Jahres nicht. Man glaubt den Parolen von Staatspräsident und Premier nicht mehr. Diese hatten die Einheit des Landes beschworen mit Worten wie: „Frankreich wird seiner Identität treu bleiben“, „Frankreich wird geeint dem Terror die Stirn bieten“, „Frankreich wird sich in diesem Krieg nicht destabilisieren lassen“. Es sind Worte, wie man sie aus dem vergangenen Jahr schon kennt. Drei Tage Staatstrauer zeigen symbolisch, wie tief das Land verwundet ist. Aber die Stimmung ist alles andere als resigniert. Wut und Entschlossenheit werden anhalten. Selten war den Franzosen so klar wie nach diesem 14. Juli: Es geht um Freiheit und Identität.

Attentate in Frankreich

- 14. Juli 2016, Nizza**
Der kleinkriminelle Tunesier Mohamed Lahouaiej-Bouhlel überfährt mit einem Miet-Lkw auf der Strandpromenade von Nizza absichtlich mehrere hundert Menschen. 84 Menschen sterben, mehr als 300 werden teilweise schwer verletzt.
- 13. Juni 2016, Magnanville**
Der vorbestrafte Islamist Larossi Abdalla Lahouaiej-Bouhlel überfährt mit einem Miet-Lkw auf der Strandpromenade von Nizza absichtlich mehrere hundert Menschen. 84 Menschen sterben, mehr als 300 werden teilweise schwer verletzt.
- 7. Januar 2016, Paris**
Ein 20-jähriger aus Marokko attackiert am Jahrestag des Anschlags auf „Charlie Hebdo“ in Paris Polizisten mit einem Metzgerbeil und droht damit, sich in die Luft zu sprengen.
- 13. November 2015, Paris**
Bei der Anschlagserie in Paris gehen die Angreifer koordiniert an fünf verschiedenen Orten gleichzeitig vor. In der Konzerthalle „Bataclan“, am Fußballstadion Stade de France sowie in mehreren Bars, Cafés und Wirtshäusern ermorden die Täter um den mutmaßlichen Planer Abdelhamid Abaaoud mit Schusswaffen und Sprengstoff 130 Menschen. Seitdem gilt in Frankreich der Ausnahmezustand.
- 21. August 2015, belgisch-französisches Grenzgebiet**
Der schwerbewaffnete Marokkaner Ayoub El Khazzani schießt im Thalys-Schnellzug auf dem Weg von Amsterdam nach Paris auf Passagiere, von denen zwei schwer verletzt werden.
- 26. Juni 2015, Saint-Quentin-Fallavier**
Der 35 Jahre alte Yassin Salhi enthauptet in einem Industriegelände nahe Lyon seinen Vorgesetzten. Dessen Kopf hängt er neben dschihadistischen Fahnen an einem Zaun auf. Danach bringt der Mann mit arabischen Wurzeln mehrere Gasflaschen zur Explosion. Zwölf Menschen werden verletzt.
- 7. bis 9. Januar 2015, Paris**
Die Islamisten Chérif und Saïd Kouachi stürmen das Redaktionsgebäude der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* in Paris und erschließen zwölf Menschen. In den Tagen darauf ermordet Komplize Amédy Coulibaly eine Polizistin und vier Menschen in einem jüdischen Supermarkt.

Sparkurs Bundesheer: Minister zieht Notbremse

WIEN. Österreichs Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) hat den geplanten Verkauf von fünf Kasernen gestoppt sowie die Strategische Immobilien-Verwertungs-, Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft (Sivbeg) aufgelöst. Stattdessen hat der Sozialdemokrat angekündigt, bis 2020 mehr als eine halbe Milliarde Euro in die Bundesheer-Infrastruktur zu investieren. Damit sollen Unterkünfte und Sanitärräume in Kasernen ebenso saniert werden wie Sport- und Schießanlagen. Außerdem sollen neue Werkstätten und Garagen gebaut werden. Laut Doskozil handelt es sich dabei nicht nur um eine „Investition in die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung“, sondern auch um ein „Konjunkturpaket für die österreichische Wirtschaft“. Bereits Anfang Juli hatte Doskozil, der Ende Januar sein Amt übernommen hatte, verkündet, das Bundesheer grundlegend neu zu strukturieren. Dabei gelten die Stärkung



Hans Peter Doskozil

der Truppe sowie die Erhöhung der Reaktionsfähigkeit im Kampf gegen die in den Fokus rückenden „hybriden Bedrohungen wie Terrorismus“ als Ziel. Auch die umstrittenen Einsparungen bei der Militärmusik wurden zurückgenommen. Diese waren unter Doskozils Vorgänger Gerald Klug (SPÖ) auf Ensembles reduziert worden, die dann zu klein waren, um Märsche zu spielen. Bundespräsidentenwahlkandidat Norbert Hofer (FPÖ) fand für die Arbeit Doskozils lobende Worte: Er sei seit „längerer Zeit der erste Minister“, der beim Bundesheer „Hoffnung auf einen neuen Weg“ wecke. (ctw)

Ungarn: Erneut schwere Krawalle in Auffanglagern

HALLASCH. Im geschlossenen Auffanglager für Asylbewerber im südungarischen Hallasch (Kiskunhalas) nahe der Grenze zu Serbien ist es am Sonntag abend erneut zu einer Massenschlägerei gekommen. Angaben der *Buda-pest Zeitung* zufolge begann die Auseinandersetzung aus noch ungeklärter Ursache zwischen knapp zwei Dutzend Algeriern, Syrern, Pakistanern und Mongolen. Nachdem Sicherheitskräfte eingeschritten waren, verlagerte sich das Geschehen aus dem Gebäude auf den Innenhof, wo sich bis zu 200 Migranten an den Krawallen beteiligten. Erst die Polizei konnte mit einem Großaufgebot die Ordnung wiederherstellen. (ctw)

Die politische Lücke füllen

Griechenland: Die neugegründete Partei „Neue Rechte“ will für frischen Wind in der Politik sorgen

CURD-TORSTEN WEICK

Electra Palace Hotel in Athen. Der Vorsitzende der neugegründeten Partei „Nea Dexia“ (Neue Rechte) Failos Kranidiotis präsentiert seinen Parteivorstand. Neben ihm sind das der Generalsekretär der Partei, Christos Christidis sowie Vizechef Panajotis Doumas, Unternehmer und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Athener Handelsverbandes.

Kranidiotis, seines Zeichens langjähriges Mitglied der konservativen Nea Dimokratia (ND) und enger Vertrauter des ehemaligen Premierministers Antonis Samaras, wurde im März dieses Jahres, kurz nachdem Kyriakos Mitsotakis zum neuen ND-Parteichef gekürt wurde, aus der Partei ausgeschlossen.

Ein Grexit ist nur etwas für reiche Spekulanten

Der Grund: Der Rechtsanwalt hatte Einwanderungsminister Ioannis Mouzalas (Syriza), der während eines TV-Interviews nicht politisch-korrekt von der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, sondern schlicht und einfach von Mazedonien gesprochen hatte, Hochverrat vorgeworfen und entsprechend dessen Rücktritt gefordert.

Dies war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Die politische Kluft zwischen Kranidiotis, vielen Mitarbeitern des ehemaligen Premierministers, und dem neoliberalen Mitsotakis war unüberseh- und unbrückbar.

Entsprechend rief Kranidiotis Mitte Mai die Nea Dexia als klar rechtskonservativ ausgerichtete Partei ins Leben. Er glaube nicht nur an die Freiheit, sondern auch an nationale Werte, erklärt der 51-jährige und verweist dabei auf eine riesige politische Lücke zwischen der Nea Dimokratia und der rechtsextremen Chrysi Avgi. „Kyriakos Mitsotakis haßt eigentlich die Rechten. Weder er noch sein Vater, Konstantinos, der ehemalige Premierminister von Griechenland, bezeichnen sich als Rechte“,



Nea-Dexia-Generalsekretär Christos Christidis, Parteichef Failos Kranidiotis und Vize Panajotis Doumas: Nicht nur die Legalisierung der Lebenspartnerschaften für Homosexuelle ist ihnen ein Dorn im Auge

unterstreicht dann auch Generalsekretär Christidis.

Vor diesem Hintergrund verweist Kranidiotis auf die von ihm abgelehnte Legalisierung von Lebenspartnerschaften für homosexuelle Paare durch das Parlament Ende Dezember 2015. 55 Parlamentarier aus den Reihen der ND hatten dagegen und nur 29 ND-Abgeordnete dafür gestimmt – darunter Mitsotakis.

Es sei ihm „gleichgültig, was jeder in seinem Bett“ mache, sagt Kranidiotis, doch gebe es eben einen „großen Unterschied zwischen sexueller Freiheit und dem ‚Recht‘ eines homosexuellen Paares zu heiraten und Kinder zu adoptieren“. „Wir wollen lieber – und das ist für uns Priorität – die griechische Mutter unterstützen. Wir sehen ein großes demographisches Problem und wünschen uns nicht, daß die Griechen sich zu Hehtern entwickeln“, die irgendwann von der Bildfläche verschwinden.

Überhaupt sei die Partei ein Spiegelbild der griechischen Gesellschaft – fern

den herrschenden Berufspolitikern, die nie gearbeitet und nie ihrer Heimat gedient hätten. Neben dem arbeitslosen Pressesprecher Dimitris Gerogiannis fänden sich Unternehmer, Wissenschaftler und Mitglieder des Think-Tanks „Netzwerk der Griechischen Konservativen“, in dem auch viele junge ND-Mitglieder vertreten sind, in der Partei.

Besonders hervorgehoben wird, daß die Vorstandsmitglieder eng mit dem Militär verbunden seien. Alle drei hätten als freiwillige Fallschirmjäger ihrer Heimat gedient. Entsprechend sei der Militärdienst eine der Voraussetzungen, um überhaupt Parteimitglied zu werden, betont Kranidiotis.

Einen Grexit lehnt er mit der Begründung ab, daß ein Ausstieg aus dem Euro vor allem die schwächeren Griechen belasten würde. „Wer die Drachme propagiert, ist ein Narr. Wir sind für eine freie Wirtschaft, aber mit einer starken Aufsichtsfunktion des Staates“.

Vizechef Doumas hebt hervor, daß der Grexit lediglich eine Kampagne von

„reichen Spekulanten“ sei, die „ihre Euros ins Ausland verlegt“ hätten. Griechenland könne sich zur Zeit nicht auf seine eigene Wirtschaftskraft verlassen. Der einzig funktionierende Wirtschaftszweig sei der Tourismus.

Um wieder auf die Beine zu kommen, so Doumas weiter, müßten diejenigen, die unbesteuerter Gelder ins Ausland überwiesen hätten, gezwungen werden, diese Beiträge zurückzutransferieren. Zudem müßten die Griechen, die Bankkonten im Ausland hätten, mit unternehmensfreundlichen Regeln motiviert werden, dem griechischen Bankensystem wieder zu vertrauen, als auch die Tausenden Firmen, die ihren Hauptsitz nach Bulgarien und in andere europäische Länder verlegt hätten, zurückgewonnen werden.

Doch dies sei ein langer mühsamer Weg, der „mehr oder weniger vom Schicksal der Eurozone im allgemeinen bestimmt“ werde.

► <http://neadexia.gr>

Gescheiterter Staat am Rande Europas

Moldawien: Ohne funktionierendes Staatswesen und geplagt von Korruption sieht die Zukunft düster aus

THOMAS FASBENDER

Droht ein „failed state“, ein gescheiterter Staat, am Rande Europas? Das zwischen Rumänien und der Ukraine eingeklemmte Moldawien mit seinen 3,1 Millionen Einwohnern gehört zu den ärmsten Regionen des Kontinents. Im Human Development Index der UN rangiert das Land auf Platz 114 von 187 Ländern.

Moldawien steht auch sinnbildlich für das Scheitern der EU-Politik den nicht-russischen Sowjetrepubliken gegenüber. Solange die lokalen Eliten kein funktionierendes Staatswesen auf die Beine stellen, sind alle europäischen Hilfestellungen vergebens. Dabei sind

dort seit 2009 Parteien an der Macht, die sich ihrem Programm nach pro-westlich und proeuropäisch geben.

Bisheriger Höhepunkt der Mißwirtschaft war ein Bankenskandal Ende 2014. Damals wurde bekannt, daß die Eigentümer dreier Geschäftsbanken Einlagen im Umfang von insgesamt einer Milliarde US-Dollar illegal außer Landes geschafft hatten. Es kam zu massiven Protesten und im Februar 2015 zum Bankensturm. Seit Oktober 2015 sitzt der Oligarchen-Politiker Wlad Filat, Premierminister von 2009 bis 2013, wegen dieser Machenschaften in Untersuchungshaft.

Regierungschef seit Januar 2016 ist Pawel Filip von der proeuropäischen Demokratischen Partei Moldawiens

(DPM). Hinter der DPM steht der reichste und mächtigste Moldawier: Wladimir Plahotniuc. Plahotniuc gehören die TV-Sender Publika, Prime, Canal 2 und Canal 3, außerdem drei Radioanstalten. Allein die Fernsehsender machen 70 Prozent des moldawischen TV-Angebots aus. Zwei weitere TV-Stationen gehören einem Abgeordneten der Liberaldemokraten, drei Fernsehsender sind in russischer, einer in amerikanischer Hand. Hinter Jurnal TV steht Plahotniucs Rivale Viktor Zopa.

Auf dem Höhepunkt der Bankenkrise im Februar 2015 gründete der frühere Staatsanwalt Andrei Năstase die zivilgesellschaftliche Bewegung „Würde und Wahrheit“. Rasch erwarb sie sich den Ruf eines „moldawischen Maidan“ in

Anlehnung an die Kiewer Protestbewegung 2013/14. Im Dezember 2015 wurde dann die Partei „Plattform Würde und Wahrheit“ registriert.

Aus jener Zeit stammen auch die ersten Berichte, wonach die vermeintliche Grassroots-Bewegung „Würde und Wahrheit“ ein politisches Werkzeug zweier nicht verwandter Oligarchen mit demselben Familiennamen – Zopa – im Kampf gegen ihren Erzfeind Wladimir Plahotniuc sei. Beide Zopas, Viktor und Wiorel, leben seit Jahren in Frankfurt am Main. In ihrer moldawischen Heimat wurden die beiden zu zehn und acht Jahren wegen Betrugsvergehens verurteilt. Darüber hinaus wird ihnen Waffenhandel und Geldwäsche vorgeworfen.

Größe aus Madrid

Linke
Träumereien



Von Michael Ludwig

Madrid ist eine Stadt, in der das öffentliche Leben mehr oder minder funktioniert – die Männer von der Müllabfuhr kommen pünktlich, die Polizei ist durchaus gegenwärtig und streng, die öffentliche Verwaltung gibt ihr Bestes. Natürlich ist manches verbesserungswürdig, aber im Süden ist man da gelassener.

Nun hat ein Plan der linken Bürgermeisterin Manuela Carmena die Bevölkerung der Hauptstadt, die sich auf ihren tiefen Sommerschlaf im August vorbereitet, aufschrecken lassen – und dieses Projekt hat es wahrlich in sich.

Es sieht vor, daß neben den bereits existierenden polizeilichen, juristischen und sozialen Ebenen, die Madrid durchziehen, Parallelen geschaffen werden. Die Bürgermeisterin setzt in jedem der insgesamt 121 Stadtviertel eine Art „Community-Manager“ ein, bei dem alle Fäden, die in seinem „barrio“ gesponnen werden, zusammenlaufen. Kommt es zu einer Straftat und gelingt es der Polizei, den Täter zu fassen, schaltet sich die „Policia Comunitaria“ ein, die aus freiwilligen Helfern besteht und die als Mediatoren auftritt.

Böse Buben kommen nicht vor Gericht, sondern vor eine „Nachbarschaftsjury“.

Der böse Bube kommt nicht vor Gericht, sondern muß sich vor einer „Nachbarschaftsjury“ verantworten. Die Mediatoren versuchen nun, einen Ausgleich zwischen Täter und Opfer herbeizuführen. Ziel ist, nach Wegen zu suchen, den angerichteten Schaden aus der Welt zu schaffen und den Täter zu resozialisieren. Immerhin hat sich die linke Stadtregierung dazu durchgerungen, daß das Urteil, das am runden Tisch der Nachbarschaftsjury gefällt wird, von einem Richter überprüft und abgesegnet werden muß.

Darüber hinaus sollen „Zirkel der bürgerlichen Überwachung“ und ein „öffentliches und privates Kommunikationsnetz“ geschaffen werden, informiert die Tageszeitung *El Pais*, die von den Plänen Wind bekam. Man braucht nicht allzuviel Phantasie, um sich auszumalen, welcher Provenienz die „Zirkel der bürgerlichen Überwachung“ sein werden; sie werden weniger im bürgerlichen als vielmehr im linken Milieu angesiedelt sein. Das gleiche gilt für das geplante Kommunikationsnetz.

Aus diesem Grund hat die konservative Oppositionspartei PP Protest gegen das Vorhaben angemeldet. „Wir können es nicht zulassen, daß die Macht an Institutionen abgegeben wird, die keinerlei legale Legitimation haben“, heißt es in einer Stellungnahme. Das geplante System sei „pervers“ und gleiche dem, das in Venezuela geschaffen worden sei.

Leserreisen 2016
Aktuelles Programm

Tagesseminar in Hamburg „Philosophie und Kunst“

Hamburg: 12.11.2016

Informationen zu allen Reisen:
Philosophischer-Salon@t-online.de
040-4 10 80 90

Freunde der JUNGEN FREIHEIT

Die Freiheit fördern: Werden Sie ein Freund der JF.
jungefreiheit.de/service/foerdern

Rufen Sie gern an:
030 / 86 49 53 - 24

JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

Jetzt kostenlos die JF testen:
jungefreiheit.de/probe-abo-bestellen

»Ich lese die JUNGE FREIHEIT, weil sie mutig Themen anpackt, die andere Medien ausblenden.«

Luisa M., 23 Jahre, Studentin, JF-Leserin

- ✓ exklusive Reportagen
- ✓ spannende Hintergründe
- ✓ kompakt auf 24 Seiten

4 Wochen gratis!
030 / 86 49 53 - 25

„Die Armee ist unser“

Türkei: Nach dem Putsch zieht Präsident Erdoğan alle Register, um sich seiner Widersacher zu entledigen

CHRISTIAN JUNKARIS

Mit jenen Flüchtlingen, welche vergangenen Samstag am Flughafen von Alexandroupoli ankamen, einer kleinen, nur unweit der griechischen Landgrenze zur Türkei liegenden westthrakischen Gemeinde, hatte in Griechenland mit Sicherheit niemand gerechnet. Acht Soldaten entstieg an jenem Morgen einem Black-Hawk-Helikopter: türkische Armeeangehörige. Geflohen aus ihrem eigenen Land, um in Griechenland politisches Asyl zu beantragen. Die Soldaten wirkten dabei nicht weniger überrascht als die griechischen Flughafenbehörden. Geradezu überrollt, erklärten die Uniformierten später während einer Befragung, seien sie von den Ereignissen in ihrer Heimat worden.

Ihr Auftrag sei es gewesen, Verletzte von einer Istanbuler Bosphorusbrücke zu evakuieren. Daß sie dabei zum willigen Werkzeug eines Putschversuches des Militärs gegen den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan geworden seien, hätten sie erst im Verlauf ihres Einsatzes per SMS erfahren. Aus Angst seien sie kollektiv nach Griechenland geflohen – und fürchten dort nun um ihre Auslieferung zurück in die Türkei, wo sie zumindest das Gefängnis und vielleicht sogar die Todesstrafe erwartet.

„Der Aufstand war ein Geschenk Gottes“

Eine Angst, die durchaus berechtigt ist, mag man den Worten des türkischen Präsidenten Glauben schenken. Als wütende Demonstranten am vergangenen Sonntag auf der Beerdigung mehrerer während des Putsches gefallener Zivilisten lauthals skandierten: „Wir wollen die Todesstrafe wieder!“, erklärte Erdoğan kühl und gelassen, man könne die Forderungen der Menschen in einer Demokratie nicht ignorieren. „Das ist euer Recht“, schloß sich Erdoğan der Menge an. Schon am Vortag hatte Binali Yıldırım, seit Mai neuer Premierminister des Landes, vor Proteststern ähnliches verlauten lassen. „Wir haben eure Botschaft verstanden“, verkündete der AKP-Politiker den Proteststern vor dem zerschossenen Parlamentsgebäude in Ankara. „Das Notwendige [zur Wiedereinführung der Todesstrafe] wird von uns getan.“

Noch immer zog zu diesem Zeitpunkt Rauch durch die Trümmer der Großen Nationalversammlung, den Sitz des türkischen Parlaments. Panzer und Armeehubschrauber hatten in der Nacht das Gebäude beschossen, etliche Eingeschlossene verletzt und einen Abgeordneten getötet. Nur wenige Stunden zuvor, um Punkt 22.29 Uhr Ortszeit Freitag abend, sperrten gepanzerte Infanterieeinheiten mehrere Brücken über den Bosphorus für den Verkehr, belagerten den Atatürk-Flughafen von Istanbul und besetzten die wichtigsten Fernsehstationen der Türkei, darunter jenen des Senders TRT sowie von CNN Turk. Insgesamt, ergaben anschließende Ermittlungen, seien über 6.000 Soldaten in den Aufstand verwickelt gewesen;

sowohl vom Heer als auch von der Luftwaffe. Der Coup d'État des Militärs sollte den Anfang vom Ende der Regierung Erdoğan einleiten. Doch so rasch der Spuk über die Türkei hereinbrach, schien er auch schon wieder vorüber. Bereits um vier Uhr Samstag morgen landete der Präsident, frisch vom Strandurlaub aus der türkischen Mittelmeerstadt Marmaris zurückkehrend, auf dem Atatürk-Flughafen, wo er sich von seiner versammelten Anhängerschaft bejubeln ließ.

Noch immer liegen die Hintergründe des niedergeschlagenen Staatsstreichs im dunkeln. Ertliche Theorien kursieren unter Analysten und Kommentatoren, von denen sich drei hervorheben: daß die unter starkem Verfolgungsdruck stehende Gülen-Bewegung (JF 21/16) mit einer Verzweiflungstat die Flucht nach vorn wagte; daß kemalistische Militärs eine Islamisierung der Türkei zu verhindern gedachten – und ebenso nicht ausschließbar, daß der Coup nichts weiter gewesen war als ein sogenannter „insider job“ von Erdoğan selbst.

Denn unter dem Strich profitiert keiner deutlicher von den Geschehnissen des vergangenen Freitag als der türkische Präsident. Was dieser auch nur allzu deutlich zugibt.

„Dieser Aufstand ist ein Geschenk Gottes an uns“, erklärte Erdoğan vor seinen Anhängern „Nun haben wir einen Anlaß, unsere Armee zu säubern.“

Worte, denen alsbald schon Taten folgten: Im Verlauf des Wochenendes verhafteten Beamte des Innenministeriums fast 3.000 Angehörige des Militärs; unter ihnen auch zwei Brigadegeneräle, den ehemaligen Oberkommandeur der türkischen Luftwaffe, Akin Öztürk, sowie den General Adem Huduti, den Kommandeur der Zweiten Türkischen Armee, welchem zuletzt rund 120.000 Soldaten unterstanden. Mit Erdoğan



Recep T. Erdoğan sieht sich eins mit seinen Anhängern: Wenn ihr die Todesstrafe wollt, bekommt ihr sie

FOTO: COURTESY ALJAZEER.COM

Die Niederschlagung des Freitag-aufstands dürfte jedoch das Ende ihres einst bedeutenden Einflusses auf die politischen Entwicklungen der Türkei bedeuten. Ihre Autonomie gegenüber der Regierung habe sie auf jeden Fall bereits eingebüßt, begrüßte die AKP-Führung in Ankara im Anschluß freudestrahlend. „Die Armee ist unser und keine Parallelstruktur mehr“, faßte Erdoğan die Auswirkungen des Staatsstreichs lapidar zusammen. „Ich bin ihr Oberkommandierender.“

Es war der bislang schwerste, jedoch nicht der erste Schlag Erdoğan gegen die relative Unabhängigkeit der

Ministerpräsidenten Erdoğan geplant zu haben. Die 2013 ausgesprochenen langjährigen bis lebenslangen Haftstrafen wurden im April 2016 allerdings vom Obersten Gerichtshof kassiert – sehr zum Mißfallen des Präsidenten. Denn weder hätte es Beweise für eine Verschwörung der Angeklagten gegeben, begründete das Gericht seine Entscheidung, noch seien deren Menschenrechte während der ersten Verhandlung gewahrt worden.

Der neuere Putsch hingegen endet mit einem klaren Sieg Erdoğan nicht nur in der heißen Phase eines Staatsstreichs, sondern ebenso in einem noch tiefer greifenden kalten Krieg, welchen Erdoğan seit Beginn seiner Präsidentschaft sowohl gegen die Kemalisten führt (JF 18/16), als auch gegen die Gülen-Bewegung.

Bis zu acht Millionen Anhänger soll die moderat-islamische Heilsbewegung allein in der Türkei besitzen. Fethullah Gülen, der Begründer seiner gleichnamigen, weltweit agierenden Bewegung, war überdies einer der spirituellen Mäzene und Wegbereiter Erdoğan's, bis letzterer sich seit Ende 2013 aufgrund der Gezi-Proteste mit diesem zerstritt.

Bei der AKP in Ungnade gefallen, wird Gülen vorgeworfen, in der Türkei einen Staat im Staate schaffen zu wollen. Nicht ganz zu Unrecht. Denn Gülen's politischem Asyl in den Vereinigten Staaten ging eine unmißverständliche Aufforderung an dessen Anhänger voraus. „Ihr müßt in die Arterien des politischen Systems eindringen, ohne bemerkt zu werden“, verkündete Gülen damals in einer Tonbandrede. „Dort müßt ihr warten, bis die Zeit gekommen ist, zu welcher ihr sämtliche Staatsgewalt in euren Händen haltet.“

Gülen selbst dementierte prompt sein Mitwirken am Putsch. „Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es sich um einen inszenierten Coup gehandelt hat“, spielte der Beschuldigte den Ball prompt zu Erdoğan zurück, „um weitere Anklagen gegen die Gülenisten zu erheben“.

Tatsächlich wurden am Folgetag des Staatsstreichs nicht nur reihenweise

involvierte Soldaten verhaftet, sondern auch fast rund 2.800 Richter und Juristen ihres Amtes enthoben. Zudem wurden 15.200 Mitarbeiter von Bildungseinrichtungen vom Dienst suspendiert sowie 24 Radio- und Fernsehstationen die Lizenz entzogen – allein des Verdachts wegen, sie sympathisierten mit Fethullah Gülen.

Ankara will „Terrorist“ Gülen ausgeliefert haben

Der Fall Gülen entwickelte sich schnell zum Lackmusest der Beziehungen zwischen der Türkei und den USA. Ankara pocht auf die Auslieferung des „Anführers der Terrororganisation Fethullah / Parallele Staatsstruktur“. Washington verlangt jedoch stichhaltige Beweise, die eine Verwicklung von Gülen in den gescheiterten Militärputsch untermauern. „Anschuldigungen reichen nicht“, erklärte Außenminister John Kerry.

Wie all seine Amtskollegen der EU-Staaten warnte Kerry Ankara davor, bei der Aufarbeitung des Militärcoups Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzuschränken. Während der US-Politiker den Bündnispartner daran erinnerte, den „Maßgaben der Demokratie“ zu folgen, unterstrich die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, daß Ankara mit der Wiedereinführung der Todesstrafe seine EU-Mitgliedschaft aufs Spiel setze.

Doch Erdoğan zeigt sich unbeherrschbar. Wenn die Parlamentsparteien die Wiedereinführung beschließen, werde er sie unterschreiben, erklärte der 62jährige.

Entsprechend groß ist die Furcht der acht in Griechenland gestrandeten Soldaten. Hieß es zuerst aus Athen, daß die Prüfung ihres Asylantrags sich noch lange Zeit – bis hin zu mehreren Jahren – hinziehen könnte, erhob die griechische Staatsanwaltschaft kurz darauf Anklage: wegen illegalen Grenzübertretts und der Verletzung des griechischen Luftraums.

■ Artikel Seite 1



Türkische Helikopterbesatzung in Griechenland: Athen tut sich schwer mit den ungebetenen Gästen – Asyl gewähren oder ausliefern?

Säuberungswelle wurde der Armee ein schwerer Schlag versetzt. Das Militär gilt in der Türkei als tragendes Fundament einer kemalistisch orientierten und säkular ausgerichteten Republik.

Viermal in der Geschichte der Türkei hatte die Generalität bereits Staatsstreichs initiiert. Jedesmal erfolgreich, so wie zuletzt 1997 während des „Kalten Putsches“ gegen den islamistischen Präsidenten und politischen Ziehwater Erdoğan, Necmettin Erbakan.

türkischen Armee: Bereits 2011 erhob die Staatsanwaltschaft nach vielfachen Hausdurchsuchungen und einer Verhaftungswelle Anklage gegen 116 Offiziere des Heeres. In deren Wohnungen hatten Beamte vorab Sprengstoff und Handgranaten sichergestellt. Im sogenannten „Ergenekon-Prozess“ wurde auch diesen Offizieren sowie rund 200 weiteren Journalisten, Altgedienten und Geschäftsmännern vorgeworfen, eine gewaltsame Absetzung des damaligen

Namibia verlangt Reparationen

WINDHUK. Namibias Präsident Hage Geingob hat nach Angaben der *Allgemeinen Zeitung* „ernsten Anstoß“ an der Entscheidung der Bundesregierung genommen, keinerlei Reparationen zahlen zu wollen. Zudem kritisierte er die Aussage des deutschen Sondergesandten Ruprecht Polenz, der derzeit über eventuelle Entschädigungsleistungen verhandelt und verkündet hatte, Bargeld könne definitiv nicht fließen. Im Vorfeld hatte Berlin signalisiert, den „Kolonialkrieg“ in Deutsch-Südwestafrika, also die Niederschlagung des Aufstands der Herero und Nama im Jahre 1904, als „Völkermord“ anzuerkennen und eine formelle Entschuldigung leisten zu wollen. Zugleich hieß es, dieser Schritt werde keine automatische Rechtsfolgen bewirken, was die Zahlung von Reparationen betreffe. Allerdings bot Berlin an, die Entwicklungshilfe aufzustocken sowie in eine deutsch-namibische „Zukunftsstiftung“ investieren zu wollen. Doch dies wiederum empfinden diverse „Opferverbände“ in Namibia als Affront. (wk) www.az.com.na

Nigeria: Muslimischer Mob verwüstet Kirche

JULEJA. Eine Gruppe von rund 200 muslimischen Jugendlichen hat nach dem islamischen Freitagsgebet in der vergangenen Woche eine katholische Kirche in Juleja verwüstet und den Altar und Kirchenfenster zerstört. Nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mißhandelte und vertrieb der Mob das Wachpersonal und die auf dem Kirchengelände lebenden Seminaristen und die anwesenden Kirchgänger. Die Gewalttat ereignete sich rund 40 Kilometer nordwestlich der nigerianischen Hauptstadt Abuja in der gut 200.000 Einwohner zählenden Stadt im Bundesstaat Niger. Niger gehört zu den zwölf nigerianischen Bundesstaaten, die in den Jahren 1999 bis 2001 offiziell die Scharia einführt. Seither sind nach Angaben der IGFM im Norden Niger tausende Menschen von Islamisten getötet worden. (ctw) www.igfm.de

Datenbank zur Erfassung von Haßpredigern

BRÜSSEL. Belgien richtet eine zentrale Datenbank mit den Namen und sämtlichen Angaben zu islamistischen Haßpredigern ein. Sie soll eine bessere Kommunikation zwischen allen zuständigen Diensten ermöglichen, berichtet der Onlinedienst flanderninfo.be. Zudem soll es künftig möglich sein, Haßpredigern den Paß zu entziehen oder ihnen ein Visum zu verweigern. Seit dem Aufkommen der Terrororganisation Sharia4Belgium hätten zwar verschiedene Dienste aktiv Haßprediger verfolgt, doch die Informationen seien dann häufig in den verschiedenen Abteilungen hängengeblieben, so der Staatssekretär für Asyl und Migration, Theo Francken. (ctw)

**UNSERE ADLER
BRAUCHEN HILFE**

Helfen Sie mit einer Patenschaft!

Infos zum Adlerschutz:
NABU · Patenschaften
Charitéstr. 3 · 10117 Berlin
www.NABU.de/adler
Patent@NABU.de

Perlen Ostpolens
vom 3. bis 12. September 2016 (zehn Tage)

mit Warschau, Lublin, Kazimierz Dolny, Zamość, Schowkwa (Zhovkva), Lemberg, Przemysl, Rzeszów, Sandomierz, Krakau und fantastischen Schlössern (Krasieczyn, Łańcut, Baranów)

Abfahrtsorte: Berlin, Dresden, Görlitz
1.090,00 Euro p.P. im DZ 140,00 Euro EZZ
(inkl. HP, alle Ausflüge, alle Stadtführungen)

Breslau - Kulturhauptstadt Europas mit Altstadtfest in Görlitz
vom 21. bis 28. August 2016

mit Breslau, Neisse, Oppeln, Liegnitz, Wahlstatt, Jauer, Trebnitz, Oels, Bunzlau, Riesengebirge

Abfahrtsorte: Berlin, Dresden, Görlitz
890,00 Euro p.P. im DZ 90,00 Euro EZZ
(inkl. HP, alle Ausflüge, Stadtführungen, Eintritte)

Weitere Informationen und Buchungen bei:
SenfkornReisen
Brüderstraße 13, 02826 Görlitz
Tel. 03581/400520, info@senfkornreisen.de
www.senfkornreisen.de

Alte Mühlegebäude in Bautzen, direkt an der Spree, zum Verkauf. Einzelheiten unter 040-5241001 oder www.verkauf-alte-muehlegebäude-bautzen.de

Sie suchen qualifizierte Mitarbeiter... für die traditionellen Werte wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Ordnungssinn und Zuverlässigkeit keine überholten „Sekundärtugenden“ sind?

Dann schalten Sie doch Ihre Stellenanzeige einfach in der Jungen Freiheit und unterstützen gleichzeitig Ihre Lieblingszeitung.

BMV Berliner Medien Vertrieb
Helmholtzstraße 2-9 | 10587 Berlin
Tel 030-66 40 67-55 | Fax 030-66 40 67-54
E-Mail info@berlinermedienvertrieb.de

Die Belastung der Beitragszahler durch Asylbewerber steigt an

Realitätsverweigerung

Ich weigere mich zu sagen, daß die Flüchtlinge die Krankenkassen belasten.“ Die kühne Aussage von Doris Pfeiffer, Chefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) ist glatte Realitätsverweigerung. Dabei muß man kein Experte sein, um zu erkennen, daß der millionenfache Asylzustrom auch der GKV erhebliche Kosten verursachen wird. Die meisten der Zuwanderer werden nicht oder erst nach vielen Jahren und kostenintensiver Nachqualifizierung am Arbeitsmarkt teilnehmen – und dann auch überwiegend im Niedriglohnsektor, wo das verstärkte Überangebot die Löhne weiter drücken wird und ihr Beitrag zur Solidargemeinschaft geringfügig und weiter subventionsbedürftig ist. Sind sie jedoch erst nach mehr oder minder langer Wartezeit als „Flüchtlinge“ anerkannt, haben sie auch Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen und medizinische Versorgung in der GKV.



VON
MICHAEL PAULWITZ

»Die viel zu hohen Steuern bescheren dem Fiskus Milliarden an Mehreinnahmen.«

Die politische Debatte um die Auswirkungen des Asylansturms auf die Krankenkassen dreht sich denn auch vor allem darum, die Zusatzlasten schönzureden und zu verschleiern, wer dafür am Ende gerade stehen muß. Die GKV-Chefin schiebt die drohenden Beitragserhöhungen, die allein an den Versicherten hängen bleiben, ausschließlich auf die „teuren Gesetze“ der Bundesregierung und verlangt, den Monatszuschuß für Hartz-IV-Bezieher, zu denen nächstes Jahr, vorsichtig geschätzt, 800.000 Asyl-Immigranten hinzukommen sollen, von derzeit 90 Euro

pro Kopf „kostendeckend“ um die Hälfte anzuheben. So kann man die Asyl-Kosten für die Kassen natürlich auch elegant verstecken.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe wiederum will zunächst anderthalb Milliarden Euro aus den Rücklagen des Gesundheitsfonds in die GKV-Etats umleiten, um unter anderem (meint: hauptsächlich) die Zusatzkosten für Asylbewerber zu decken. Im Klartext: Er will die von den Beitragszahlern geschaffenen Polster plündern, die von Rechts wegen diesen zustehen, um die Mehrkosten möglichst lange aus dem Bundeshaushalt herauszuhalten.

Wenn schon nächstes Jahr die Sozialabgabenquote über 40 Prozent steigt, ist es für die gebeutelte Mittelschicht ein zynischer Trost, daß der Bundesfinanzminister bis 2020 ohne neue Schulden auskommen will und die CSU Steuererhöhungen markig ausschließt. Kunststück: Die Steuern sind ja schon seit Jahren zu hoch und bescheren der öffentlichen Hand Milliarden an Mehreinnahmen, die sie für die Asylkrise verfeuern kann, statt sie den Steuerzahlern zurückzugeben.

Und die Milliarden, die Wolfgang Schäuble wegen der EZB-Geldflut an Zinsen für den vorhandenen Schuldenberg spart, sind Milliarden, um die deutsche Sparer kalt enteignet werden. Statt Schulden abzubauen, macht man den ausgeplünderten Bürgern weis, der Asylansturm verursache ihnen „keine Mehrkosten“. Noch ein klarer Fall von Realitätsverweigerung.

Millionen Dieselaautos soll die Fahrt in Städte verwehrt werden

Blaue Geisterfahrt

Von Markus Brandstetter

In Deutschland fahren 14,5 der 45,1 Millionen Pkw mit Diesel. Hinzu kommen 4,5 Millionen Lkw, Busse und Agrarfahrzeuge. Dieser hohe Diesel-Anteil resultiert erstens aus den seit 30 Jahren bestehenden Steuervorteilen und zweitens aus der überragenden Technologie, die die deutschen Automobilproduzenten anbieten. Dieselfahrer konnten sich bislang als eine verwöhnte, gehegte und geschützte Spezies betrachten.

Damit ist es bald vorbei: Bereits im Herbst soll eine neue blaue Plakette (JF 16/16) für die Umweltzonen beschlossen werden. Geht es nach den Umweltministern von Bund und Ländern, würden schrittweise alle Fahrzeuge aus deutschen Innenstädten verbannt werden, welche die Abgasnorm Euro 6 nicht erfüllen – das sind derzeit fast 14 Millionen Pkw. Die Grenzwerte bezüglich des Stickoxidausstoßes (NO_x) erfüllen – wenn man den Prüfstandsnormen nach VWs Dieseltage weiter glaubt – bislang nur eine halbe Million neue 500.000 Diesel-Pkw und die modernsten Lkws.

„Die Befürworter einer Blauen Plakette begeben sich auf eine verkehrspolitische Geisterfahrt“, warnt Mario Ohoven, Chef des Unternehmensverbandes BVMW. Nicht nur der Logistik-Branche, auch Handwerk und Gewerbe, würden zusätzliche Lasten aufgebürdet. Der BVMW werde „gegen diese mittelstandsfeindliche Aussparungsstrategie“ mobil machen, denn viele seien erst kürzlich auf Euro-5-Fahrzeuge umgestiegen: Ein Fahrverbot bedeute „Enteignung von Betriebsvermögen“ und zerstöre das „Vertrauen in den Rechtsstaat“.

Technisch gibt es heutiger Sicht kaum Abhilfe, ältere Diesel lassen sich nicht einfach per Nachrüst-Kat auf Euro-6-Niveau bringen. Noch ist unklar, welche Ausnahmen und Übergangsregelungen gelten, aber eines ist klar: Mit dem Sonderstatus der Dieselfahrzeuge ist es vorbei. Aber auch Besitzer sparsamer Benzindirekt einspritzer sollten aufmerksam das blaue „Kleingedruckte“ lesen: Ihre Autos haben ähnliche Probleme mit NO_x und Partikeln wie die Diesel.



Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: Fordert Eurobonds, eine EU-weite Einlagensicherung, Arbeitslosenversicherung und Steuerhoheit

Zusammenarbeit ohne Euro-Zwang

EU-Reform: Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten wäre eine Alternative zum Brexit / Parlamentsvorbehalt?

DIRK MEYER

Nur drei Wochen nach dem Brexit-Votum, bei dem 51,9 Prozent der Briten für den EU-Austritt stimmten, steht das neue Kabinett: Neue Premierministerin ist Theresa May, die für „Remain“ eingetreten war, aber die gegenteilige Volksmeinung akzeptiert. Den neuen Posten des Brexit-Ministers übernimmt David Davis, ein konservativer EU-Gegner und „Leave“-Aktivist. Der 67-jährige Tory-Politiker muß nun die Austrittsverhandlungen gemäß Artikel 50 EU-Vertrag (EUV) leiten. Der Abschluß innerhalb der vorgegebenen Zweijahresfrist ist nicht nur zeitlich äußerst eng, sondern auch angesichts der Erfordernis qualifizierter Mehrheiten überaus vage.

Überleben der Eurozone erfordert einen Bundesstaat

Gravierender erscheint jedoch das derzeit erkennbare Desinteresse Großbritannien an den diskutierten Alternativen: Das Norwegen-Modell mit Aufnahme in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder das Schweizer Modell über sektorale Einzelabkommen (JF 29/16). Beide hätten die Übernahme aller Binnenmarktregeln – also auch den EU-Ausländerzuzug – ohne Mitsprache bei gleichzeitiger Beitragszahlung zur Folge. Schließlich dürfte der Rückfall zum EU-Drittstaat und bloßem Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) nicht im Interesse des – noch – Vereinigten Königreiches sein. Doch gibt es andere Wege?

In dem Briten-Referendum dominierte die Idee des unbegrenzten EU-Ausländerzuzugs. Das Votum ist allerdings auch eine logische Folge der Krise der Währungsunion. Zwar hat sich Großbritannien – wie auch Däne-

mark – über eine Ausnahmeregelung der verpflichtenden Teilnahme am Euro entzogen. Jedoch setzt die Einheitswährung eine unionistische Vorgehensweise in Gestalt einer einheitlichen Geld- und einer koordinierten Finanzpolitik der Mitgliedstaaten voraus. Und so recht fertigte der sozialdemokratische Ex-Außenminister David Owen sein Brexit-Votum: „Die Währungsunion kann nur überleben, wenn sich die Eurozone in einen Bundesstaat verwandelt.“ Diese Entwicklung von einer Staatengemeinschaft hin zu einem Bundesstaat geht – nicht nur – vielen Briten zu weit.

Gerade unter diesem Aspekt erscheint der Vorstoß von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als verfehlt, der das klare „Leave“-Votum der Engländer und Waliser (Schotten und Nordiren stimmten genauso klar für „Remain“) als Anlaß für ein Ende einer „EU mit multiplen Währungen“ nehmen möchte. Neben dem „Opt-out“ des EU-Nettozahlers Dänemark gibt es offene Ablehnungen einer Einführung des Euro in Schweden, aber auch beim seitens des mit 13,8 Milliarden Euro Netto profitierenden Polen sowie Tschechien oder Ungarns. Abgesehen von der Nichterfüllung der Konvergenzkriterien würde die Eurozone noch heterogener und damit krisenanfälliger.

Ein geschickter Schachzug des früheren luxemburgischen Regierungschef bleibt sein Vorschlag, der lettische Euro-Währungskommissar und Vizepräsident Valdis Dombrovskis möge die Zuständigkeit des scheidenden britischen Kommissars Jonathan Hill (Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Union der Kapitalmärkte) mit übernehmen. Projekte wie eine EU-weite Einlagensicherung, Eurobonds, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung und eine eigene Steuerhoheit für die EU lägen dann in einer Hand – alles Projekte einer Kollektivhaftung, der Umverteilung und einer „Harmonisierung von oben“. Zu-

sammen mit den Vorschlägen des „Club Med“ (der EU-Nettozahler Frankreich und Italien sowie der Milliarden-Profiteure Griechenland, Portugal und Spanien) für ein Ende der Sparpolitik käme diese Politik einer weiteren Aufweichung des Euro-Regelwerkes gleich, die die Stabilität der Währung gefährdet und weitere politische Zerwürfnisse zwischen den Mitgliedstaaten heraufbeschwört.

Die nationale Identität der EU-Mitgliedstaaten achten

Seriöser ist hingegen die Initiative der Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, beide Staaten als Motor der Integration in Gang zu setzen: Terrorismus, Sicherheit, Verteidigung und Außenpolitik bieten Bereiche der Zusammenarbeit, die europäische Nationalstaaten alleine überfordern könnten. Denkt man diese Vorschläge innerhalb einer Strategie der abgestuften Integration weiter, so würde sich ein Kerneuropa mit weitgehender Zusammenarbeit und eine Randzone mit unterschiedlichen Teilnahmen einzelner Mitgliedstaaten herausbilden: ein Europa der zwei Geschwindigkeiten mit einer Zusammenarbeit à la carte.

Ausgangspunkt wären erstens unabhängige Angelpunkte wie die Binnenmarktregeln, von denen nur in begründeten Fällen einer Überforderung abgewichen werden kann. Um Mißbrauch und Willkür zu unterbinden, hätte die Ingangsetzung von EU-rechtlich fixierten Ausnahmen der EU-Rat mit qualifizierter Mehrheit zu genehmigen.

Konkret würde dieser Mechanismus bei einer Ausnahme Großbritanniens von der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder bei Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit im Falle der Kapitalflucht italienischer Banken in Gang gesetzt werden können. Zweitens wäre der Eintritt zur Währungsunion grundsätzlich

freiwillig. Ein mehrjähriges Verfehlen der Stabilitätsgaben würde hingegen ein Euro-Ausscheiden zur Pflicht machen. Damit wäre der Euro als Stabilitätsgemeinschaft gefestigt.

Drittens ist das Subsidiaritätsprinzip als Kompetenzübungsschranke der EU zu stärken: „Alle der Union nicht in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten verbleiben bei den Mitgliedstaaten“, heißt es schon heute in Artikel 5 des EU-Vertrags (EUV). Für die Abgrenzung der Zuständigkeiten gelte „der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung“.

So könnte künftig ein Gesetzesvorschlag der Kommission entsprechend den ehemals geplanten Sonderkonditionen für Großbritannien aufgehalten werden, wenn 55 Prozent der nationalen Parlamente innerhalb von zwölf Wochen Bedenken äußern. Zudem sind die ausschließlichen und geteilten Zuständigkeiten der EU (Artikel 2 bis 6 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) hinsichtlich der Bereiche Umwelt-, Sozial-, Verkehrspolitik und Binnenmarkt so auszurichten, daß die „jeweilige nationale Identität“ der Mitgliedstaaten geachtet wird (Artikel 4 Abs. 2 EU-Vertrag).

Dieser scheinbare Rückschritt einer Integration könnte die Basis einer stabilen Gemeinschaft europäischer Staaten werden, die bei unterschiedlichen ökonomischen Potentialen, Präferenzen und gesellschaftlichen Strukturen friedlich-gedehlich zusammenleben wollen. Der Brexit würde so als Chance genutzt, die letztlich auch Großbritannien einen Verbleib in der EU ermöglichen würde.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg. Er ist Autor von Gutachten für die Verfassungsklagen gegen die Griechenlandhilfe und den EFSF-Vertrag sowie des Buches „EURO-Krise: Austritt als Lösung?“ (LIT Verlag 2012).

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____ Kundennummer: _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name: _____
Straße/Nr. (kein Postfach): _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____
Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand
gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Gary Christenson, Jürgen Müller
Gold: 10.000 Dollar?
Was eine neue Modellrechnung über die Zukunft des Goldpreises sagt und warum Sie einen Teil Ihres Vermögens jetzt in Edelmetall anlegen sollten
Der Edelmetall-Experte Gary Christenson hat nach akribischer Recherche ein Modell entwickelt, um die wahrscheinliche Goldpreisentwicklung bis zum Jahr 2021 zu prognostizieren. Der Goldpreis wird dann bei 10.000 Dollar liegen! Sicherheit und Gewinnchancen sind enorm.
142 S., geb.
Best.-Nr.: 93116 **EUR 16,95**

Max Otte
Rettet unser Bargeld!
Droht die Abschaffung des Bargelds? Frei verfügbares Geld ist ein Fundament freier Gesellschaften. Schon eine Begrenzung von Bargeldzahlungen ermöglicht den Kontrollstaat. Eine Streitschrift von Prof. Dr. Max Otte, dem Prognostiker der Finanzkrise von 2008 („Der Crash kommt“)!
48 S., Pb.
Best.-Nr.: 93088 **EUR 7,00**

Matthias Weik, Marc Friedrich
Kapitalfehler
Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen
Die Finanzkrise 2008 hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben. Doch ihre Ursachen sind bis heute nicht verstanden worden. Die Autoren zeigen, warum der Finanzkapitalismus immer wieder daran scheitert, unseren enormen Wohlstand fair und nachhaltig zu verteilen.
352 S., geb.
Best.-Nr.: 93133 **EUR 19,99**

Bruno Bandulet
Beuteland
Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945
Best.-Nr.: 93140 **EUR 19,95**

Peter Lüdemann
Abgezockt und kaltgestellt
Wie der deutsche Steuerzahler systematisch ausgeplündert wird
Wir sind Untertanen. Das deutsche Steuerrecht verwirrt und entmündigt den Staatsbürger. Er kann weder mitreden noch sein Recht gegenüber einem falsch angewendeten Steuerrecht einklagen. Er darf nur zahlen und wird, sollte er einen Fehler gemacht haben, als Straftäter verfolgt.
208 S., Pb.
Best.-Nr.: 92896 **EUR 17,99**

Markus C. Kerber
Wehrt Euch, Bürger!
Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört
Prof. Dr. jur. Markus C. Kerber erläutert als einer der Kritiker der EZB die andauernde Selbstermächtigung der Europäischen Zentralbank und zeigt, wie Sie als Bürger die Folgen dieser Politik zu spüren bekommen und was Sie tun können, um sich der EZB zu erwehren. Dieses Buch ist mehr als eine wissenschaftliche Analyse, es ist Pamphlet und Aufruf zugleich.
128 S., Pb.
Best.-Nr.: 92895 **EUR 9,99**

Hans-Werner Sinn
Der Euro
Von der Friedensidee zum Zankapfel
Der Euro sollte mehr sein als eine Währung: ein Garant für Einheit und Frieden in Europa. Heute ist Europa gespalten und zerrissen. Im Süden bleibt die Arbeitslosigkeit unerträglich, der Norden wurde von der EZB in Geiselschaft genommen und zum Zahlmeister gemacht. Was ist zu tun?
480 S., geb.
Best.-Nr.: 92867 **EUR 24,90**

Welche materiellen und geistigen Werte wurden den Deutschen in sieben Jahrzehnten genommen? Was steckt hinter der europäischen Integration und der Masseneinwanderung, und wie verkam der Euro zum Enteignungsprogramm? Bruno Bandulet entlarvt die „Verschwörung der Eliten“!
333 S., geb.,
Best.-Nr.: 93140 **EUR 19,95**

Abbildungen können vom Original abweichen!

„Besorgnis der Befangenheit und fehlenden Neutralität“

Kartellrecht: Oberlandesgericht Düsseldorf stoppt Kaiser's Tengelmann-Übernahme durch Edeka / Wirtschaftsminister Gabriel blamiert

CHRISTIAN SCHREIBER



Minister Gabriel bei Pressekonferenz zum Fusionsstopp: Eine wettbewerbsschädliche Unternehmensfusion leistet keinen Gemeinwohlbeitrag

Weder das Machtwort von Wirtschaftsminister Sigmund Gabriel, um die Übernahme der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann (KT) durch Edeka durchzudrücken, noch die unverhohlene Drohung von KT-Chef Karl-Erivan Haub, alle denkbaren Alternativen zur Fusion seien „keine sympathischen“, haben die Richter überzeugt: Das Oberlandesgericht Düsseldorf stoppte vorige Woche im Eilverfahren die Ministererlaubnis für die geplante Übernahme (JF 4/16). „Die Erlaubnis erweise sich schon nach einer vorläufigen Prüfung im Eilverfahren als rechtswidrig“, teilte das OLG mit. Gabriel habe „über die Erteilung der Erlaubnis nicht entscheiden dürfen, da sein Verhalten im Erlaubnisverfahren die Besorgnis seiner Befangenheit und fehlenden Neutralität begründe.“ Auch Gabriels Argument, mit dem er sich über die Fusionsablehnung des Bundeskartellamts hinwegsetze, sei „rechtswidrig, da der Bundesminister bei seiner Entscheidung zu Unrecht den Erhalt der kollektiven Arbeitnehmerrechte bei KT als einen Gemeinwohlbelang berücksichtigt habe“. Wegen der „verfassungsrechtlichen Gleichrangigkeit“ könnten jedoch der Erhalt und die Sicherung bestehender kollektiver Arbeitnehmerrechte kein Gemeinwohlbelang sein, welches die ministerielle Erlaubnis einer wettbewerbsschädlichen Un-

ternehmensfusion rechtfertigen könne.“ Doch nicht nur Kartellamt und Monopolkommission sehen das so, sondern auch Molkereien, Agrarverbände und speziell die Milchbauern. „Wir begrüßen, daß das Gericht das nicht nachvollziehbare Hinwegsetzen von Minister Gabriel über die Entscheidung der Fachbehörde vorerst aufgehoben hat“, erklärte Schleswig-Holsteins Bauernverbandsspecher Stephan Gersteuer.

Dabei gibt es im Norden gar keine KT-Filialen – aber der Lebensmittelhandel in Deutschland ist insgesamt hochkonzentriert. Nur vier Ketten – Edeka, Rewe, Lidl und Aldi – teilen sich 85 Prozent des Marktes. Die KT-Gruppe hatte den Verkauf ihrer insgesamt defizitären 450 Filialen in Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen zum 30. Juni 2015 angestrebt. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Übernahme oder die Zerschlagung“, sagte Haub damals. Doch ob die KT-Arbeitsplätze so wirklich gesichert würden, bezweifelt das OLG: „So gehe der Minister davon aus, daß durch die Nebenbestimmungen der Erlaubnis die Sicherung der rund 16.000 Arbeitsplätze bei KT gewährleistet sei. Den Gründen der Ministererlaubnis sei jedoch nicht zu entnehmen, ob und in welchem Umfang die Möglichkeit eines fusionsbedingten Stellenabbaus bei Edeka in die Abwägungsentscheidung einbezogen wurde.“ Den Angaben von Edeka sei „deutlich zu entnehmen“, daß die Fusion bei kaufmännisch vernünftigem Handeln mit einem erheblichen Personalabbau verbunden sein müsse.

Und für einen SPD-Chef besonders peinlich, warnen die Düsseldorfer Richter, die verfügten Nebenbestimmungen seien „auch nicht geeignet, die 16.000 Arbeitsplätze bei KT in vollem Umfang zu sichern. Die Nebenbestimmungen enthielten Klauseln, die einen Arbeitsplatzabbau auch innerhalb des zu sichernden Fünfjahreszeitraums mit Zustimmung der Tarifparteien zuließen.“

Minister Gabriel wehrt sich gegen den Verdacht, mit Edeka-Chef Markus Mosa oder Haub gemauschelt und „Geheimgespräche“ (Bild) geführt zu

haben. Die Grünen und die Linken fordern, bei einer Ministererlaubnis den Bundestag mit einzubeziehen. Bislang kann laut dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) der Bundeswirtschaftsminister eine Ausnahme genehmigen, wenn die gesamtwirtschaftlichen Vorteile des Zusammenschlusses schwerer wiegen als die Wettbewerbsbeeinträchtigungen. Seit der diesbezüglichen GWB-Novelle 1973 ist dies nur achtmal geschehen.

Arbeitsplatzsicherung gar nicht gewährleistet?

Handelsexperten rechnen damit, daß die Edeka-KT-Fusion platzen wird und daß dann Tausende Stellen verloren gehen. Wie viele beim Konkurrenten Rewe, der angeboten hat, einen Teil der KT-Filialen zu übernehmen, ist nicht absehbar. Die Unternehmensgruppe Tengelmann dürfte mit der OLG-Entscheidung leben können, denn die anderen Geschäftsfelder des milliardenschweren Familienunternehmens wie die Baumarktkette Obi oder der Textil-Discounter Kik laufen prächtig.

Spannend wird sein, wie sich Rewe verhält. Der Edeka-Konkurrent soll ein Angebot vorgelegt haben, das den Erhalt aller Arbeitsplätze garantierte. Das war schon der Knackpunkt bei den schwierigen Gesprächen zwischen der Gewerkschaft Verdi und Edeka über den Tarifvertrag in dem künftigen Unternehmen. Allein in NRW sollten mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze wegfallen. Etwa die Hälfte der 129 KT-Supermärkte sollten in Edekas Billigheimer „Netto Marken-Discount“ (Ex-„Plus“, nicht zu verwechseln mit dem dänischen „Netto“ – der mit dem schwarzen Scottish Terrier) umgewandelt werden. Doch Haubs Netto-Filialen kommen mit wenig Personal aus – auch deshalb legten die OLG-Richter ihr Veto ein.

Entscheid des 1. Kartellsenats des OLG Düsseldorf (VI – Kart 3/16 V): www.olg-duesseldorf.nrw.de/behoerde/presse/Presse_aktuell/

„Viele mit sehr niedrigem Qualifikationsniveau“

KÖLN. Der Migrationsexperte Wido Geis sieht die Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden skeptisch. Seit Frühjahr 2015 hätten laut Bundesagentur für Arbeit zwar nur 30.000 anerkannte Asylbewerber eine Stelle gefunden, aber „das ist auf jeden Fall ein Erfolg“, erklärte der 35-jährige Senior Economist des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in einem Interview mit der Deutschen Welle. Daß 130.000 hingegen arbeitslos gemeldet sind, liege daran, „daß die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt Zeit braucht“, so Geis. Man wisse, daß „viele Menschen mit einem sehr niedrigen Qualifikationsniveau zu uns kommen. Das ist ein Bereich, in dem der deutschen Wirtschaft eigentlich genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen“, so der IW-Experte. Viele Flüchtlinge bräuchten „auch keine in Deutschland gesuchten Qualifikationen mit“. Ein Problem sei, die Menschen davon zu überzeugen, einen Beruf zu erlernen: „Das ist sehr schwierig“, klagt Geis. „Dazu kommt, daß es in Ländern, aus denen die Menschen fliehen, diese Art der beruflichen Bildung überhaupt nicht gibt und der Wert von Berufsausbildungen nicht erkannt wird.“ (fis) www.iwkoeln.de/presse/interviews

Lehrlinge wählen meist traditionelle Berufe

DÜSSELDORF. Traditionelle Berufe dominierten auch 2015 den Ausbildungsmarkt. Das ergab eine Auswertung des statistischen Landesamtes von Nordrhein-Westfalen. Von den 303.681 Personen, die im dualen System eine berufliche Ausbildung aufnehmen, wählten 57 Prozent der weiblichen und 38,5 Prozent der männlichen Lehrlinge jeweils einen der zehn am weitesten verbreiteten Ausbildungsberufe in NRW. 12.252 weibliche Azubis absolvierten eine Ausbildung zur Kaufrau für Büromanagement, gefolgt von medizinischen (9.285) und zahnmedizinischen Fachangestellten (7.644). Bei den jungen Männern lag der Kfz-Mechatroniker (12.150) vorn, gefolgt von Industriemechanikern (9.027) und Elektrikern (7.917). Bei den 7.767 ausländischen weiblichen Auszubildenden setzten die meisten auf Zahnmedizin (1.293), Medizin (1.155) und das Friseurhandwerk (735). (fis) www.it.nrw.de/presse/index.html

Familie wirkt als Schutzfaktor gegen Streß

Gesundheitsreport 2016: Die Techniker-Krankenkasse untersucht die „arbeitende Mitte“ / Besondere gesundheitliche Belastungen bei den 30- bis 44-jährigen

DIRK FISCHER

Die Techniker Krankenkasse (TK) analysiert seit dem Jahr 2000 Fehlzeiten durch Krankheiten sowie Arzneimittelverordnungen bei Erwerbsfähigen. Sie kann dabei auf die Daten von 4,6 Millionen Versicherten zurückgreifen, was 14,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspricht. Im Report über „Gesundheit zwischen Beruf und Familie“ befaßt sich die TK mit den Jahrgängen 1971 bis 1985.

Diese 15 Millionen umfassende „Sandwichgeneration“ sei besonderen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt: Es fallen Entscheidungen für die Karriere, und gleichzeitig ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den 30- bis 44-jährigen besonders wichtig, weil die Frauen zum größten Teil berufstätig sind. Auf der anderen Seite kümmern sich Personen mittleren Alters bereits häufig um ihre Eltern.

Diese Mehrfachbelastung führe zu Streß und gesundheitlichen Störungen.

Psychische Störungen und Zivilisationskrankheiten wie Bluthochdruck und Diabetes sowie Erkrankungen des Bewegungsapparates nehmen in dieser Altersgruppe besonders zu. Bezogen auf alle Versicherten zeigt der Gesundheitsreport einen Anstieg der Krankschreibungen gegenüber 2014 um 4,2 Prozent. Das entspricht einer Fehlzeit von 15,4 Tagen je Erwerbsperson. Seit dem Tiefstand 2006 bedeutet das eine Krankenzunahme um 34,9 Prozent.

Der alleinverdienende Mann ist nur noch eine Minderheit

Dabei gibt es regionale Unterschiede: Während die Versicherten in Baden-Württemberg im Schnitt an 12,8 Tagen krankheitsbedingt der Arbeit fernbleiben, waren es in Mecklenburg-Vorpommern 19,5 Tage. Besonders nahmen die Fehlzeiten wegen psychischer Erkrankungen zu, nämlich seit 2006 um 88 Prozent. Im vergangenen Jahr betrug hier die durchschnittliche Fehlzeit bei Frauen 3,5 und bei Männern 2,1 Tage.

Beim diesjährigen Schwerpunktthema konnte die TK Informationen zu den mitversicherten Familienangehörigen nutzen. Bei weniger als 15 Prozent der Männer war die Frau familienversichert, wobei dieser Wert in den östlichen Bundesländern noch niedriger liegt. Das heißt: Die Ehefrau geht arbeiten, der Alleinverdienender ist eine Minderheit. Bei 26,9 Prozent der Männer und 38,9 Prozent der Frauen der Sandwich-Jahrgänge waren Kinder familienversichert. Das ergibt einen Durchschnitt von 0,53 Kindern. Dabei handelt es sich vorwiegend um Kinder bis zum 14. Lebensjahr, darunter relativ häufig im Vorschulalter. Im Osten waren Kinder wesentlich häufiger bei den Frauen mitversichert, nämlich mit Anteilen von mindestens 55 Prozent.

Im mittleren Erwerbsalter zeigen sich bei Erwerbspersonen mit familienversicherten Kindern weitgehend übereinstimmende durchschnittliche Fehlzeiten wie bei den altersentsprechenden Erwerbspersonen insgesamt. Aber: Während bei den Jüngeren Erkältungskrankheiten und bei jungen

Männern Verletzungen dominierten, traten ab dem mittleren Erwerbsalter Erkrankungen des Bewegungsapparates in den Vordergrund. Hier sind wohl vor allem Rückenleiden gemeint.

Kinder positiv für die Firmen-Produktivität?

Die Statistik zeigt weiterhin, daß gerade bei den Erwerbspersonen mittleren Alters die psychischen Erkrankungen zunehmen. Im Durchschnitt fehlten die 30- bis 44-jährigen 2,4 Tage im Jahr aufgrund psychischer Störungen. Auffällig sind hier die geschlechtsspezifischen Unterschiede: Frauen waren 3,02 Tage arbeitsunfähig, Männer 1,74 Tage. Keine andere Diagnose ist mehr für Fehlzeiten in dieser Altersgruppe verantwortlich.

Ein überraschendes Ergebnis der Studie ist aber, daß diese Fehlzeiten bei den Versicherten mit Kindern deutlich geringer sind: Insgesamt fehlten sie nur 2,14 Tage. Dieser Zusammenhang bestätigt sich auch bei den ärztlichen Diagnosen: In allen Altersgruppen wurden weni-

ger Medikamente für das Nervensystem verordnet, sofern Kinder mitversichert waren. Dieses Ergebnis klingt zunächst widersprüchlich, wurde die „Sandwichbelastung von Familie und Beruf genauer unter die Lupe genommen.“

TK-Chef Jens Baas vermutet, daß Familie entlastend im Sinne einer Gesundheitsressource als Schutzfaktor gegen Streß wirkt. Der TK-Report zeigt daher, daß die arbeitende Mitte zwar demographisch in die Zange genommen wird, aber Kinder offenbar positiv für die Produktivität sind. Das sollten vor allem die Unternehmen zur Kenntnis nehmen: Die moderne Arbeitswelt im Zeichen von Digitalisierung und ständiger Erreichbarkeit verlangt mehr als ergonomische Bürostühle, veganes und halales Essen in der Kantine oder eine ausgeglichene „Work-Life-Balance“.

TK-„Gesundheitsreport 2016 – Gesundheit zwischen Beruf und Familie“: tk.de/tk/tk/broschueren-und-mehr/studien-und-auswertungen/49536

Zahl der Woche

2,5 Millionen Unfälle zählte die Polizei 2015 auf deutschen Straßen. Das waren 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei starben 3.459 Personen – 82 mehr als 2014. 1970 gab es noch 21.332 Verkehrstote. 1991 war jeder sechste Verkehrstote 65 oder älter, 2015 schon jeder dritte.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



Stoppt Gender und „Sexualpädagogik der Vielfalt“ in Bayerns Schulen!

Bayerns Kultusminister Spaenle (CSU) will zum kommenden Schuljahr neue Sexualerziehungsrichtlinien für alle Schulen in Kraft setzen. Der Richtlinien-Entwurf beinhaltet erstmalig Ziele der Gender-Ideologie und der „Sexualpädagogik der Vielfalt“ und will sie zu verpflichtenden Lerninhalten machen. Gender jetzt auch in Bayern? Dem widersprechen wir energisch!

Kommen Sie zur Weckruf-Demo nach München am Sonntag, den 24. Juli, 14 Uhr, Elisenstr. 1 (Justizpalast)



DEMO FÜR ALLE
WWW.DEMOFUERALLE.DE

Die DEMO FÜR ALLE braucht Ihre Unterstützung. Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite unter www.demofueralle.de, abonnieren Sie unseren Newsletter und verpassen Sie keine wichtigen Informationen zu den Plänen der linken Gender-Ideologen in Deutschland. Wenn es Ihnen möglich ist, dann freuen wir uns auch über Spenden, die uns helfen, die Kosten unserer Arbeit zu tragen: DEMO FÜR ALLE, IBAN DE80 8105 4000 0505 0117 51, BIC: NOLADE21JEL. Wir sehen uns in München! Wir freuen uns auf Sie!

Von wegen weiße Täter, schwarze Opfer

USA: Nachrichten von rassistisch motivierter Polizeigewalt häufen sich, doch die Realität spricht oft eine andere Sprache

LUKAS MIHR

Die tödlichen Schüsse eines afroamerikanischen Irak-Veteranen auf drei Polizisten nahe der US-Stadt Baton Rouge am Sonntag sowie das Blutbad in Dallas vor zwei Wochen sorgen in den USA und weltweit für Diskussionen. Bei letzterem hatte der schwarze Armeeveteran Micah Johnson fünf weiße Polizisten erschossen. Sein mutmaßliches Motiv war Rache für die beiden Schwarzen Arlton Sterling und Philando Castile, die bei Polizeieinsätzen erschossen worden waren. Immer wieder begegnen wir in den deutschen Medien der These, daß weiße Polizisten aus rassistischen Motiven schwarze Bürger erschießen. Aber ist es wirklich so einfach?

Sterling hatte mehrere Vorstrafen, unter anderem wegen Körperverletzung, Waffen- und Drogenbesitzes. Gegen ihn ging ein Notruf ein, weil er eine Person bedroht haben soll. Es folgte eine Rangelei mit den Polizeibeamten, die das Feuer eröffneten, als sie entdeckten, daß er eine Waffe bei sich trug. Zwar lag Sterling bereits auf dem Boden, als ihn die tödlichen Schüsse trafen, doch auch wenn der Waffeneinsatz unverhältnismäßig war, muß er kein Indiz für Rassismus sein.



Demonstration gegen weiße Polizeigewalt im New Yorker Stadtbezirk Brooklyn: Dem latentem Rassismus der Polizisten entgegneten

Opfer sind zumeist keine unbeschriebenen Blätter

Castile war in eine Verkehrskontrolle geraten. Nicht zum ersten Mal. In über 50 Fällen hatte er gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen. Darunter Falschparken, Raserei, Fahren ohne Sicherheitsgurt. Auch wenn Castile kein Krimineller im engeren Sinne war, ist doch anzunehmen, daß er zumindest eine Laissez-faire-Haltung gegenüber den Behörden hatte und sich bei der Verkehrskontrolle womöglich uneinsichtig zeigte. Daß er zudem eine Waffe bei sich führte, dürfte den Polizisten weiter verunsichert haben. Schon ein kleines Mißverständnis kann in diesem Fall zur tödlichen Eskalation geführt haben. Zudem war der Todesschütze kein Weißer, sondern ein Hispanic. Diese Information und Sterlings Vorstrafenregister verschwieg der Spiegel seinen Lesern jedoch. Daß die Polizisten in beiden Fällen wahllos das Feuer auf einen beliebigen Schwarzen eröffneten, läßt sich

ebenfalls nicht sagen. Oft verschweigen deutsche Medien Fälle, die dem Narrativ „Weißer Täter – schwarzes Opfer“ widersprechen, oder enthalten ihren Lesern Begleitumstände vor:

Am 17. Juli 2014 starb Eric Garner bei einem Polizeieinsatz in New York. Der Schwarze war bereits in der Vergangenheit wegen Diebstahls und Drogenvergehen festgenommen worden. Polizisten verdächtigten ihn, illegal Zigaretten zu verkaufen und nahmen ihn fest. Da Garner sich wehrte, wurde er für circa 15 Sekunden in den Schwitzkasten genommen, was aufgrund seiner asthmatischen Erkrankung zum Ersticken führte. Der Vorfall wurde von einem Passanten auf Video festgehalten und erreichte einen hohen Bekanntheitsgrad.

Die deutschen Medien präsentierten auf ihren Webseiten meist nur eine geschnittene Version des Vorgangs. Das Video beginnt, als die Polizisten Garner die Handschellen anlegen und endet, nachdem sie ihn zu Boden gestoßen haben und auf ihm knien. Im vollständigen

Video ist jedoch gut zu erkennen, daß die Beamten mehrere Minuten lang mit Garner sprechen, der sich jedoch nicht einsichtig zeigt. Kurz nachdem er zu Boden gedrückt wurde, lassen die Polizisten von ihm ab, da sie mittlerweile bemerkt hatten, daß er nicht mehr atmen konnte. Auch daß bald darauf ein Krankenwagen eintraf, wurde nicht gezeigt. Durch den Schnitt entsteht der Eindruck, die Beamten wären ohne lange Diskussion auf Garner losgegangen und hätten ihn in voller Absicht ersticken lassen. 2015 starb der Weiße Joseph Sheldon Hutcheson unter ähnlichen Umständen.

Michael Brown wurde am 9. August 2014 in Missouri erschossen. Zuvor hatte er in einem Spirituosenladen eine Stange Zigaretten gestohlen. Den Verkäufer, der ihn aufhalten wollte, stieß Brown beim Verlassen des Geschäfts zur Seite. Als er kurz nach der Tat von einer Streife gestoppt wurde, geriet er in Streit mit dem Polizisten und versuchte, ihm die Waffe zu entwenden. Auch ein Weißer, der sich so wie Brown verhalten hätte, wäre in dieser Situation erschossen worden.

Wohl kein Fall erregte so viel Aufsehen, wie der Tod des 12jährigen Tamir Rice am 23. November 2014. Der Junge hatte eine Spielzeugpistole auf Passanten gerichtet und damit einen Notruf ausgelöst. Ein Polizist eröffnete sofort nach seiner Ankunft das Feuer auf Rice, der an den Verletzungen starb. Auch hier ist Rassismus keine zwingende Erklärung. Was die Medien verharmlosend als „Spielzeugpistole“ beschrieben, war in Wirklichkeit eine (ungefährliche) Softairwaffe, die aber leicht mit einer tatsächlichen Waffe verwechselt werden kann. Die Beamten hatten also Grund zur Annahme, daß von Rice eine Bedrohung ausging – schließlich kommt es in den USA immer wieder vor, daß Kinder mit einer Waffe spielen und sich

selbst oder andere erschießen. Gegen eine Mordabsicht spricht zudem, daß die beteiligten Polizisten einen Krankenwagen herbeiriefen, der Rice jedoch nicht mehr retten konnte. Die wahrscheinlichste Erklärung ist Inkompetenz. Der Todesschütze galt intern als schlechter Polizist, der weder am Schreibtisch noch am Schießstand überzeugen konnte. In nahezu identischen Fällen wurden 2014 der 17jährige Weiße Christopher Roupe wegen eines Nintendo-Controllers von einer weißen Polizistin und der 14jährige Schwarze Cameron Tillman von einem schwarzen Polizisten erschossen.

Ähnliche Tatumstände – unterschiedliche Wertungen

Am 4. April 2015 wurde der Schwarze Walter Scott von der Polizei erschossen. Er war wegen mehrerer Vergehen, darunter Drogendelikten, vorbestraft und wurde wegen eines defekten Bremslichts aus dem Verkehr gewunken. Scott, der zu diesem Zeitpunkt unter dem Einfluß von Kokain stand, flüchtete und wurde daraufhin erschossen. Der Weiße David Kassick wurde unter ähnlichen Umständen von einer weißen Polizistin erschossen.

Am 12. April starb der Schwarze Freddie Gray in Baltimore. Er war bei einem Polizeieinsatz schwer mißhandelt worden. Zwar läßt sich den Polizisten unverhältnismäßige Gewalt vorwerfen, nicht jedoch Rassismus. Drei der Beamten, die sich wegen des Vorfalls vor Gericht verantworten müssen, waren weiß, drei waren schwarz.

Ein weiteres Indiz für Manipulation: Im Januar berichtete Spiegel Online über den Polizisten Daniel Holtzclaw, der wegen sexueller Belästigung und Vergewaltigung schwarzer Frauen zu 263 Jahren Haft verurteilt wurde. Das Artikelfoto

zeigt, wie er den Kopf voll Scham (oder Selbstmitleid?) senkt. Dadurch ist nicht zu erkennen, daß Holtzclaw Halbasiat ist. Im Februar berichtete Spiegel Online über den Schwarzen Dontrell Stephens, der durch Schüsse des Polizeibeamten Adams Lin schwer verletzt wurde und seitdem im Rollstuhl sitzt. Der Artikel zeigt aber kein Foto Lins und kürzt seinen Nachnamen mit L. ab, so daß er für den Leser nicht als Asiate zu erkennen ist.

Wie aber steht es um die Behauptung, die amerikanische Polizei würde Schwarze weit häufiger als Weiße erschießen?

Die Washington Post hat in einer Datenbank alle erschossenen Opfer der Polizei im zurückliegenden Jahr erfaßt.

Insgesamt wurden 2015 genau 990 Personen von Polizisten erschossen. Darunter 494 Weiße, 258 Schwarze und 172 Hispanics. Tatsächlich erschießt die Polizei also mehr Weiße als Schwarze. Gemessen am Bevölkerungsanteil (63 Prozent Weiße, 12 Prozent Schwarze) sieht das Bild anders aus: Schwarze werden 2,4mal und Hispanics 1,2mal häufiger getötet als Weiße. Weiße wiederum werden 2,2mal häufiger getötet als Asiaten. Wäre Rassismus die Erklärung für die Vielzahl der schwarzen Toten, müßten analog weit mehr Hispanics und Asiaten getötet werden.

Die geschilderten Einzelfälle von unbewaffneten Schwarzen, die erschossen werden, sind alles andere als repräsentativ, wie die Statistik zeigt. Von den 990 Todesopfern waren 783 bewaffnet, 54 flüchteten in ihrem Auto vor der Polizei, 34 trugen eine täuschend echte Waffennatrasse bei sich, 93 waren unbewaffnet und 26 Fälle nicht eindeutig zuzuordnen.

Daß es so große Unterschiede zwischen schwarz und weiß gibt, liegt daran, daß Schwarze weit häufiger kriminell werden. Ihre Armutsrate beträgt 27 Prozent, während nur zehn Prozent der

Weißten in Armut leben. Eine höhere Kriminalitätsrate bedingt häufigere Konfrontationen mit der Polizei und damit ein höheres Risiko, getötet zu werden.

Durch die freie Verfügbarkeit von Waffen sind Kriminelle häufiger als beispielsweise in Europa bewaffnet und zögern nicht, zu schießen. In den meisten Fällen ist tödliche Polizeigewalt also gerechtfertigt. Eine Studie des FBI kam zu dem Ergebnis, daß von 1980 bis 2013 2.269 Polizisten getötet wurden. Die Täter waren zu 52 Prozent weiß und zu 41 Prozent schwarz.

Natürlich werden auch unbewaffnete Personen von der Polizei erschossen. Doch unbewaffnet bedeutet nicht automatisch unschuldig oder ungefährlich. Zwischen 2000 und 2014 wurden 57 Polizisten von „unbewaffneten“ Kriminellen erschossen, die deswegen als unbewaffnet galten, weil sie selbst keine Waffe bei sich führten, sondern die Dienstwaffe des Polizisten entrisen hatten.

Weiße Polizisten sind nicht schießwütiger

Die übrigen Personen waren zumeist Kriminelle, die bei ihrer Festnahme Widerstand leisteten, oder Personen, die durch Drogeneinfluß oder psychische Störungen als Gefährdung wahrgenommen wurden. Ein Polizist, der sich des Risikos, im Einsatz erschossen zu werden, bewußt ist, kann nicht immer die richtige Entscheidung treffen. Eine plötzliche Bewegung des Verdächtigen, der sich weigert, die Hände zu heben, könnte auch der Griff zu einer Waffe sein. Lediglich drei erschossene Schwarze waren unbescholtene Bürger – sie wurden versehentlich getötet, weil sie sich durch einen unglücklichen Zufall am Ort eines Polizeieinsatzes aufhielten. In keinem einzigen Todesfall war eine zweifelsfrei rassistische Motivation festzustellen.

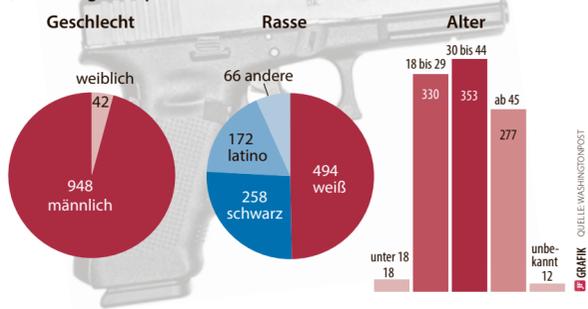
Die Frage, ob Schwarze mit höherer Wahrscheinlichkeit als Weiße erschossen werden, ist kein guter Test, um Rassismus nachzuweisen. Besser wäre es zu untersuchen, ob weiße Polizisten häufiger als schwarze Polizisten schwarze Bürger erschießen. Die Antwort erstaunt: 78 Prozent aller von schwarzen Polizisten getöteten Bürger sind selbst schwarz.

Sind letztere also rassistisch gegenüber ihrer eigenen Rasse? Nein. Ein schwarzer Polizist lebt mit höherer Wahrscheinlichkeit in einem Staat mit höherem schwarzen Bevölkerungsanteil und trifft daher mit höherer Wahrscheinlichkeit im Dienst auf schwarze Bürger. Eine Untersuchung in der Stadt Philadelphia, in der auffallend viele Schwarze von der Polizei erschossen werden, konnte nicht feststellen, daß weiße Polizisten schießwütiger waren als ihre schwarzen Kollegen.

Würde die amerikanische Polizei Bürger nur wegen ihrer schwarzen Hautfarbe erschießen, müßten Kinder so oft sterben wie Greise, Männer so häufig wie Frauen und Anwälte so häufig wie Crackdealer. Die Statistik zeigt aber, daß die meisten schwarzen Opfer von Polizeigewalt kriminelle Männer sind, die nicht mit den Beamten kooperierten. Harte Beweise für die These, daß amerikanische Polizisten aus rassistischen Motiven schwarze Bürger erschießen, gibt es nicht.

US-Polizeistatistik

990 Menschen wurden 2015 von Polizisten erschossen (Verteilung der Opfer nach Geschlecht, Rasse und Alter)



QUELLE: WASHINGTON POST



Das verlorene Land
Aufsätze zur deutschen
Geschichtspolitik
256 S., Pb.
Best.-Nr. 93051
EUR 14,90



Die Psychologie der Niederlage
Über die deutsche
Mentalität
208 S., Pb.
Best.-Nr. 93052
EUR 14,90



Weltflucht und Massenwahn
Deutschland in Zeiten
der Völkerwanderung
168 S., Pb.
Best.-Nr. 92946
EUR 14,90



NEU

JF EDITION

Thorsten-Hinz-Trilogie



Pankraz, das neue Gold und der Sand am Meer

Unter den Schreckensbotschaften der vorigen Woche (Massaker in Nizza, Militärputsch in der Türkei) war auch eine, die eher putzig klang; dabei war sie wahrscheinlich die schrecklichste. „Hilfe, uns geht der Sand aus“, hieß es plötzlich, „der Sand wird knapp und immer knapper!“ Das 3sat-Magazin „makro“ titelte eher romantisch: „Der Sand am Meer – das neue Gold“.

Man sah Bilder von ostafrikanischen Stränden, wo sich soeben noch sonnenhungrige Urlauber im weißen Sand gekuschelt hatten und wo nun plötzlich riesige Maschinen aus China stehen, die eben diesen schönen Sand erbarmungslos wegbaggern und in bereitstehende Container umladen. Und sie machen dabei keineswegs am Wasser halt, sondern arbeiten sich weit in die offene See hinaus, die Mangroven radikal verschmutzend. Empörte Fischer klagten, daß hier quadratkilometerweise der Meeresboden „entsandet“ und zerstört werde, so daß sich kein einziger Fisch mehr sehen läßt.

Ozeanforscher melden sich zu Wort und bestätigen im kühnsten Wissenschaftsjargon, daß tatsächlich „die Ware Sand“ zur Zeit einen ungeheuren Boom erlebt, immer teurer wird und bereits gewaltige Wirtschaftsströme in Gang gesetzt hat. Denn die Weltbevölkerung wächst rapide, und überall finde zudem eine unaufhaltsame Landflucht statt. Die Leute drängen in die großen, speziell an den Küsten emporschießenden Millionenmetropolen, Wohnraum wird gebraucht, Beton wird gebraucht – und unendlich viel Sand wird gebraucht, um den Beton herzustellen.

Pankraz als bautechnischer Laie wunderte sich. Es gibt doch so viele Wüsten auf der Welt, bis oben voll mit Sand, Sand und noch einmal Sand. Und diese Wüsten werden immer größer, „die Wüste wächst“, in Afrika die Sahara und die Namib, in Asien die Gobi, in Südamerika die Atacama. Wie könne man da von Sandknappheit sprechen? Aber Sand und Sand sind keineswegs dasselbe, mußte er sich belehren lassen. Der Sahara- oder Gobi-Sand ist gar kein richtiger Sand, er ist bloßer Staub, für die Bauindustrie, die Glasindustrie oder die Halbleiterindustrie vollkommen ungeeignet.

Richtiger Sand besteht aus Mineralkörnern von durchschnittlich 0,063 bis maximal zwei Millimetern Größe. Ein Sandkorn ist also größer als die im Staub oder „Schlurf“ identifizierbaren Einzelteile, andererseits aber kleiner als Kies (2 bis 63 Millimeter), und es läßt sich nicht „binden“ wie die übrigen Bestandteile des Erdbodens, bleibt stets es selbst, unter welchen Bedingungen auch immer. Seine mineralische Zusammensetzung kann sehr verschieden sein, doch in jedem Fall muß Quarz dabei sein. Der Quarz ist es, der die Sandkörner zusammenhält und sie gleichzeitig gegen außen bindungslos hält.

Ihr innerer Zusammenhalt bei unverbrüchlicher äußerer Bindungsresistenz ist es auch, der die Sandkörner für die moderne Bauindustrie so wertvoll macht. Und das Vertrackte ist nun, daß diese Sandkörner nicht in Wüsten vorkommen, sondern – fast im Gegenteil – nur in der Nähe von Gewässern, an Meeres- oder Seeufern, an Stränden,

wobei es sich auch um erdgeschichtlich ehemalige Strände handeln kann. Sand und Wasser gehören in jedem Fall zusammen. Sand ist durch Dauerpräsenz von Wasser im Laufe unendlich vieler Jahre erodiertes und sedimentiertes Felsgestein.

Theoretisch betrachtet könnte man den von der Bauindustrie so dringend benötigten Sand natürlich auch auf technischem Weg herstellen, indem man Felsen und Kieselsteine so lange zertrümmert und verkleinert, bis man genügend Sandkörner zusammen hat. Praktisch aber ist das völlig unmöglich, wäre reine Sisypusarbeit. Ungeheure Verkleinerungsapparaturen wären notwendig, die niemand bezahlen kann, und wenn man eines fernen Tages dennoch irgendwo eine kalkulierbare Produktionskapazität erreicht hätte, wäre die sehnüchtlig darauf wartende Bau- und Halbleiterindustrie längst den Bach hinuntergegangen.

Also bleibt man bei dem jetzt schon eingeschlagenen „sanften“ Sandbeschaffungsweg. Immer mehr schöne Strände und Mangroven werden abgebaut beziehungsweise unheilbar verschmutzt. Die Regierung von Kenia in Ostafrika ist bereits am strengen Kalkulieren: Was bringt mehr ein, der gegenwärtige Strand-, Tauch- und Wellenreiter-Tourismus – oder die Verwandlung der Strände in drohendes Industriegebiet, mit kilometerlangen Sandbaggen und mit Hafenanlagen, die jeder Poesie entbehren, nur noch von Containerschiffen angefahren werden, die nichts als Sand transportieren?

Und was wird aus der speziellen Sandpoesie, die es ja auch gibt und die viele Sprachen sogar nicht unwesentlich geprägt hat? Die Metapher „Wie Sand am Meer“ wird ja dann aussterben, da es Sand am Meer realiter gar nicht mehr gibt. Es wird nicht einmal mehr genug Sand geben, um ihn jemandem „in die Augen zu streuen“. Kein Auto wird mehr „Sand im Getriebe“ haben, und die berühmten „Spuren im Sand“ wird auch niemand mehr lesen. Es kann auch nichts mehr „im Sande verlaufen“.

Freilich, die resignierende Redeweise „Alles auf Sand gebaut“ wird wohl erhalten bleiben, sie wird vielleicht sogar noch an Popularität und Kommunikationskraft gewinnen. Denn wenn es so weitergeht, wie die Sandbauer und Betonierer zur Zeit sich ausrechnen, wird in den überfüllten Riesenmetropolen der näheren Zukunft sowieso alles aus und auf Sand gebaut sein. Der Sand wird wahrhaftig zu Gold.

Zu befürchten steht, daß dann die Bergpredigt im Neuen Testament (Matthäus 7,26) recht behält, wo – soviel Pankraz zu wissen glaubt – das „Auf-Sand-gebaut“ zum ersten Mal vorkommt. Wer sein Leben, so heißt es, nur an äußeren Gütern, an Gold oder sonstigen Wertgegenständen ausrichtet und „das Wort“, das transzendente Bedenken und Ernstnehmen ignoriert, der hat „sein Haus auf Sand gebaut“, es wird zusammenbrechen. Dergleichen gilt nicht weniger für Wolkenkratzer, die ja ebenfalls von oben bis unten aus Beton errichtet worden sind.

Pankraz



Militärparade auf der Avenue des Champs-Élysées in Paris am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag: Demonstration der Stärke

Ein schwarzer Fleck

Frankreich: Der Anschlag am Nationalfeiertag war auch ein Angriff auf die fragile Einheit des Landes

ALAIN DE BENOIST

Vielleicht wird man die exakten Motive von Mohamed Lahouaiej Bouhlej, dem 31-jährigen Tunesier, der am 14. Juli seinen Lkw in eine Menschenmenge auf der Promenade des Anglais, der Touristenhochburg von Nizza, steuerte und 84 Menschen in den Tod riß, nie wirklich erfahren. Hatte er dieses Datum bewußt gewählt, oder hatte man ihm nur gesagt, daß die Promenade an diesem Abend voller Menschenmassen sein würde? Jedenfalls bekannte sich schon am übernächsten Tag der Islamische Staat dazu.

Für die Franzosen ist das Datum dieses Attentats ein besonderes. Die Tatsache, daß dieser terroristische Akt ausgerechnet am Nationalfeiertag geschah, wird als ein doppelter Angriff auf die Identität Frankreichs, auf seine Physis ebenso wie auf seinen Geist, wahrgenommen.

Das Fest des 14. Juli erinnert zwar auch an den Sturm auf die Bastille 1789, der den Beginn der Französischen Revolution markiert, in erster Linie aber an das große Föderationsfest, welches ein Jahr später auf dem Marsfeld am 14. Juli 1790 in Paris stattfand. Es ist ein weniger blutiger Bezug und wurde gewählt, weil das Fest als ein Symbol der nationalen Einheit verstanden werden konnte. 1880 erklärte die Regierung der Dritten Republik den 14. Juli offiziell zum Nationalfeiertag.

Ein Bericht des Senats legte fest: „Der 14. Juli 1790 ist der schönste Tag in der Geschichte Frankreichs und vielleicht der ganzen Geschichte überhaupt (sic). An diesem Tag wurde endlich die nationale Einheit vollendet, die mit der Kraft so

Die Franzosen drücken einen Nationalstolz aus, der ihnen nicht nur berechtigt, sondern vollkommen natürlich erscheint.

vieler vorheriger Generationen und deren großer Persönlichkeiten vorbereitet wurde, und denen die Nachwelt dafür ein dankbares Erinnern bereitet. Föderation, dieser Tag markiert die freiwillige Einheit!“

Seither ist der 14. Juli jedes Jahr von einer großen Militärparade getragen, die auf den Champs-Élysées stattfindet und an welcher sämtliche Mitglieder der Regierung sowie Zehntausende Franzosen teilnehmen, um den Repräsentanten des Heeres, der Luftwaffe und der Flotte Beifall zu spenden. Die Parade der Fremdenlegion, welche in langsamerem Schritt als die der übrigen Streitkräfte stattfindet, ist stets jene, die den meisten Beifall erhält. Gegen Abend dann finden sich die Militärs auf den unzähligen öffentlichen Tanzveranstaltungen ein, die in Paris und den verschiedenen Regionen organisiert werden.

Die Tatsache, daß die Nationalfeier im Kern aus einer Militärparade besteht, erstaunt das Ausland oft. Sehr wenige europäische

Länder schmücken sich anlässlich ihres Nationalfeiertages mit einer solchen Demonstration der Stärke, die manchen als Auswuchs des „Militarismus“ erscheinen mag. Die Franzosen sehen das nicht so. Indem sie ihrer Armee zuzubeln, drücken sie einen Nationalstolz aus, der ihnen nicht nur berechtigt, sondern vollkommen natürlich erscheint. Dies traf in diesem Jahr in besonderem Maße zu, da man einerseits des hundertsten Jahrestages der schrecklichen Kämpfe des Ersten Weltkrieges gedachte (Verdun, Schlacht an der Somme), während andererseits auch jetzt französische Truppen an vielen Fronten von Syrien bis Schwarzafrika kämpfen, wo sie sich mit islamistischen Kämpfern konfrontiert sehen.

Die Ansprachen des 14. Juli und die Lieder der Truppen, die defilieren, appel-

lieren an den patriotischen Geist im ursprünglichsten Sinne. Es geht ausschließlich um Ehre, Treue, Nationalstolz und den Kampf im Dienste des Vaterlandes.

Die Ironie der Geschichte besteht darin, daß diese Reden im Augenblick von einer Regierung der Linken gehalten werden, die den Rest des Jahres beweist, daß sie mehr Wert legt auf den Wunsch, „nicht auszugrenzen“ („kein Pauschalieren!“) und die „kein Schließen der Grenzen“ postuliert, einer Regierung, die den Willen, in den Schulbänken gegen „Geschlechterstereotypen“ zu kämpfen und den Unterricht in „nationaler Geschichte“ zu unterdrücken, höher schätzt als die Verehrung dessen, was in der Vergangenheit die Größe Frankreichs ausmachte. Hier existiert eine nahezu schizophrene anmutende Diskrepanz zwischen der Tradition des 14. Juli und einem offiziellen Diskurs, der auf fundamental entgegengesetzten Werten basiert.

Die übergroße Mehrheit der Franzosen fährt dennoch fort, einen Nationalstolz zu vermitteln, der zwar seine Grenzen hat, der jedoch mindestens den Nutzen hat, daran zu erinnern, daß sich das Zusammenleben mit Landsleuten leichter gestaltet als mit „Migranten“, die eine andere kulturelle Tradition in sich tragen und in der Mehrheit der Fälle keinerlei Wunsch nach „Integration“ in das Land, welches sie aufnimmt, verspüren.

Aus diesem Grund hat das Attentat von Nizza die Gemüter doppelt bewegt: Es richtete sich – ein weiteres Mal – gegen die Franzosen, aber es zielte auch gegen den Nationalfeiertag, um wie zu versuchen, die fragile Einheit, die sich an diesem Tage einstellt, zu zerstören.

In bemerkenswerter Weise konnte man am Folgetag des Attentats keine Wiederholung des Elans der „nationa-

len Einheit“ beobachten, wie er nach dem Attentat gegen *Charlie Hebdo* am 7. Januar 2015 oder nach dem Attentat im Bataclan am 13. November zu beobachten war. Vielmehr haben die Oppositionsparteien die unzureichende Wirkung der bis dato getroffenen Anti-Terrormaßnahmen trotz seit acht Monaten proklamiertem Ausnahmezustand (nach dem Blutbad von Nizza wurde er um drei Monate verlängert) verantwortlich gemacht.

Die Militärs und Polizisten, die man überall in den Straßen sieht, dienen nur der Beruhigung der Bevölkerung, um ihr den Eindruck zu vermitteln, daß sie „geschützt“ sei, sind jedoch zur Vereitelung terroristischer Pläne völlig unnütz. Das wahre Problem ist die Schwäche der Nachrichtendienste, die nicht mit dem Profil der Dschihadisten vertraut sind und offenbar größte Schwierigkeiten haben, die Informationen, die sie erhalten, zu nutzen und vorausschauend zu handeln.

Es ist, wie kürzlich Xavier Raufer, Direktor des Forschungsbereiches für zeitgenössische kriminelle Bedrohungen der Universität Paris II., bekräftigte: „Die Situation hält an, der Staat schafft keine antiterroristischen Einheiten mehr, die vergleichbar fortführen, was früher existierte. Das Ergebnis: Es gibt keine wirklichen antiterroristischen Dienste in Frankreich, sondern einen fettleibigen Haufen, der unfähig ist, die Terroristen aufzuhalten, bevor sie Massaker verüben.“

In der Geschichte des französischen Nationalfeiertages wird der diesjährige 14. Juli von einem schwarzen Fleck gekennzeichnet bleiben.

Alain de Benoist, französischer Philosoph und Publizist, ist Herausgeber der Zeitschriften „Nouvelle École“ und „Krisis“.

Friedhof der Unsterblichen

Zeitschiff: In der Wüste von Texas sollen Leichen zur späteren Wiederbelebung gelagert werden

THORSTEN THALER

Science-fiction trifft auf Wirklichkeit: In der texanischen Wüste nahe der Kleinstadt Comfort soll ein „Zentrum für Unsterblichkeit“ entstehen. Das US-Unternehmen Life Extension Lab plant dort eine Aufbewahrungstätte für 50.000 gefrorene Leichen zu errichten, die später mit fortgeschrittenen medizinischen Möglichkeiten wiederbelebt werden sollen. Das berichtete kürzlich das angesehenen Wis-

senschaftsmagazin *New Scientist*. Zu Lebzeiten an unheilbaren Krankheiten leidend, sollen die Verstorbenen nach ihrer Reanimation dank neuer medizinischer Erkenntnisse davon geheilt werden. Außer Leichen will das Unternehmen auch menschliche Organe, Gewebeteile und biologisches Material wie Zellen aufbewahren. „Wir bringen Menschen in die Zukunft“, sagt der Architekt des Projekts, Stephen Valentine. Er nennt seinen kreisförmigen Gebäudeentwurf „Timeship“ (Zeitschiff). Die Grundsteinlegung dafür soll demnächst erfolgen.

Von ethischen Fragen vielleicht abgesehen, scheinen die Betreiber des Projekts, laut *New Scientist* ein „Mekka der Kältetechnik“, offenbar an alles gedacht zu haben. So zitiert die *Daily Mail* aus einem Prospekt: „Unsere Anlage ist mit den höchsten erdenklichen Sicherheitsstufen ausgerüstet. Weder Terrorangriffe, Naturkatastrophen, Erderwärmung oder Stromausfall können ihr etwas anhaben.“

Nun, auch wenn sie vermutlich nicht wiederbelebt werden können, wird die Toten diese Sicherheitsvorsorge gewiß beruhigen.

Bayreuther Festspiele
übertragen live

BAYREUTH. Am kommenden Montag (25. Juli) wird die Neuinszenierung von Richard Wagners „Parsifal“ zur Eröffnung der diesjährigen Bayreuther Festspiele in mehreren deutschen Städten im Kino live per Satellit übertragen. Bundesweit beteiligen sich etwa 100 Kinos. Regie führt Uwe Eric Laufenberg, die musikalische Leitung hat nach dem Abgang von Andris Nelsons (JF 28/16) Hartmut Haenchen übernommen. In der Titelpartie ist Klaus Florian Vogt zu erleben. Vor Beginn und in den beiden Pausen des Dreiteilers sollen Interviews und Reportagen einen Einblick hinter die Kulissen geben. Außerdem wird zum ersten Mal in der Geschichte der Festspiele ein Fernsehsender live den kompletten „Ring des Nibelungen“ ausstrahlen. Der neue Bezahlkanal Sky Arts überträgt „Das Rheingold“ (26. Juli), „Die Walküre“ (27.), „Siegfried“ (29.) und „Götterdämmerung“ (31.) in der Inszenierung von Frank Castorf. Am Pult steht Marek Janowski. Das umfangreiche Rahmenprogramm zu den Sendungen wird von dem Musikjournalisten und Wagner-Biographen Axel Brüggemann moderiert. (tha)

► www.bayreuther-festspiele.de

Stasi-Gedenkstätte
schreibt Preis aus

BERLIN. Der Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen schreibt zum fünften Mal den Hohenschönhausen-Preis aus. Mit ihm sollen Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, die sich „in herausgehobener Weise um die kritische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur verdient gemacht haben“. Gesucht werden sowohl wissenschaftliche Arbeiten als auch interessante künstlerische Projekte oder journalistische Arbeiten, die sich mit der SED-Diktatur auseinandersetzen. Die Arbeiten können bis zum 16. September beim Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Einslerstraße 66, 13055 Berlin) eingereicht oder vorgeschlagen werden. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Preisträger waren bisher die Schriftsteller Joachim Walther, Erich Loest und Reiner Kunze, die Publizisten Karl Wilhelm Fricke und Sven Felix Kellerhoff sowie das Menschenrechtszentrum Cottbus. Die Verleihung des Preises findet am 28. November in Berlin statt. Der Förderverein der Gedenkstätte wurde 2003 auf Initiative des heutigen Vereinsvorsitzenden Jörg Kürschner und des 2013 verstorbenen Diplom-Psychologen Hans-Eberhard Zahn ins Leben gerufen. (tha)

► www.foerderverein-hsh.de

Sprachpranger

Engineered with soul

Werbeprospekt des in Ingolstadt ansässigen Automobilherstellers Audi für sein A5 Coupé

Stolz auf das Eigene, Demut vor Gott

Spaniens Goldenes Zeitalter: Ausstellung „Die Ära Velázquez“ in der Gemäldegalerie Berlin

FABIAN SCHMIDT-AHMAD

Das „Goldene Zeitalter“ Spaniens, jene kulturelle Hochblüte etwa zwischen dem Regierungsantritt Philipps II. (1556) und dem Tod Karls II. (1700), ist Gegenstand einer monumentalen Ausstellung in Berlin. Auf zweitausend Quadratmetern versammelt „El Siglo de Oro“ über 120 Meisterwerke aus 64 Ländern, neben den bedeutendsten Vertretern El Greco und Diego Velázquez auch weniger bekannte Zeitgenossen, die so in ihrer Gesamtheit einen einzigartigen Einblick in eine Phase ungeheurer Produktivität ermöglicht. Gelegenheit für eine künstlerische Spurensuche.

Sieben Jahrhunderte Krieg. Sieben Jahrhunderte, in denen sich das mittelalterliche Spanien einen zähen, unablässigen Abnutzungskrieg mit seinem islamischen Eroberer lieferte. Wo andere Völker längst sich selbst aufgegeben und den fremden Glauben angenommen hätten, blieb die Iberische Halbinsel standhaft. Ihre Kinder sind nicht wankelmütig geworden, sie haben sich nicht von ihrem Weg abbringen lassen. Und für ihre Treue und Tapferkeit wurden sie reich belohnt. Gott, für den sie diesen unmöglichen Sieg erfochten, gab ihnen Berge von Gold und eine neue Welt zum Geschenk.

Den Glauben an
sich selbst verloren

Es ist dieses Feuer eines jahrhundertelangen Glaubenskrieges, durch das sich der spanische Charakter ausformte und sein unverwechselbares Gepräge erhielt: eine seltsame, eben spezifisch spanische Mischung von religiöser Inbrunst, politischem Herrschaftswillen und dem Wunsch, alles dies durch künstlerische Überhöhung zum Ausdruck zu bringen. Zusammengefasst zeigt dies El Escorial in der Nähe von Madrid: Von Philipp II. als gewaltiges Kloster errichtet, war es zudem Verwaltungszentrum eines Imperiums, in dem buchstäblich die Sonne niemals untergeht. Zugleich beherbergte es aber auch die größte Gemäldesammlung der Welt.



El Greco, Immaculata Oballe, 1613: Das Ölgemälde zeigt Mariä Empfängnis

Was Spanien groß machte war zugleich sein Untergang. Die Härte im Glauben, als religiöse Intoleranz verursachte sie den Abfall seiner wichtigsten europäischen Provinz, der Niederlande. Der politische Machthunger forderte auf dem Meer die englische, auf dem Land die französische Krone heraus. Bereits Philipp II. blickte auf ein erodierendes Erbe. Ein überdehntes Reich, das in sich zusammenfallen musste, spricht rückblickend der Historiker. Ein Reich, das den wahren Glauben verloren hat, an Gott, an sich selbst, so sahen es damals Kirche und Hof. Ein Glauben, der durch Kunst wiedergefunden werden muß.

Eine Epoche des Verlusts
politischer Bedeutung

Dies ist der Schlüssel zum Verständnis jener Ära. Was später als „goldenes Zeitalter“ verklärt werden wird, war dies nur im künstlerischen Sinne. Rein äußerlich war es eine Epoche des Zerfalls, des Verlustes weltlicher Reichtümer, politischer Bedeutung. Kompensiert wurde diese irdische Marginalisierung durch ein Kulturprogramm, das sich teilweise ganz bewusst gegen die Ästhetik der Renaissance richtete, namentlich der aufkommenden niederländischen Malerei. Das besondere Verdienst der Ausstellung ist es, die lange vernachlässigte Bedeutung der Skulptur hervorzuheben.

Taucht die figürliche Darstellung in der rückwärtigen Wahrnehmung kaum auf, so war es doch vor allem die Plastik, welche damals weit vor der Malerei Kristallisationspunkte religiöser Verehrung bot. Und umgekehrt sorgte die Darstellungsform für eine veränderte Wahrnehmung christlicher Heilslegenden. Wenn Juan de Mesa den heiligen Nikolaus von Tolentino darstellt, wie dieser sich selbst geißelt, so ist die Freude des Bildhauers über den athletischen Körper unverkennbar, die im seltsamen Kontrast zur eigentlich intendierten Weltverneinung steht. Die Geißel wird hier zum Accessoire eines Kraftsportlers.

Überhaupt gelingt Spaniens Künstlern immer wieder, woran seine Prediger und Politiker oft genug scheiterten: die feine Ironie, die Humor, aus dem heraus der einzelne bereit ist, sich selbst aus einer gewissen Distanz zu beobachten. Der innige Wertschmerz eines jungen Mädchens in Nonnentracht, von José de Mora in einer Büste festgehalten – die einsame Jungfrau lautet leicht spöttisch der Titel. Im Gegensatz dazu die lebensgroße Darstellung des heiligen Ignatius von Loyola. Auch wenn Juan Martínez Montañés kunstvoll eine Träne die Wange herunterlaufen läßt – menschliche Schwäche sucht man hier vergebens.

Anders als im absolutistischen Frankreich, welches seinen spanischen Rivalen später auch kulturell übertrumpfen wollte, hat sich lange Zeit kein kanonischer Stil durchgesetzt. Erst in der Spätphase wurde El Escorial zur künstlerisch verbindlichen Vorgabe. Bedingt ist dies auch durch die stark im Mittelalter verhaftete Gesellschaft Spaniens, die von vielen einzelnen Meisterwerkstätten geprägt ist, welche in einem losen Verbund stehen. Überrasgendes Beispiel ist Toledo mit El Greco, der über diese Region hinaus auf Jahrhunderte kaum Wirkung erzielt, bis er von der Moderne zusammen mit Velázquez als Ahne gefeiert wurde.

Diesen Charakter erfaßt die Ausstellung, indem die einzelnen Werkstätten



Diego Velázquez, Mars, Öl auf Leinwand, ca. 1641: Bereits zu Lebzeiten (1599–1660) wurde der Maler sehr verehrt

wie Sevilla oder Madrid in ihrer spezifischen Bildsprache durch untergliederte Schwerpunkte strukturiert werden, die auch in etwa deren chronologische Abfolge in ihrer Bedeutung abbildet. Vor dem Auge des Besuchers konsolidiert sich so gewissermaßen räumlich wie zeitlich eine Epoche, die auch von späteren erst in der Rückschau als eine Einheit wahrgenommen wurde, die zwar zahlreiche Bezüge zu anderen europäischen Kulturströmungen, aber auch Eigenheiten aufweist, die um das spezifisch spanische Paradoxon stolzer Demut kreisen.

Eine Kulturströmung als
Geburtshelfer der Moderne

Stolz auf das Erreichte, stolz auf den eigenen Willen, das alles gegen alle Widerstände geschaffen zu haben; aber auch Demut vor Gott, durch das Bewußtsein eigener Unvollkommenheit, Hilfsbedürftigkeit, das beständige Angewiesensein auf göttliche Gnade. Den Menschen in seinem Leben, mit Licht und Schatten, aber auch in seinem religiösen Erleben, als Einheit darzustellen, das ist das große Thema von Spaniens Kulturblüte, die sie beispielsweise von der vorhergehenden italienischen

Renaissance unterscheidet, die sich eher auf die menschliche Individualität konzentriert.

In diesem Kontext mit seinen kunstschaffenden und kunstverehrenden Zeitgenossen gesetzt, wird ersichtlich, wie Velázquez mit seiner Interpretation des Menschen bereits zu Lebzeiten vom König abwärts verehrt wurde. Gewissermaßen komplementär dazu eine andere Lösung, eine andere Interpretation bietet El Greco an. Es ist die Darstellung eines Ringens, welches sich zuvor äußerlich ausgetragen hat und nun, im weltlichen Verlust und in geistiger Überhöhung, zu etwas wurde, in dem Freiheit und Liebe im Glauben tatsächlich ihre harmonische, eigentliche Fassung erhalten.

Erklärlich wird so, wie vor allen anderen europäischen Kulturströmungen es Spanien war, sein goldenes Zeitalter, das als Geburtshelfer die Moderne zur Welt brachte.

Die Ausstellung „El Siglo de Oro. Die Ära Velázquez“ in der Gemäldegalerie Berlin, Matthäikirchplatz, ist bis zum 30. Oktober täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr, Sa./So. ab 11 Uhr, zu sehen. Telefon: 030 / 266 42 42 42

► www.smb.museum/museen-und-einrichtungen/gemaeldegalerie/home.html

Thalers
Streifzüge

Von Thorsten Thaler



Sommerzeit, Reisezeit, Lesezeit: Knapp 40 Prozent wählen für ihre Urlaubslektüre einfach zu lesende, unterhaltsame und eingängige Literatur. Durchschnittlich annähernd 65 Prozent bevorzugen Taschenbücher statt Hardcover. Interessant dabei ist die Altersverteilung: Bei den 14- bis 19-Jährigen sind es nur 45,9 Prozent, bei den über 60-Jährigen rund 75 Prozent. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Umfrage von „Vorsicht Buch!“, der Initiative der deutschen Buchbranche, die Ende Juni vorgestellt wurde (<https://vorsichtbuch.de>). Befragt wurden 5.000 Personen in Deutschland über 14 Jahren.

Im Urlaub unterhaltsame, eingängige Literatur bevorzugt.

Fundstück der Woche: „Eine anerkannte Rechte müßte es in diesem Staate geben, sie müßte sich ausdrücken dürfen.“ (Ernst Nolte in dem Gesprächsbändchen „Ich bin kein Prophet“)

Drei Belletristik-Empfehlungen aus eigener Anschauung für den Urlaubskoffer, alternativ den heimischen Garten/Balkon: Erstens, der Roman-Zyklus „Alle Toten fliegen hoch“ von Joachim Meyerhoff, und hier insbesondere der zweite Band „Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war“. Darin erzählt der Burgschauspieler vom Aufwachen in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie, weil der Vater dort Direktor ist. Zweitens: Jean-Luc Bannalects „Bretonische Flut“. Die fünfte Mordermittlung von Kommissar Dupin hat unmittelbar nach Erscheinen des Krimis Ende Juni Platz einer der Bestsellertitel erobert. In diesem Fall kommt der Massengeschmack, wie er sich in den Verkaufszahlen niederschlägt, einem Güteurteil gleich. Drittens: „Albert muß nach Hause“ von Homer Hickam, ein ebenso skurriler wie unterhaltsamer Roadtrip von West Virginia nach Florida mit einem Alligator auf dem Rücksitz. Elke Heidenreich in der Kulturbeilage Literatur Spiegel über ihr Lieblingsbuch: „Diese Geschichte ist so unangenehm und liebevoll erzählt, daß ein Urlaub, in dem man dieses Buch dabei hat, nicht schiefgehen kann, egal, was Hotel, Wetter und Strand einem vorenthalten.“

Wer im Urlaub gern ein Buch liest, das zu seinem Reiseziel paßt, findet dazu auf der Internetseite www.dein-buch-fuer-den-urlaub.de vielleicht die passende Anregung. Dafür gibt es eine Karte, auf der man diverse Ferienregionen von Spitzbergen bis Sizilien, von Alaska bis Sibirien, von Lateinamerika bis Australien anlicken kann und dann eine oder mehrere Lektüre-Empfehlungen angezeigt bekommt. Die Bandbreite reicht von dem Genres „Krimi & Thriller“ bis zu „Liebe & Gefühl“, von belletristischen Büchern bis zu historischen Romanen.

Zeitschriftenkritik: Die Neue Ordnung

Aus christlicher Perspektive

WERNER OLLES

Gehören parteipolitische Kampfsprüche von geistlichen Aufträgen von Bischöfen? Wolfgang Ockenfels verneint diese Frage im Editorial der aktuellen Ausgabe (Heft 3) der zweimonatlich vom Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e.V. herausgegebenen Zeitschrift *Die Neue Ordnung* kategorisch. Dabei bezieht sich der Dominikaner, Professor für Christliche Sozialwissenschaften und Chefredakteur auf die Äußerungen des ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Karl Lehmann und des Kölner Kardinals Rainer Maria Woelki, die beide mit abfälligen Worten jeden Dialog mit der AfD abgelehnt hatten. Ihnen folgte sogleich das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, das zwar AfD-Politiker vom Katholikentag aussperrte, aber sonst gern sogar mit islamistischen Verbandsfunktionären dialogiert. Energisch widerspricht Ockenfels dieser Zeitgeist-Stimmung, die sich zwar „mit allen möglichen, noch so verrückten Positionen“ gemein mache, den seriösen Dialog mit der AfD aber verweigere.

„Eine Renaissance konservativer Politik jenseits von vermeintlichen Alternativlosigkeiten, von Rhetorik und Populismus“ fordert der Fürther Wirtschafts- und Sozialethiker Elmar Nass. Ausgehend von der „Krise der deutschen Konservativen“ stellt er zehn Thesen vor, die von der „Gefahr Islamismus“, dem „Krieg gegen den Terror“, der „Flüchtlings- und Eurokrise“ bis zur „Bildungskrise“ und der „Krise der demokratischen Streitkultur“ reichen.

Der Theologe Stefan Raabe widmet sich „Polen nach dem ‘Rechtsruck’“. Im Gegensatz zu manchen EU-Politikern sieht er das Land nicht auf dem Weg zu einer „gelenkten Demokratie“, da die Regierung demokratisch gewählt wurde, eine pluralistische Medienlandschaft und funktionierende politische Opposition sowie freie Gewerkschaften und eine kritische Bürgergesellschaft existieren. Der Blick von Deutschland auf Polen sei „einseitig“, da die durch die vorherige Regierung verursachten sozialen Spannungen, prekären Arbeitsperspektiven junger Leute, Arbeitsmigration und Altersarmut ebensowenig Beachtung fanden wie die starken nationalkonservativen und nationalkatholischen Strömungen.



Kontakt: Verlag Franz Schmitt, Postfach 1831, 53708 Siegburg. Das Einzelheft kostet 5 Euro, ein Jahresabo 25 Euro. ► www.die-neue-ordnung.de



CD-Kritik: Pierre de La Rue, Cappella Pratenis

Visionen der Freude

SEBASTIAN HENNIG

Als Mitglied der burgundischen Hofkapelle folgte der franko-flämische Musiker Pierre de La Rue dem letzten Ritter Kaiser Maximilian in das brabantische s'Hertogenbosch. Dort wurde er Mitglied der Marianischen Bruderschaft Unserer Lieben Frau. Der gehörte auch der berühmteste Sohn der Stadt an, der Maler Hieronymus Bosch. Dieser heimattreue Meister versammelte sich jeden Mittwoch im Kreis der anderen Ordensbrüder in einer Kapelle der gotischen Sankt-Johannes-Kathedrale. Den dabei ertönenden Lobpreis Gottes überliefert uns nun eine Einspielung des s'Hertogenboscher Vokalensembles Cappella Pratenis. Ihren Gesang ließen die Musiker aber nicht in ihrer imposanten heimischen Kathedrale aufnehmen, sondern in der kleinen Kirche im

wallonischen Franc-Waret. Gleichwohl erreicht uns eine in den geheimnisvollen Tiefen gotischer Architektur verhallende Tonkunst. Das Ordinarium der Missa Cum juncunditate von Pierre de La Rue wird durchflochten von gregorianischen Chorälen und Orgelimpromvisationen. Diese Freudenmesse läßt damit etwas von dem verborgenen erfreulichen Hintergrund der Bilder des rätselhaften Malers Bosch erfahrbar werden. Vor dem Credo ist die Sequenz Verbum bonum et suave eingeschoben. Umrahmt vom Orgelklang bekennen sich deren Verse zur ewigen Freude, habenda sempiterna gaudia.



Cappella Pratenis
Visions of Joy
Challenge Records,
2016
► www.challenge-records.com; www.cappellapratenis.nl

GegenAufklärung

KOLUMNE VON KARLHEINZ WEISSMANN



»Pädagogische Klugheit: Gegenüber Kindern darf Vereinfachung nie in Verfälschung übergehen.«

Nach dem Hinweis eines britischen Kellners an den deutschen Gast, der möge besser kein landesübliches Bier bestellen, er sei besser gewohnt, nun der Verkäufer im traditionsreichen Teehandel, die gewünschte Sorte werde in zwei Varianten produziert, eine für die Einheimischen, eine für den Kontinent, letztere mit reduziertem Aroma.

Die FAZ hat eine Serie mit dem Titel »Wie erkläre ich's meinem Kind?« Die Stücke erscheinen unregelmäßig, die Verfasser wechseln. Wenn es um Politisches geht, und noch dazu um Heikel-Politisches, haben die Erklärungen oft etwas Peinliches. Insofern gab es Grund zur Sorge, wenn der »Rassismus« erklärt werden soll. Aber man kommt glimpflich davon. Die Existenz von Rassen als solche wird nicht bestritten, Rassismus klug als Versuch definiert, eine absolute Rassenhierarchie zu begründen (an deren Spitze gewöhnlich man selbst steht). Nur die Überschrift ist Unsinn: »Menschen sehen nicht gleich aus, aber sie sind gleich«. Wahrscheinlich hat die der Verfasser Patrick Bahners gar nicht zu verantworten. Der kommt für die Gleichheit aller Menschen in seinem Text jedenfalls nur auf die biblische Schöpfungsgeschichte zu sprechen. Mehr erlaubt die Redlichkeit nicht, und auch nicht die pädagogische Klugheit: Gegenüber Kindern darf Vereinfachung nie in Verfälschung übergehen.

Beim Betreten des Royal College of Arms – des Königlichen Heroldsamtes – nach vierzig Jahren der Eindruck: Es hat sich nichts Wesentliches verändert, die Gestaltung der Hauszeitschrift dieselbe, sogar einige der spärlich angebotenen Postkarten dieselben, der Thron des King of Arms, des obersten Herolds ihrer Majestät, immer noch derselbe, aber dann fällt der Blick auf die Agenda dieser altertümlichen Institution, und die muß sich jetzt auch mit der komplizierten Frage beschäftigen, wie die Waffen von gleichgeschlechtlichen Paaren auszusehen haben.

Marodierende Linke verletzen mehr als einhundert Polizisten und bedrohen ihre Gegner so massiv, daß die ihre Position nicht einmal juristisch durchsetzen. Der Berliner Senat plant trotzdem Verhandlungen mit dem Staat im Staat der Hausbesetzer. Die Verurteilung der Straftäter aus der Silvesternacht ist offenbar nicht zu erreichen, die ganze Härte des Gesetzes, über die bramarbasiert wurde, trifft sie jedenfalls nicht. Das organisierte Verbrechen, dieses Mal die russische Variante, soll sich im Land mit einer fünfstelligen Personenzahl festgesetzt haben. Ein ehemaliger

Verfassungsrichter sieht angesichts der Untätigkeit oder Unfähigkeit der Behörden den Rechtsstaat als solchen gefährdet. Und die politisch-mediale Klasse erklärt, man müsse als nächstes und unbedingt die Konkurrenz mit geheimdienstlichen Mitteln beobachten lassen.

Was angesichts des Führungswechsels in Downing Street 10 wirklich beruhigt, ist die Tatsache, daß Larry, der Chief Mouser, seine Stellung behält, und sich weiter des von den Roten hinterlassenen Rattenproblems widmen kann.

Entgegen einer verbreiteten Annahme führten die nordafrikanischen »Korsaren« ihre Menschenjagden nicht nur im Mittelmeer und an den europäischen Gegenküsten durch. Sie drangen bis nach Island vor und suchten für dreihundert Jahre Südengland, Irland und Schottland heim. 1626 erklärte der Vizeadmiral von Devon, Sir John Eliot, daß man den Eindruck habe, als ob das Meer um die Inseln das ihre wäre. 1645 wurden mehr als 240 Männer, Frauen und Kinder aus Cornwall verschleppt, und das Parlament schickte einen Gesandten nach Algier, um sie freizukaufen (der Preis für die Frauen lag deutlich höher als der für die Männer). Dann führten die von Cromwell ergriffenen drastischen Maßnahmen zu einer gewissen Beruhigung der Lage, und die Bombardierung von Tunis 1675 hatte zur Folge, daß die Angriffe fast aufhörten. Vollständig verschwand das Problem allerdings nicht. Erst nach den beiden Feldzügen der USA gegen die Barbareskenstaaten (1801–1805 und 1815–1816) war deren Macht endgültig gebrochen. An dem zweiten Feldzug nahmen auch britische Verbände teil, die noch einmal 4.000 Christen befreiten.

Der Besuch einer Stadt mit internationalem Publikum führt zu der Erkenntnis, daß man es auch bei Fliegelhaftigkeit mit einem globalen Phänomen zu tun hat.

Die Klassenzugehörigkeit ist in England auch an der Schuluniform ablesbar. Dabei geht es nicht um das Vorhandensein, die Durchsetzung ist flächenmäßig, sondern um die Art und Weise, wie man sie trägt. Oben akkurat, unten irgendwie manipuliert, bei den Jungs das Hemd aus der Hose und die Krawatte auf Halbmast, bei den Mädchen der Rock über die Hüfte hochgezogen und die Bluse aufgeklopft unter dem vorgeschriebenen Binder.

Die nächste »Gegenaufklärung« des Historikers Karlheinz Weissmann erscheint am 12. August in der JF-Ausgabe 33/16.



Soldaten im Sechstagekrieg: »Tötet soviel ihr könnt« und »Habt kein Erbarmen!« lauteten die Befehle

Zensierte Stimmen

Soldatenberichte: Ein Dokumentarfilm über den israelischen Sechstagekrieg

SEBASTIAN HENNIG

Als Folge des Sechstagekrieges vom Juni 1967 vergrößerte sich der Staat Israel mehr als das Doppelte, und mit einem Mal fanden sich jene, die zunächst um die nackte Existenz zu ringen glaubten, in der Position einer Besatzungsmacht wieder. Der spätere Schriftsteller und Friedensaktivist Amos Oz war damals Soldat. Wie viele seiner Kameraden beschlich ihn das mulmige Gefühl, nicht am Ende, sondern am Anfang eines bedrohlichen Konfliktes zu stehen. Mit Abraham Schapira ging er in die Gemeinschaftsiedlungen und ließ die Kriegsheimkehrer auf Tonband sprechen. Deren Empfindungen und Bekenntnisse stechen derart ab vom Siegesrausch jener Wochen, daß die demoralisierenden Aufzeichnungen in ihrer unmittelbaren Form bis zum heutigen Tag unter Verschluss blieben. Die Regie zensierte seinerzeit mehr als zwei Drittel davon. Aus dem Übrigen formte 1971 Abraham Schapira das Buch »The Seventh Day: Soldiers' Talk about the Six-Day War.«

Der siebente Tag dient der Besinnung nach dem Schöpfungswerk, wie es im Buch Genesis steht: »Und Gott segnete den siebten Tag und heiligte ihn, denn an ihm ruhte er von seinem ganzen Schöpfungswerk.« Was hat der Sechstagekrieg als Schöpfungswerk des Staates für eine Situation geschaffen? Zum einen gingen die Soldaten verändert aus den Kampfhandlungen hervor. Mit den individuellen und zugleich universalen Kriegserlebnissen beginnt der Dokumentarfilm »Censored Voices« der israelischen Regisseurin Mor Loushy.

In seinem Verlauf wird zunehmend deutlich, daß sich noch etwas anderes ereignete. Ein permanenter Krieg gegen die einheimische Bevölkerung etablierte sich auf einer sehr dünnen ideologischen Basis. Einer der Soldaten beweißelt den Mythos um Jerusalem. Erst als sie den

Tempelberg erreicht hatten, sei ihm bewußt geworden, daß es eine Altstadt gibt. Dem Gefühl der Erlösung, mit dem die Soldaten die Klagemauer eingenommen haben sollen, widerspricht er heftig. Das Pathos habe ihn schon damals angewidert. Lärmende Soldaten und verängstigte Zivilisten seien zu sehen gewesen. Jerusalem sei keine befreite, sondern eine besetzte Stadt geworden.

Mit dem Heldenmythos jenes jüdischen David gegen den Goliath der arabischen Staaten wuchs die Regisseurin Mor Loushy in der Schule auf. Während sie nun die Tonbänder hört, entsteht ein »komplett neues Bild« und sie fragt sich: »Wie wären wir als Gesellschaft geworden, wenn wir diesen Stimmen Raum gegeben hätten?«

Der Dokumentarfilm ist aus nicht zusammengehörigen Teilen gemengt. Die nervende Filmmusik könnte auch einem Horrorfilm von Stephen King entstammen. Zu dem Anblick der älteren gewordenen Wehrpflichtigen von 1967 sind die Tonaufnahmen zu hören, die wenige Wochen nach dem Ende des Feldzugs entstanden. Illustriert werden die Erzählungen von Archivfilmen oder Fernsehberichten, vornehmlich der US-Korrespondenten. Zu sehen sind Bilder von der Mobilmachung, dem zermürbenden Warten in den Stellungen, den Kolonnen der Gefangenen und Vertriebenen, den Siegesparaden der Heimkehrer und von General Mosche Dajan. Wirklich erschellend ist das Ganze nicht, und es entsteht auch nicht der Eindruck, als würden uns hier lange vorenthaltene Erkenntnisse zuteil. Dramaturgisch wird kaum eingegriffen. Die Erzählungen und Bilder laufen einfach ab.

Bei den Männern handelte es sich nicht um Berufssoldaten. Sie sind zur Landesverteidigung eingezogene Zivilisten. Die erste Leiche wird von ihnen noch fotografiert wie ein unheimliches Urlaubsandenken. Sie beschreiben die Angst und das Chaos, die hohen Verluste in den ersten Minuten des Vorstoßes. Keiner weiß, von wo aus man der

Beschuß genommen wird. Die Freunde sinken in den Staub. Der Ruf nach dem Sanitäter erschallt. Doch der militärische Kampf nimmt den geringsten Teil der Erzählung ein.

Auf dem Sinai hätten 1956 noch Soldaten gegen Soldaten gekämpft. Zehn Jahre später sind die Einheimischen der Gegner. Jeder galt als Feind. »Tötet soviele ihr könnt« und »Habt kein Erbarmen« lauteten die Befehle. Sie marschieren über entvölkerte Städte, in denen alles verwüstet ist. In einem Gemüseladen ist jede Kiste von Bajonetten durchstoßen. Wenn ein ganzes Dorf wie eine Schafherde hinweggetrieben wird, dann verstehe er, was Holocaust bedeutet, sagt einer der Soldaten. Als er nach Jericho einfuhr, sah er die Grusel des Zweiten Weltkriegs in die Gegenwart gespiegelt. Wenn ein ganzes Dorf wie eine Schafherde hinweggetrieben wird, dann verstehe er, was Holocaust bedeutet, sagt einer der Soldaten. Als er nach Jericho einfuhr, sah er die Grusel des Zweiten Weltkriegs in die Gegenwart gespiegelt.

Bulldozer verwüsten jahrhundertalte Mauern. Über den Trümmern entsteht ein mediterranes Ferienparadies, ein Vergnügungspark. Die Menschen posieren vor einem umgestürzten Autotabus in den Kriegsrüinen, während die vormalige Bevölkerung in Zeltlagern zusammengepfercht ist. Einer spricht an, wie ihn die Verzweiflung befällt im Angesicht der Hysterie des Triumphs. Zu den Militärparaden tönen zukunftsfröhliche Lieder vom Land der Trauben und Orangen. Die nächste Runde wird grausamer. Dessen ist sich der Veteran schon damals gewiß.

Zum Schluß sind die Protagonisten schweigend noch einmal zu sehen, während in einem Satz ihre heutige Einschätzung erklingt. Den Traum von einem Frieden haben viele ausgeträumt; das damalige Geschehen empfinden sie als Verrat an der Sache. Die Hymne des Landes verheißt ein freies Volk. Es kann aber nicht frei sein, solange es ein anderes Volk beherrscht. Amos Oz resümiert: Wir haben die Wahrheit gesagt. Eine Wahrheit, hinter der ich bis heute stehe.

Kinostart am 21. Juli
www.censoredvoices.com

DVD: Zulu

Die Last der Apartheidzeit



Von Werner Olles

Südafrika im Jahr 2013. Der aus Kwazulu-Natal stammende Kriminalbeamte Ali Sokhela (Forest Whitaker) ermittelt mit seinen beiden weißen Kollegen Brian Epkeen (Orlando Bloom) und Dan Fletcher (Conrad Kemp) in einem Mordfall, dem die junge Nicole Weiss zum Opfer gefallen ist. Einiges spricht für ein Sexualverbrechen, jedoch schließen die Polizisten auch ein Drogendelikt nicht aus. Die drei Beamten sind schwer traumatisiert: Sokhela hatte während der Zeit der Apartheid die Ermordung seines Vaters durch eine schwarze ANC-Terroristenbande miterlebt, Epkeen wurde von seiner Frau verlassen, und Fletchers Frau ist krebserkrank. Während Epkeen zum Alkoholiker mit wechselnden Frauenbekanntschaften geworden ist, hält sich Sokhela in seiner Freizeit bei einer Prostituierten auf.

Der im Polizeidienst noch ziemlich unerfahrene Fletcher wird im Zuge der Ermittlungen am Strand von Drogendealern mit einer Machete getötet. Nachdem eine schwerbewaffnete Polizeieinheit ein Lokal in einem Township von Kapstadt stürmt, kommt es zu einer Schießerei, bei der Sokhela verwundet wird. Er findet heraus, daß Drogendealer Straßenkindern eine synthetische Substanz verkaufen, die von dem Wissenschaftler Opperman (Patrick Lyster) entwickelt wurde, um die schwarze Bevölkerung systematisch zu dezimieren.



DVD/Blu-ray: Zulu. Eastside Communications/Studio Hamburg Enterprises 2016, Laufzeit etwa 111 Minuten

Als die Polizei ein Massengrab entdeckt, indem sich die Leichen der bei den Drogentests verstorbenen Kinder befinden, eskaliert die Situation vollends ...

Jérôme Salle drehte Zulu (2013) nach dem gleichnamigen Roman von Caryl Férey (2008). In den Hauptrollen hervorragend besetzt, ist der Thriller um den schwarzen Ermittler und seine weißen Kollegen zwar sehr actionreich, wirkt jedoch in seinem Handlungsablauf konstruiert. So erscheinen die Bezüge zum Apartheidsystem klischeehaft. Zudem stören die vielen Gewaltenszenen, während der historische Hintergrund, beispielsweise die Absicht der weißen Regierung, durch die Homeland-Politik eine Kooperation mit der schwarzen Bevölkerung zu erreichen, der martialischen Rachelegitimation zum Opfer fällt. Auch die Traumatisierung der Helden, die durch ihre Familiengeschichten mit der Last der Vergangenheit fertig werden müssen, kommt insgesamt zu kurz.

TERMINE

ALKERSUM/FÖHR

Bis 11.09.2016: Max Liebermann und Zeitgenossen. Neue Werke in der Sammlung. Ausstellung mit mehr als 85 Werken im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 04681/74740-0, www.mkdw.de

Bis 08.01.2017: Jochen Hein. Über die Tiefe. Ausstellung im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 04681/74740-0, www.mkdw.de

BAD FRANKENHAUSEN

Bis 16.10.2016: Jean-Michel Mathieux-Marie – Das Auge sieht ... Ausstellung im Panorama-Museum, Am Schlachtberg 9. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 034671/619-0, www.panorama-museum.de

BERLIN

Bis 07.08.2016: Die Maya – Sprache der Schönheit. Ausstellung von etwa 300 Exponaten im Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7. Täglich außer dienstags 10 bis 19 Uhr. Info: 030/25486-0, www.gropiusbau.de

Bis 14.08.2016: Relikte des Kalten Krieges. Fotografien von Martin Roemers. Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2. Täglich 10 bis 18 Uhr. Info: 030/20304-0, www.dhm.de

Bis 28.08.2016: Berlin – Stadt der Frauen. 20 Biografien erzählen Geschichte. Ausstellung im Ephraim-Palais, Poststraße 16. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Mi. 12 bis 20 Uhr. Info: 030/24002162, www.stadtmuseum.de

Bis 11.09.2016: Deutschland gegen Frankreich. Der Kampf um den St. 1900–1930. Ausstellung im Bröhan-Museum, Schloßstraße 1a. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 030/32690600, www.bröhan-museum.de

Bis 12.09.2016: Max Liebermann – Biergärten und Cafeterassen. Ausstellung in der Liebermann-Villa am Wannsee, Colomierstraße 3. Täglich außer dienstags 10 bis 18 Uhr, Do. und So. bis 19 Uhr. Info: 030/8058590-0, www.liebermann-villa.de

Bis 25.09.2016: Sony World Photography Awards 2016. Ausstellung im Museum Biberach, Museumstraße 6. Di.–Fr. 10 bis 13 und 14 bis 17 Uhr, Do. bis 20 Uhr, Sa./So. 11 bis 18 Uhr. Info: 07351/51331, www.museum-biberach.de

Bis 30.10.2016: El Siglo de Oro. Die Ära Velázquez. Ausstellung in der Gemäldegalerie, Matthäikirchplatz. Täglich außer montags 9 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr, Sa./So. ab 11 Uhr. Info: 030/266424242, www.smb.museum/

Bis 25.09.2016: Räuber. Ausstellung im Museum Biberach, Museumstraße 6. Di.–Fr. 10 bis 13 und 14 bis 17 Uhr, Do. bis 20 Uhr, Sa./So. 11 bis 18 Uhr. Info: 07351/51331, www.museum-biberach.de

Bis 30.07.2016: Fred Thieler – Hommage zum 100. Geburtstag. Ausstellung in der Samuels Baumgarte Galerie, Niederwall 10. Info: 05 21 560 31-0, http://galerie.samuels-baumgarte.com

Bis 14.08.2016: Das Bauhaus –

Alles ist Design. Ausstellung in der Bundeskunsthalle, Museumsmeile, Friedrich-Ebert-Allee 4. Täglich außer montags 10 bis 19 Uhr, Di./Mi. bis 21 Uhr. Info: 0228/9171-200, www.bundeskunsthalle.de

Bis 18.09.2016: Parkomane. Die Gartenlandschaften des Max Pückler. Ausstellung in der Bundeskunsthalle, Museumsmeile, Friedrich-Ebert-Allee 4. Täglich außer montags 10 bis 19 Uhr, Di./Mi. bis 21 Uhr. Info: 0351/2508-0, www.bstu.bund.de

Bis 30.09.2016: Wettbewerb »Gesellschaft Deutscher Tierfotografen – Naturfotograf des Jahres 2016«. Ausstellung in der Bibliothek des Bundesamtes für Naturschutz, Konstantinstr. 110. Mo.–Fr. 9 bis 16 Uhr. Info: 0228/8491-0, www.bfn.de

Bis 15.01.2017: Inszeniert. Deutsche Geschichte im Spielfilm. Ausstellung im Haus der Geschichte, Willy-Brandt-Allee 14. Täglich außer montags 9 bis 19 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 0228/9165-0, www.hdg.de

Bis 04.09.2016: Sachsen und Böhmen im Spiegel der Kunst um 1500. Ausstellung im Schloßbergmuseum, Schloßberg 12. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr. Info: 0371/4884501, www.schlossbergmuseum.de

Bis 30.12.2016: Geld. Ausstellung im Staatlichen Museum für Archäologie, Stefan-Heym-Platz 1. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 0371/911999-0, www.smacsachsen.de

DRESDEN

Bis 02.09.2016: Doppeltes Spiel. Fußball im Visier der Staatssicherheit. Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Bauftragten in der BStU-Außenstelle, Riesener Straße 7. Mo.–Fr. 8 bis 18 Uhr. Info: 0351/2508-0, www.bstu.bund.de

Bis 31.12.2016: Zwischen Aufgehren und Anpassen. Jugend in der DDR. Ausstellung in der Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Straße 112a. Täglich 10 bis 18 Uhr. Info: 0351/2508-0, www.bstu.bund.de

HAMBURG

Bis 04.09.2016: Manet – Sehen. Der Blick der Moderne. Ausstellung in der Galerie der Gegenwart in der Kunsthalle, Glockengießerwall 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 21 Uhr. Info: 040/428131-200, www.hamburgerkunsthalle.de

Bis 30.10.2016: Hamburg in den zwanziger Jahren. Ansichten und Visionen. Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe, Steinorplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 21 Uhr.

Bis 03.10.2016: Cowboy & Indianer – Made in Germany. Familienausstellung im Badischen Landesmuseum, Schloßbezirk 10. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, Fr.–So. bis 18 Uhr. Info: 071/926-6514, www.landmuseum.de

Bis 28.08.2016: Mumien der Welt. Ausstellung mit etwa 200 Exponaten im Roemer- und Pelizaeus-Museum, Am Steine 1-2. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 051 21 9369-0, www.rpmuseum.de

Bis 03.10.2016: Cowboy & Indianer – Made in Germany. Familienausstellung im Badischen Landesmuseum, Schloßbezirk 10. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, Fr.–So. bis 18 Uhr. Info: 071/926-6514, www.landmuseum.de

KÖNIGSTEIN

Bis 01.11.2016: Mönche auf dem Königstein und wie der böse Samen Doctor Luthers' sie vertreibt. Ausstellung in der Magdalenenburg. Täglich 9 bis 18 Uhr. Info: 035021/64-607, www.festung-koenigstein.de

LEIPZIG

Bis 24.07.2016: Leipzig in Schwarz – 25 Jahre Wave-Gothik-Treffen. Ausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums im Haus Böttchergäßchen, Böttchergäßchen 3. Täglich außer montags 9 bis 18 Uhr. Info: 0341/965130, www.stadtgeschichtliches-museum-leipzig.de

MAGDEBURG

Bis 29.07.2016: Rotstift – Medienmacht, Zensur und Öffentlichkeit in der DDR. Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Bauftragten in der BStU-Außenstelle, Georg-Kaiser-Straße 7. Mo.–Fr. 8 bis 18 Uhr. Info: 0391/6271-0, www.bstu.bund.de

MANNHEIM

Bis 30.07.2016: Ägypten – Land der Unsterblichkeit. Ausstellung in den Reiss-Engelhorn-Museen, Museum Weltkulturen DS. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr. Info: 0621/2933150, www.rem-mannheim.de

MÜNCHEN

Bis 25.09.2016: »Zitate«. Bilder von Wolfgang Hermdorf. Ausstellung im Literaturhaus, Salvatorplatz 1. Mo.–Fr. 11 bis 19 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 089/291934-0, www.literaturhaus-muenchen.de

NEUBENBURG

Bis 04.12.2016: Scheherazade erzählt. Märchen aus 1001 Nacht. Ausstellung mit etwa 130 Exponaten im Schloß, Hintere Schloßsteige/Schloß 1. Täglich außer montags 13 bis 18 Uhr, So. ab 10 Uhr. Info: 07082/792860, www.schloss-neuenburg.de

NÜRNBERG

Bis 23.10.2016: Der Deichsler Altar. Nürnberger Kunst um 1420. Ausstellung im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Mi. bis 21 Uhr. Info: 0911/1331-0, www.gnm.de

RATZBURG

Bis 01.08.2016: A. Paul Weber: Glasgemälde und Glasgemäldeentwürfe. Ausstellung im A. Paul Weber-Museum, Dornhof 5. Täglich außer montags 10 bis 13 Uhr und 14 bis 17 Uhr. Info: 04541/860720, www.weber-museum.de

ROSENHEIM

Bis 04.12.2016: Wikinger! Ausstellung mit mehr als 500 Exponaten im Lokschnuppen, Rathausstraße 24. Täglich 9 bis 18 Uhr, Sa./So. ab 10 Uhr. Info: 08031/3659036, www.lokschnuppen.de/

SPEYER

Bis 31.07.2016: Detektive, Agenten & Spione. Ausstellung im Historischen Museum der Pfalz, Domplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 06232/620222, www.museum-speyer.de

TRIER

Bis 16.10.2016: Nero – Kaiser, Künstler und Tyrann. Ausstellung

VÖLKLINGEN

Bis 23.10.2016: Buddha. 232 Meisterwerke buddhistischer Kunst aus 2000 Jahren. Ausstellung im Weltkulturerbe Völklinger Hütte, Rathausstraße 75-79. Täglich von 10 bis 19 Uhr. Info: 06898/9100-100, www.voelklinger-huette.org

WORPSWEDEN

Bis 23.10.2016: Die wilden Zwanziger – Worswede expressiv. Ausstellung in den Worsweder Museen. Täglich 10 bis 18 Uhr. Info: 04792/955059-0, www.worswede-museen.de

WUSTRAU

Bis 28.10.2016: Polen und Preußen – Prusy i Polska. Ausstellung im Brandenburg-Preußen Museum, Eichenallee 7a. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 033925/70798, www.brandenburg-preussen-museum.de



Edouard Manet, Die Krocketpartie, Öl auf Leinwand 1873: Ausstellung »Manet – Sehen. Der Blick der Moderne« in der Galerie der Gegenwart in der Hamburger Kunsthalle (bis 4. September)

Alle Angaben ohne Gewähr!
Fehlt hier Ihr Veranstaltungshinweis? Ankündigungen schicken Sie bitte per Fax (030/86495314), E-Mail (redaktion@jungefreiheit.de) oder Brief (Hohenzollern-damm 27a, 10713 Berlin) an die JF-Terminalstelle.

Kulturschutzgesetz:
Ausstellung schließt

HILDESHEIM/BERLIN. Die Sonderausstellung „Schätze für den Kaiser – Meisterwerke chinesischer Kunst (1368–1911)“ im Roemer- und Pelizaeus-Museum Hildesheim schließt kommenden Montag (25. Juli) vorzeitig; Grund: Private Sammler haben ihre Leihgaben für diese Ausstellung wegen der Neuordnung des Kulturgutschutzrechts zurückgezogen. Sie seien „stark verunsichert“ und hätten sich deshalb „zum Schutz ihrer Sammlungen“ entschlossen, ihre privaten Leihgaben zurückzuziehen, teilte das Museum mit. Ursprünglich sollte die Schau bis zum 8. Januar 2017 laufen. Ein Sprecher von Kulturstaaatsministerin Monika Grütters bedauerte den Abzug der Werke. Es sei „abwegig“, das neue Kulturgutschutzgesetz als Anlaß dafür anzugeben. Die Begründungen seien „sachlich falsch“. Das neue Kulturgutschutzgesetz enthält Ausfuhrbestimmungen national wertvoller Kulturgüter. Es tritt Anfang August in Kraft. (tha) [▶www.rpmuseum.de](http://www.rpmuseum.de)

Schule entschuldigt
sich bei Imam

BERLIN. Ein islamischer Geistlicher hat in Berlin der Lehrerin seines Sohnes den Handschlag verweigert. Die Frau brach daraufhin das Gespräch ab. Nun hat sich die Schule für das Vorgehen entschuldigt. Zum Hintergrund: Eine Lehrerin der Platanus-Schule in Berlin-Pankow hatte die Eltern des Schülers zum Gespräch in die Schule gebeten. Dort habe Imam Kerim Ucar – ein Schiit aus der Osttürkei – klargemacht, daß er der Pädagogin wegen seines Glaubens nicht die Hand geben könne. Sie soll ihn dann mehrfach darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Handschlag in Deutschland ein Zeichen des Respekts sei. Weil er sich dennoch weigerte, habe sie das Gespräch abgebrochen und dem Vater mangelnden Respekt und Frauenfeindlichkeit vorgeworfen. Ucar und seine Frau Dilek wiederum zeigten die Lehrerin wegen Beleidigung, Verletzung der Religionswürde und fremdenfeindlicher Diskriminierung an. In dem Schreiben der Schule an die Rechtsanwältin Ucars heißt es, man wolle sich ausdrücklich entschuldigen, sollte es „zwischen der Familie und Mitarbeitern unserer Schule zu Mißverständnissen gekommen sein“. Man habe niemanden in seiner Religionsfreiheit oder in sonstiger Weise persönlich verletzen wollen. Laut dem Rundfunk Berlin-Brandenburg ist die muslimische Familie damit aber nicht zufrieden. Sie forderte ein „offenes und ehrliches Gespräch unter allen Beteiligten“. Das diene dem Kindeswohl. Der Sohn des Imams habe mit ansehen müssen, wie sein Vater „in empfindlichem Maße“ herabgewürdigt worden sei. Ohne dieses Gespräch habe man ernsthafte Zweifel, daß die Schule „hinreichend Sorge dafür trägt“, zukünftige Konflikte zu vermeiden. (idea/JF)

Für das Publikum
unsichtbarDDR-Literaturgeschichte: Viele Autoren und
ihre Texte wurden verschwiegen, verfemt, verboten

THORSTEN HINZ

Es geht in dem Buch „Gesperrte Ablage“ um einen erweiterten Literaturbegriff, um die Frage, ob zur Literatur nur das gehört, was tatsächlich gedruckt, gesendet, publiziert, gelesen wurde, oder auch das, was für das Publikum unsichtbar blieb, weil es zurückgewiesen, verboten, beschlagnahmt, in Archiven unter Verschluss gehalten wurde. Damit ist deutlich, daß sich es nicht mit den Ausschlußmechanismen des Marktes beschäftigt, sondern mit denen des repressiven Staates. Für die Autoren Ines Geipel (56) und Joachim Walther (72), die Begründer des „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“ (siehe Info-Kasten), liegt die Antwort auf der Hand. Die Eingriffe des Staates in die Literatur der DDR waren so umfassend, daß man ihre Geschichte um das erweitern muß, was die Behörden unterdrückt und verhindert haben.

Führungselite rekrutierte
sich aus KZ-Insassen

Eingeleitet wird das Buch mit einem Essay Geipels über den DDR-Mythos Buchenwald, an dessen Erschaffung der 1958 erschienene Roman „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz entscheidend mitgewirkt hat. Apitz' Buch über die Rettung eines jüdischen Kindes und die Selbstbefreiung des KZ unter kommunistischer Führung wurde ein Welterfolg. Die Dreierheit aus antifaschistischem Widerstand, gelebter Menschlichkeit und kommunistischer Ideologie fand auch im Westen wohlwollende Aufnahme. In der DDR war die Lektüre in den Schulen ein staatsbürgerliches Initiationsritual. Rückschlüsse auf die Wirklichkeit im Lager läßt der Roman nur bedingt zu. Die SS hatte in Buchenwald eine aus kommunistischen Funktionshäftlingen bestehende Selbstverwaltung installiert. Wie Lutz Niethammer in seinem Buch über die „Roten Kapos“ mitteilt, fiel ihnen dadurch eine Machtstellung zu, die sie dazu nutzten, ihre Parteigänger zu schützen, Feinde oder Abweichler aber

dem Tod preiszugeben. Außerdem waren sie gezwungen, bei Tötungsaktionen mit Hand anzulegen.

In der Erstfassung hatte Apitz, ein langjähriger Buchenwald-Häftling, ihre Zwangslage zumindest angedeutet. Doch aus der Endfassung fiel alles heraus, was Mißtöne ins kommunistische Heldenlied gebracht hätte. Die höchsten Stellen des Staates waren in das Lektorat involviert. Ein beträchtlicher Teil der Führungselite der DDR rekrutierte sich nämlich aus ehemaligen Buchenwald-Insassen. Unmittelbar nach der Befreiung hatte die KPD-, dann SED-Führung alles darangesetzt, die KZ-Wirklichkeit zu beschweigen und umzuschreiben.

Die ehemaligen Kapos hatten dennoch Grund zur Furcht, daß ihnen ihre Verstrickung je nach politischer Konjunktur zum Verhängnis werden würde. Der thüringische Innenminister Ernst Busse, der in Buchenwald das Spritzenkommando angeführt hatte, das Häftlinge durch Injektionen umbrachte, starb 1952 im Gulag. Sein Stellvertreter Otto Kipp überlebte und wurde Direktor des VEB Energiekombinat Halle/Saale. Ein anderer wurde Geheimdienstchef in Dresden und blieb das bis 1981, ein weiterer leitete das Büro des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck.

Es waren also schwer beschädigte, brutalisierte, von Paranoia und Komplexen geplagte Menschen, die nach 1945 administrative Macht in die Hände bekamen. Ihre Härte gegenüber tatsächlichen und vermeintlichen Feinden erklärt sich auch daraus. Die Verbindung aus hybrider Macht und ideologischem Dogma bildet den politischen Hintergrund der Literaturentwicklung in der DDR.

Die junge Journalistin Susanne Kerckhoff, eine Halbschwester Wolfgang Harichs, stach unbewußt in ein Wespennest, als sie im Oktober 1949 die KZ-Erinnerungen eines holländischen Kommunisten kritisierte. Kerckhoff, die vor 1945 bereits Romane und Gedichte veröffentlicht hatte, war Feuilleton-Chefin der *Berliner Zeitung*. Einen Angriff Stephan Hermlins, der seine Karriere auf einen hagiographisch überhöhten Antifaschismus aufbaute, parierte sie noch und stellte klar, daß es ihr ums Prinzip



Bruno Apitz (r.) mit Regisseur Frank Beyer (l.) und Schauspieler Herbert Köfer 1962 bei Dreharbeiten zur Verfilmung seines vier Jahre zuvor erschienenen Romans „Nackt unter Wölfen“: DDR-Mythos

ging. Die Auffassung, daß Antifaschisten unangreifbar sind, sei „unter Marxisten indiskutabel“. Daraufhin wurde sie kalgestellt. Sie hielt dem Druck nicht lange stand. Im Februar 1950 beging sie Selbstmord.

In Thüringen fand sich – anfangs protegiert und gefördert – ein Ost-Pendant zur „Gruppe 47“ zusammen, junge, vom Krieg gezeichnete Frauen und Männer, die Texte besprachen und nach Worten

DDR war in der Tat ein „Archipel der Angst“.

Gewiß unterschied sich die Art der Unterdrückung in den sechziger Jahren und erst recht in den Siebziger und Achtzigern von der in der Frühzeit. Dennoch, die Abfolge aus zerstörten Karrieren, Bespitzelungen, verweigertem Studium, beschlagnahmten Texten, verhinderten Publikationen, Verhaftungen, Freikäufen durch die Bundesrepublik, die das Buch aufzählt, ist beklemmend bis zum Schluß.

Eine besonders auffällige Erscheinung war die Berliner Bildhauerin und Dichterin Evelyn Kuffel (1935–1978), die, von allen Publikationsmöglichkeiten abgeschnitten, die sukzessive Selbsterstörung als Protestform einsetzte. Schließlich an Kehlkopfkrebs erkrankt, präsentierte sie sich in der Öffentlichkeit mit den schwarz-violetten Bestrahlungskreuzen im Gesicht – als Todgeweihte.

Eigenwillig war auch die Dichtergemeinschaft „Das Holde Reich“, die sich um den Thüringer Rolf Schilling versammelte. Ihr gehörten Uwe Lammla, heute Inhaber des Arnshaugk-Verlags, und Joachim Werneburg an. Entschieden kehrten sie im Geiste der DDR den Rücken und spiegelten ihre Erfahrungen im Mythos, in der Geschichte und der Geologie. Das „Holde Reich“ war nach Schillings Worten sowohl real als auch abstrakt: „die Goldene Aue zwischen Harz und Kyffhäuser, wo der ganze Palimpsest von deutschem Mythos, Traum und Wahn zum Erbe gehört“. Für Werneburg wurde der Erfurter Domberg zu seiner Akropolis.

Es gibt aus dem Jahr 1938 einen schönen Satz von Anna Seghers über jung gestorbene, zugrundegegangene Dichter in Deutschland, „die an einem Zeit-Bruch zerbrechen, nicht zu klassischer Vollendung kommen“. Bei Christian Heckel, Jahrgang 1959, der sich seit 1990 Radjo Monk nennt, klingt das so: „Als ich später in der Bibel las: bis ins siebte Glied / werden die Sünden der Väter gesühnt von den / Kindern – da wußte ich, daß es ein Scheißjob ist, / Deutscher zu sein.“

Ines Geipel und Joachim Walther haben überzeugend Argumente für die Erweiterung und Neufassung der DDR-Literaturgeschichte geliefert. Ihr kluges, materialreiches, bewegendes Buch regt



Ines Geipel, Joachim Walther: Gesperrte Ablage. Unterdrückte Literaturgeschichte in Ostdeutschland 1945–1989. Lillienfeld-Verlag, Düsseldorf 2015, gebunden, 431 Seiten, 24,90 Euro

den, um ihr Schicksal darin zu fassen. Schon 1948 gerieten sie ins Visier der Verfolger, die ihnen unter anderem Spionage und Hetze vorwarfen. Mehrere von ihnen wurden verhaftet, starben im Zuchthaus an Tbc oder wurden irgendwann als Gebrochene entlassen. Der Rest der Gruppe wurde auf Kurs gebracht. Darunter findet man Namen, die später als Autoren oder Literaturwissenschaftler in der DDR Bedeutung erlangten wie zum Beispiel Harry Thürk als staatsstreuer „Ost-Konsalik“. Nachträglich versteht man besser, warum sie so und nicht anders schrieben.

Die Abfolge zerstörter
Karrieren ist beklemmend

Ein wahres Martyrium erlitt die Lyrikerin Edeltraud Eckert, die 1950, zwanzigjährig, mit anderen jungen Leuten festgenommen und von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde, weil sie mit der anti-kommunistischen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ in West-Berlin in Kontakt stand. Nach einigen Jahren durfte sie aufgrund guter Arbeitsleistung ihre Verse, die sie im Gedächtnis gespeichert hatte, in einem Heft niederschreiben. 1955 gerieten ihre Haare in eine Maschine, wobei die Kopfhaut großflächig abgerissen wurde. Einige Monate später starb sie an Tetanus. Die frühe

dazu an, sich eingehend mit der zehnbändigen „Verschwiegenen Bibliothek“ zu beschäftigen, die sie von 2005 bis 2009 herausgegeben haben.

Das Drehbuch schrieben
Amerikaner und Russen

Läßliche Fehler sollen hier nicht aufgezählt, als einziger Einwand aber die Frage aufgeworfen werden, ob der „Zeitbruch“, der die Tragik der unterdrückten Dichter bestimmte, scharf genug herausgearbeitet wurde. Das Buch enthält einen versteckten Hinweis auf ein Defizit: Ein Foto zeigt den amerikanischen Kulturoffizier Melvin J. Lasky auf dem Ersten Deutschen Schriftstellerkongreß 1947 im Gespräch mit der greisen Ricarda Huch. Im Text jedoch kommt Lasky überhaupt nicht vor, obwohl seine Rede, die scharfe Angriffe gegen die Sowjetunion enthielt, den Kongreß faktisch zum Scheitern brachte. Die sowjetischen Reaktionen waren nicht minder scharf. Fortan ging ein Ost-West-Riß durch die Versammlung, und die deutschen Schriftsteller waren auf eine Statistenrolle im Kalten Krieg verwiesen, dessen Drehbuch Amerikaner und Russen schrieben.

So gesehen waren Idealisten wie die arme Edeltraud Eckert, die sich mit der von der CIA finanzierten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ eingelassen hatte und mit dialektischer Folgerichtigkeit die Brutalität der Sowjets und ihrer SED-Satrapen auf sich zog, vom Weltgetriebe zerriebene Kiesel. Auch das gehört zu ihrer Unterdrückungsgeschichte.

Unterdrückte
DDR-Literatur

Das bei der Bundesstiftung Aufarbeitung angesiedelte und von ihr geförderte Archiv unterdrückter Literatur in der DDR erforscht und sammelt die unter der SED-Diktatur verschwiegene, verbotene, verfemte, verfolgte Literatur und macht sie durch Publikationen und Veranstaltungen zugänglich. [▶www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)



Anna Seghers neben Erich Honecker: Als Präsidentin des DDR-Schriftstellerverbandes eröffnete sie am 14. November 1973 in Ost-Berlin den VII. Schriftstellerkongreß

Jetzt neu in der Schriftenreihe der Bibliothek!

ERTRÄGE, Band 4:

Parviz Amoghli

Schaum der Zeit

Ernst Jüngers *Waldgang* heute

Mit einem Vorwort von Thor Kunkel

Paperback, 96 Seiten, 12 x 20 cm
ISBN 978-3-9814310-5-6

EUR 9,95

Hier erhältlich: bestellservice@bdk-berlin.org / Fax: 030-315 17 37 21

„Amoghli's fulminantes Essay hält mit jeder Zeile, was der Autor verspricht.“
Thor Kunkel

BIBLIOTHEK
DES
KONSERVATISMUSBibliothek des Konservatismus
Fasanenstraße 4
10623 BerlinTel. 030-315 17 37 0
Fax: 030-315 17 37 21
E-Mail: info@bdk-berlin.org
Web: www.bdk-berlin.org

Blick in die Medien

Lachen verboten!



Von Tobias Dahlbrügge

Satire darf alles? Nein, nur wenn sie staatstragend ist und die Richtigen veralbert. Das macht deutsches Kabarett so sterbenslangweilig. Was passiert, wenn Satire ausnahmsweise die Leitpläne überschreitet und den linken Stammschreier vor den Kopf stößt, zeigte die Sendung „Hallo Deutschland“.

Moderator Achim Winter machte sich in seinem Wochenrückblick im ZDF über die Amadeu-Antonio-Stiftung lustig. Die Propagandafirma hatte eine Broschüre veröffentlicht, die uns helfen soll, „rassistische Haßbeiträge“ zu erkennen.

„Ich rufe jetzt mal bei der Anetta Kahane an, die ist ja für jeden Tip dankbar.“

Nach den Kriterien der Verfasser ist zum Beispiel jede Sorge über die Flüchtlingskrise „rassistisch“. Die Broschüre ermuntert dazu, Online-Kommentare zu melden. Der Leser erfährt, besonders bei Witzen und Satire mißtrauisch zu sein. Mit der polizeilichen Durchsuchung von bundesweit 60 Wohnungen wegen „Haßkommentaren“ bekam der Leitfadens brisante Aktualität.

Winter interviewte Passanten auf der Straße. Diese äußerten sich ablehnend zur Verfolgung kritischer Internet-Postings. Der Moderator charakterisierte dies und die Vorsitzende Kahane hämisch. So sagte Winter am Ende: „Ich rufe jetzt mal bei der Kahane an, die ist ja für jeden Tip dankbar.“ Eine indirekte Anspielung auf ihre frühere Tätigkeit als Stasi-Spitzel.

Der Stiftungsrat protestierte umgehend beim ZDF gegen die Sendung! Der Beitrag sei „verstörend“ und habe die Organisation „schwer getroffen“. Vor allem, daß Winter die Aktivitäten der Stiftung als „Bespitzelung“ bezeichnete, ist für die „Haß“-Verfolger unerträglich. Der „Konfliktforscher“ Andreas Zick, der den Stiftungsrat leitet, beschwerte sich bei Redaktion, Intendant und Fernsehrat. Er forderte, die Sendung zu löschen.

Auf dem Mainzer Lerchenberg reagierten die Manager verunsichert und teilten vorausseilend mit, Winters freche Sprüche „spiegeln nicht die Haltung der Redaktion oder des ZDF insgesamt wider“. Ob der Satiriker wohl noch lange im ZDF zu sehen sein wird?

Griff ins Pokémonnaie

Nintendo: Der Erfolg von Pokémon treibt den Trend zum Computerspiel-Recycling auf die Spitze

HENNING HOFFGAARD

Zwei ratlose Männer* stehen in der Nähe der JF-Redaktion an einer Kreuzung und wedeln verzweifelt unter den Blicken irritierter Passanten auf ihren Smartphonebildschirmen herum. Kurz darauf stoßen noch drei Studenten dazu. Sie alle haben es auf etwas abgesehen, das in den vergangenen Jahren fast schon vergessen war: Pokémon.

Die japanischen Kampfmonster feiern 20 Jahre nach ihrem Debüt als Game-Boy-Spiel ein weltweites Comeback. Und was für eines. Allein in den Vereinigten Staaten wurde die neue von Nintendo entwickelte App „Pokémon Go“ innerhalb weniger Tage nach der Veröffentlichung mehr als eine Million Mal heruntergeladen.

Selbst das beliebte Dating- und Seitensprungportal „Tinder“ konnte da nicht mithalten. Mittlerweile liegt „Pokémon Go“ in fast allen Ländern auf Platz eins der Download-Ranglisten. Doch warum laden sich so viele Nutzer eine App herunter, in der sie 150 kleine japanische Kampfmonster finden, trainieren und später in Kämpfen antreten lassen? Die kurze Antwort lautet: Weil es Spaß macht.

Das Spielprinzip ist einfach. Sobald die App installiert wurde, schlüpfte der Spieler in die Rolle eines Pokémon-Trainers. Auf einer realistischen virtuellen Karte tauchen dann immer wieder verschiedene Monster auf, die je nach Stärke entweder sofort gefangen werden können, oder die zuvor mit eigenen Pokémon besiegt werden müssen.

Zudem findet der Nutzer von Zeit zu Zeit auch Eier, aus denen weitere Monster schlüpfen. Je mehr Kreaturen der Spieler besitzt oder besiegt, desto höher ist sein Level und neue Pokémon können gefangen werden. Werden die dann richtig gepflegt, entwickeln sie sich weiter. Hinzu kommen zahlreiche über die Welt verteilte „Pokéstops“, an denen nützliche Gegenstände versteckt sind.

Der Clou: Diese Punkte sind an real existierende Orte, Denkmäler oder Häuser gebunden. Das Spiel schafft es meisterhaft, Virtualität und Realität zu verknüpfen. Kommt der Spieler ein der Monster zu nahe oder will es fangen, wird von der Übersichtskarte auf



Taschenmonster in der realen Welt: Ein Pokémon-Phantasiewesen auf einem Tablet-Rechner in Berlin

die Handykamera umgeschaltet. Das Pokémon wird dann hineingeprojiziert.

Es sieht dann fast so aus, als stehe die Figur direkt vor einem – natürlich nur auf dem Handybildschirm. Grundsätzlich belohnt die App Spieler, die besonders viel unterwegs und oft online sind. Sammeln, Kämpfen, Forschen kombiniert mit gewitzten Handyinteraktionen.

Hysterische Kampagne als gerngesehene Begleitmusik

Das ist das Erfolgsrezept. Vor allem Jungs und Männer lassen sich so begeistern. Und Geld soll schließlich auch damit verdient werden. Im Spiel gibt es eine eigene Währung mit dem wenig kreativen Namen Pokémünzen. Die gibt es allerdings nur gegen echtes Geld. Die Preise sind hoch. 100 Pokémünzen, mit denen nicht viel gekauft werden kann, für 99 Cent.

Oder gleich 14.500 für 99,99 Euro. Für das Grundspiel wird das Geld nicht benötigt. Aber es spart viel Zeit und verschafft einige Vorteile. 14 Millionen Euro kassierte Nintendo innerhalb

der ersten Tage, in denen die App nur in den USA und zwei weiteren Ländern verfügbar war. Klingt bei einem Jahresumsatz von rund 4,5 Milliarden Euro nicht viel.

Und ist es auch nicht. Viel lukrativer für den japanischen Konzern ist, daß der Pokémon-Hype wiederbelebt wurde. Fanartikel, Filme, eine seit Jahren laufende Serie sind die eigentlichen Geldbringer. Sie werden voraussichtlich enorm profitieren. Zudem gewinnt der Konzern so auch wieder neue Anhänger. Nintendo war es in den vergangenen Jahren nach der Hochzeit um das Jahr 1998 nicht mehr so recht gelungen, die nachrückenden Jahrgänge für Pokémon zu begeistern. Das wird sich nun ändern und finanziell auszahlen.

Begleitet wird der Erfolg von „Pokémon Go“ derzeit von einer fast schon hysterischen Kampagne selbsternannter „Suchtexperten“, die eindringlich davor warnen, das Spiel könne abhängig machen. Daß Menschen besonders gerne Dinge tun, die ihnen Spaß machen, ist allerdings keine Neuigkeit und auch keine Gefahr. Jeder Nutzer muß selbst

*Darunter auch der Autor

Freundliche Artikel gab es kaum

„Bild“: Die Medien hätten den Fall Kachelmann besser zum Anlaß genommen, ihre Vorurteile auf den Prüfstand zu stellen

RONALD BERTHOLD

Die Medienbranche jubelt die Niederlage von Bild gegen den Wettermoderator Jörg Kachelmann wie einen Titelgewinn. Was ist passiert? Das Boulevardblatt muß den Kläger mit 512.785,66 Euro entschädigen, weil dessen Journalisten wiederholt die Persönlichkeitsrechte des 58jährigen verletzt haben.

Es ist eine herbe Schlappe, doch die Branchendienste rufen einen „guten Tag für die Pressefreiheit“ (Kress) aus

und einen „Pyrrhussieg“ (Meedia) Kachelmanns. Die Rechnung geht so: Kachelmann habe ursprünglich 2,25 Millionen Euro gefordert, das Landgericht hatte ihm in erster Instanz 635.000 Euro zugestanden, geblieben seien jetzt nur 395.000 plus Zinsen und Nebenkosten, eben jene runde halbe Million.

Die Reduzierung der Entschädigung und die Feststellung des Oberlandesgerichtes, Bild habe „keine Kampagne“ gegen den Prominenten geführt, werden zum Sieg des sauberen Journalismus umgedeutet. Das Gericht stellte aber fest, daß 26 Berichte der Springer-Zeitung

über Kachelmann falsch und persönlichkeitsverletzend gewesen seien. Die Journalisten haben den Moderator demnach auch viermal „vorverurteilt“.

Dem hält Meedia entgegen, Bild habe 800mal über Kachelmanns Prozeß berichtet, der Anteil der verletzenden und vorverurteilenden Texte liege also nur bei 3,25 Prozent. Eine eigenartige Rechnung.

Wenn umgekehrt über einen Journalisten 26 falsche Berichte veröffentlicht worden wären – wäre das dann auch nur eine Petitesse? Und vor allem: Fast 1.000 Artikel über eine Person in ei-

nem so kurzen Zeitraum: Das soll keine Kampagne sein? Ohne sich auf die Seite Kachelmanns schlagen zu wollen, muß die Frage erlaubt sein, wie viele der Bild-Artikel denn neutral oder positiv waren? Die Zahl tendiert gegen null. Die Berichterstattung war absolut einseitig. Auch ohne juristisch das Persönlichkeitsrecht verletzt zu haben, können journalistische Texte vernichtend für den Betroffenen sein.

Die Chance, sich selbstkritisch mit unseriöser Arbeit und dem Vertrauensverlust auseinanderzusetzen, wurde vertan.

Facebook knickt bei Skandalensperrung ein

WIEN. Facebook hat die Kontosperrung des Österreicher Felix Baumgartner nach nur einem Tag wieder rückgängig gemacht. Der Extrem-Fallschirmspringer und FPÖ-Sympathisant hat 1,5 Millionen Fans bei Facebook. Doch das Netzwerk unterstellte ihm, nicht der echte Felix Baumgartner zu sein, obwohl er eine Kopie seines Reisepasses an Facebook gefaxt hatte. Nach diversen Medienberichten wurde die Seite wieder freigegeben. Baumgartner sagte in einer Erklärung: „Es sieht so aus, als ob wir den politischen Eliten da draußen zu unbehaglich geworden sind.“ (rg)

Scribershub: Neues Angebot für Freiberufler

HAMBURG. Bislang konnte sich keine Plattform für die Vermittlung freier Journalisten durchsetzen – noch nicht einmal die kostenfreie Datenbank des Deutschen Journalisten-Verbandes. Scribershub will das nun ändern. Freiberufler auf der Suche nach neuen Aufträgen können sich dort kostenfrei anmelden. Sie müssen Textproben abliefern und werden verifiziert. Hinterher sollen Abokunden, also Auftraggeber, diese Daten zu sehen bekommen. Der Start steht unmittelbar bevor. Die Unternehmensgründerin Sabine Fäth (Ex-Chefredakteurin für die) glaubt eine Marktlücke gefunden zu haben. Sie schreibt: „Gerne hätte ich mein Netzwerk an freien Autoren ausgebaut, aber die Neuaufnahme per Mundpropaganda war oft mühsam, zeitaufwendig und nur mit viel Glück erfolgversprechend.“ (rg)

Leistungsschutzrecht ist für Verleger ein Flop

BERLIN. Drei Jahre nach seiner Einführung entpuppte sich das Leistungsschutzrecht (JF 8/13) aus Sicht der Verleger als kontraproduktiv. Die Verwertungsgesellschaft Media (VG Media), die Medienkonzerne gegen IT-Firmen wie Google vertritt, konnte nach Angaben des Nachrichtendienstes heise.de insgesamt nur 714.540 Euro an Einnahmen registrieren. Dagegen stehen Verfahrenskosten in Höhe von 3,3 Millionen Euro. Dabei hatten die Verleger gehofft, Google zu Millionenzahlungen zwingen zu können. Auf ihren Druck hin kam das Gesetz zustande, das Google zwingt, für bestimmte Verlinkungen zu bezahlen. Google änderte daraufhin seine Arbeitsweise und machte das umkämpfte Gesetz mit einem Federstrich wirkungslos. Es ist trotzdem weiterhin in Kraft. (rg)

» Gerüchte werden auf den neusten Stand gebracht, gelegentlich schmiedet man eine Intrige. «

TV-Legende Wolf von Lojewski über Journalistennetzwerke innerhalb der ARD

TV-Tip

Sonntag, 24. Juli, 21.35 Uhr, Arte

Tratsch und Totschlag

Französische Dokumentation über die englischsprachige Boulevardpresse, Paparazzi-Methoden und den Abhörskandal der britischen „Sun“.

Wie verändert die Digitalisierung unser Leben?

Wer informiert sich heute noch aus einer Tageszeitung? Die tages-, stunden-, minutenaktuellen Informationen zum Weltgeschehen werden von einer großen Mehrheit längst über das Internet aufgenommen. Möglich hat das die Digitalisierung von Schrift, Ton und Bild gemacht. Und die Entwicklung von Sende- und Empfangsgeräten für jedermann. So hat sich unser mobiles Telefon zu einem kleinen Computer entwickelt, der uns morgens die neuen Nachrichten liefert, die wir sofort über soziale Netzwerke im Internet weiterverbreiten und kommentieren können. Dafür muß kein Papier mehr bedruckt werden. Aber die Smartphones sind nur der Anfang. Längst gibt es Uhren und Brillen mit eingebautem Bildschirm. Wo wird die digitale Reise bei der Informationsverbreitung und Kommunikation hingehen?

Autoren bis 30 Jahre rufen wir auf: Schreibt eine Reportage darüber, wie die Digitalisierung euer Leben heute prägt, oder eine fiktive Reportage, wie wir im Jahr 2026 leben werden, mit maximal 8.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen)! Eure Texte schickt ihr als PDF-Datei an presse@jungfreiheit.de – wir sind auf eure Beiträge gespannt! Die ersten drei Gewinner werden beim Jungautoren-Seminar 2016 in Berlin ausgezeichnet.

Informationen: Dr. Bastian Behrens
E-Mail: presse@jungfreiheit.de
Tel.: 030 / 86 49 53 - 24

Einsendeschluß ist der 31. August 2016

Jetzt mitmachen und iPad gewinnen!

Die Preise

1. Preis: iPad Air 2 im Wert von 700 Euro und eine Einladung zum exklusiven JF-Jungautoren-Seminar vom 30.9. – 1.10.16 in Berlin (inkl. Anreise und Hotel)
- 2.-3. Preis: Einladung zum exklusiven JF-Jungautoren-Seminar vom 30.9. – 1.10.16 in Berlin (inkl. Anreise und Hotel), Jahresabo der JF (Druck- und Online-Ausgabe)
- 4.-5. Preis: Jahresabo der JF (Druck- und Online-Ausgabe)
- 6.-10. Preis: Ein Buchpaket im Wert von 60 Euro



JUNGAUTOREN WETTBEWERB 2016

Digitalisierung

Teilnehmer der Steubenparade, dem Festival unserer Landsleute in den Vereinigten Staaten, auf der Fifth Avenue in New York in bayerischer Tracht:
Knapp 43 Millionen US-Amerikaner bekennen sich zu ihrer deutschen Abstammung



Vom schöpferischen Einfluß des Deutschtums in Übersee und seinem Niedergang

Mehr als Hot dog

Von Elliot Neaman

Der erste Eindruck, den amerikanische Schulkinder von den Deutschen gewinnen, entsteht dann, wenn sie etwas über den schillernden Baron von Steuben erfahren – einen preußischen Offizier, der versetzt und 1778 von George Washington zum Generalinspekteur der Kontinentalarmee ernannt worden war.

Als der pedantische und in sich gekehrte Preuße in Amerika eintraf, der so gut wie kein Englisch sprach, befand sich dieses Heer in einem ziemlich chaotischen Zustand. Die Männer besaßen keine anständigen Uniformen, die Feldlager verfügten weder über sanitäre Einrichtungen noch über geregelte Raumaufteilungen. Er gab handschriftliche Exerzierreglements auf französisch heraus, die ins Englische übertragen und eingesetzt wurden, um die zusammengewürfelten Truppen in etwas umzuwandeln, das einer modernen Armee ähnlich sah. Seine Anweisungen für eine ordentliche deutsche Lagerordnung schuf die Vorlage für die amerikanischen Streitkräfte, die viele Jahrzehnte überdauerte.

Bis heute wird von Steuben bei den Septemberparaden in den amerikanischen Städten gefeiert, wohin Deutsche im 18. und 19. Jahrhundert emigriert waren. Die Paraden bieten den Deutschen eine Gelegenheit, zu Musik zu tanzen und viel Bier zu trinken, was sich mit weiteren Festivitäten bis Anfang Oktober fortsetzt. Die Steubenparaden bringen daher widersprüchliche Charakterzüge zum Ausdruck, die in Amerika ein hartnäckiges Stereotyp über die Deutschen begründet haben: einerseits seien sie disziplinierte und ordnungsliebende Menschen, die jedoch andererseits eine durchaus unberechenbare und sprunghafte Seite in ihrer Persönlichkeit hätten.

Stereotypen sind umfassende Verallgemeinerungen über eine gesamte Klasse von Menschen und als solche fast immer zu wenig differenziert, um aussagekräftig zu sein. Doch die Gegenüberstellung von ordentlich/diszipliniert/beherrscht zu ungezügelt/rastlos/streitlustig enthält durchaus einige Körnchen Wahrheit. Die alkoholabstinente lebenden deutschen Methodisten der Great Plains beispielsweise oder die Pennsylvania Dutch (eine falsche Übersetzung der Vokabel „deutsch“, die für amerikanische Ohren wie „dutch“ klingt), wie die Amischen, die Mennoniten, die Herrnhuter Brüdergemeinde und die Hutterer, waren gottesfürchtige, hart arbeitende Farmer, die dem Luxus und dem Tanz entsagten. Deutsche Farmer im Mittelwesten waren eher weniger risikofreudig, hielten strenge Organisationsreglements aufrecht und stellten sicher, daß ihre Ländereien innerhalb der Familie verblieben, so daß ihre Gemeinschaften auf einen überschaubaren Rahmen begrenzt und in gewisser Weise egalitär waren.

Auf der anderen Seite neigten die Deutschamerikaner dazu, den nordamerikanischen Moralisten (den „Yankee-Moralisten“) zu mißtrauen, die sie für zu puritanisch hielten. Im 19. Jahrhundert gab es starke Abstinenzbewe-

gungen, die ihren Höhepunkt während der totalen Prohibition in den 1920ern erreichten. Die Deutschamerikaner liebten ihre Biergärten und ihre Feste und betrachteten diejenigen, die Alkohol verbieten wollten, als unmittelbare Angreifer auf ihre Kultur.

Deutschamerikaner wählten stets eher liberalere politische Parteien, und es gab viele Leute, die sozialistische Kandidaten unterstützten. Nach der gescheiterten Revolution von 1848 wurde die amerikanische Arbeiterbewegung entscheidend von deutschen Einwanderern beeinflusst, die die Ideen von Karl Marx und der Gewerkschaften an die Gesteade Amerikas brachten. Seit Anfang der Republik waren Deutschamerikaner gegen die Einrichtung der Sklaverei angetreten und blieben bis zum Bürgerkrieg Abolitionisten, das heißt Gegner der Sklaverei. Als sich Ende des 19. Jahrhunderts der Anarchismus ausbreitete, schlossen sich nicht wenige Deutschamerikaner den gewalttätigen Revolutionären an. Nachdem jemand während des bekanntesten Arbeiterstreiks „Haymarket Riot“ von 1896 eine Bombe auf die Polizei in Chicago geworfen hatte, waren sechs der acht verhafteten und unter Anklage gestellten Anarchisten deutscher Herkunft.

Die Deutschamerikaner waren im 19. Jahrhundert mit Leib und Seele dabei, ihre Kultur zu bewahren, während sie sich gleichzeitig mühelos an die grundlegenden Trends assimilierten. Die meisten deutschen Immigranten waren Protestanten, wobei Lutheraner die Mehrheit ausmachten. Seit den 1820ern flüchteten viele deutsche Juden aus Bayern, Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen vor Verfolgung und siedelten sich an der Ostküste, aber auch in New Orleans, Chicago und San Francisco an. Deutsche Katholiken begannen etwa um dieselbe Zeit zu siedeln, blieben jedoch eine Minderheit. Wolgadeutsche entkamen der Verfolgung durch die russischen Zaren, die sie zur Assimilation zwingen wollten. Sie ließen sich in den Landwirtschaftszonen von Kansas, Nebraska und Nord- und Süd-Dakota nieder.

Die deutschen Einwanderer, die ihre handwerklichen Fähigkeiten, ihr technisches und ihr künstlerisch-musisches Können in städtische Gebiete mitbrachten, spielten eine große Rolle bei der Herausbildung der amerikanischen Alltags- und Hochkultur.

In jeder dieser Regionen gründeten die Deutschamerikaner öffentliche und private Schulen, um ihre Sprache zu erhalten, sie errichteten Kirchen und gründeten die verschiedensten Arten von Vereinen, und sie gaben deutsche Zeitungen heraus – bis Ende des 19. Jahrhunderts mehr als 800, darunter die angesehene

Was ist heute deutsch?

JF-Serie (4)

Zeiten der Krise und des Umbruchs rufen nach Selbstvergewisserung. Die Frage der Identität wird wieder drängend. Die Auseinandersetzung darüber, was denn das spezifisch Deutsche sei, kann zur Prüfung der Bestände, zu Selbstvergewisserung und Erneuerung führen. Die JF setzt in dieser Ausgabe mit einem Essay des Geschichtswissenschaftlers Elliot Neaman über die prägende Kraft des amerikanischen Deutschtums die Artikelserie fort, die in Ausgabe 23/16 begann und seither Politik, Kultur und Wirtschaft behandelte. In Nr. 34/16 folgt an dieser Stelle ein Essay von Thomas Fasbender. (ru)

New Yorker *Staatszeitung* sowie in Chicago die *Staats-Zeitung* von Illinois.

Was viele Menschen für typische amerikanische kulturelle Eigenheiten und Ausdrucksweisen halten, kann nicht vom Einfluß deutscher Emigranten getrennt werden. Der klassische „amerikanische“ Hamburger entstand als einfache Boulette, die von Matrosen eingeführt wurde, die sie in Hamburg gegessen hatten. Hot dogs waren natürlich durch die große Produktvielfalt inspiriert, die deutsche Würsthersteller mit sich nach Amerika brachten. Die amerikanische „Pretzel“ wurde seit etwa 1850 von deutschen Bäckern in Pennsylvania serienmäßig hergestellt.

Amerika ist schon immer ein Land der Erfinder und Denker gewesen. Die deutschen Einwanderer, die ihre handwerklichen Fähigkeiten und ihr technisches Know-how in städtische Gebiete mitbrachten, spielten eine große Rolle bei der Herausbildung derartiger kultureller Gewohnheiten. Deutsche Brauer gründeten die meisten der größten amerikanischen Brauereien.

Die unzähligen Bürgergesellschaften, Clubs und Organisationen, die Tocqueville an der Neuen Welt so bewunderte, wären auf amerikanischem Boden ohne deutschen Einfluß nicht vorangekommen. Die etwa Mitte des 19. Jahrhunderts aufgebauten Turnvereine beispielsweise hatten eine entscheidende Auswirkung auf die Ausbreitung von sowohl Sportligen als auch Bürgerwehren. Fast die Hälfte aller „Turner“ kämpfte im Bürgerkrieg. Die amerikanische Hochkultur wurde von den Deutschen ebenso stark beeinflusst. Die ersten amerikanischen Symphonien, Opern und Musikvereine wurden einzig durch die außergewöhnlichen Begabungen deutscher Musiker und Sänger ermöglicht.

Das goldene Zeitalter dieser fruchtbaren deutsch-amerikanischen Verbindung fand mit dem Ersten Weltkrieg ein ab-

ruptes Ende. Die deutschen Kommunen wurden verdächtigt, zu viele Sympathien für den Kaiser und für deutsche Kriegsziele zu haben. Nahezu 50.000 deutsche „Ausländer“ wurden in eine Beobachtungsliste des Justizministeriums aufgenommen, und 1917 kamen 4.000 von ihnen in Haft. Im ganzen Land wurden Deutsche angegriffen oder gelyncht. Orchester feuerten ihre deutschen Dirigenten und ersetzten in ihren Konzertprogrammen Wagner, Beethoven und Mozart durch französische Komponisten. Städte und Gemeinden tauschten ihre deutschen Namen durch patriotische Benennungen aus. Deutschen Schulen wurde untersagt, Deutsch für den Unterricht zu verwenden.

Dann wurde es noch schlimmer. Von den vielen abscheulichen Dingen, die die Nazis taten, um die deutsche Kultur zu zerstören, war eines der schlimmsten, daß sie zwischen 1931 und 1940 Ströme von Menschen ins Exil zwangen. Durch Verfolgung und Terror verlor das Land viele seiner berühmtesten Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler. Etwa 430.000 Deutsche, darunter viele Juden, emigrierten zwischen 1919 und 1933 in die Vereinigten Staaten. Weitere 130.000 verließen Deutschland zwischen 1933 und 1945.

Diejenigen, denen die Einreise gestattet wurde, fanden in Amerika zwar ein vorläufiges Zuhause, doch es wurde ihnen oftmals Mißtrauen und Abneigung entgegengebracht. 1940 wurden 300.000 in Deutschland geborene Einwohner dazu gezwungen, sich bei der US-Bundesregierung zu registrieren. Sie unterlagen Reisebeschränkungen und mußten besondere Personalausweise mit sich führen. Zuweilen wurde ihr Eigentum konfisziert. Ein Gesetz aus dem Jahr 1798, der Alien Enemy Act, wurde herangezogen, um zwischen 1940 und 1948 fast 11.000 deutsche Bürger einzusperren.

Das öffentliche Bild über die Deutschen ist unspezifisch und klischeehaft. Fragt man Amerikaner, was ihnen zu Deutschland einfällt, kommen den meisten Vorstellungen von Bayern in den Sinn, dazu Lederhosen, Bierkrüge und dralle Fräuleins in festlichen Kleidern.

Deutschamerikaner änderten scharfweise ihre Namen und verheimlichten ihre Volkszugehörigkeit. Dennoch bestand ein Drittel der Streitkräfte, die gegen die Nationalsozialisten kämpften, aus Deutschamerikanern. Nachdem der Krieg zu Ende war, landeten viele heimatvertriebene Deutsche als Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten.

Jahrzehnte vergingen, bevor sich die Deutschamerikaner sicher genug fühlten, um ihre Traditionen festlich zu begehen. 2014 gab es mehr Amerikaner,

die sich von ihrer Abstammung her als deutsch identifizieren als mit irgendeiner anderen ethnisch-linguistischen Gruppe – nämlich annähernd 43 Millionen. Und trotzdem ist vieles von dem reichen deutschen Erbe für immer verloren. Nur etwa rund eine Million Amerikaner sprechen zu Hause deutsch. Viele, die sich selbst als jemand mit deutscher Abstammung bezeichnen, haben keine familiären, sprachlichen oder kulturellen Beziehungen mehr zur deutschen Heimat.

Das Bild über die Deutschen und über Deutschland in der Öffentlichkeit ist ebenso unspezifisch wie klischeehaft. Fragt man Amerikaner, was ihnen einfällt, wenn sie „deutsch“ sagen, kommen den meisten wohl Vorstellungen von Bayern in den Sinn, dazu Lederhosen, Bierkrüge und dralle Fräuleins in festlichen Kleidern. Es ist amüsant und bezeichnend zugleich, daß die meisten Amerikaner nicht den Insiderwitz über eines der meistverkauften deutschen Biere verstehen, das als „St. Pauli Girl“ vermarktet wird. Nur wenige wissen, daß das Bier nach dem Rotlichtbezirk in Hamburg benannt ist.

Daß Donald Trump einen deutschen Vorfahren hat, ist bei dem aktuellen Präsidentschaftswahlkampf kaum bekannt und auch nicht wichtig. Außer in einem negativen Sinn. Ein Kolumnist der *New York Times*, Timothy Egan, kritisierte Trump kürzlich scharf dafür, einen in Indiana geborenen Bundesrichter, der jedoch mexikanischer Abstammung ist, als „nicht kompetent“ bezeichnet zu haben, bei einer Sammelklage im Zusammenhang mit seiner nunmehr nicht mehr bestehenden „Trump University“ zu entscheiden. „Setzt man diesen Maßstab an“, schrieb Egan, „dann ist Trump ein Deutscher mit einem Großvater aus Kallstadt.“

Tatsächlich bestritt Trump früher, deutsche Vorfahren zu haben, und behauptete, daß sein Großvater Schwede war (die mütterliche Linie ist schottisch). Irgendwann gab er seine deutschen Erbanlagen zu und diente sogar 1999 als „Grand Marshall“ bei der Steubenparade in New York.

Trumps ambivalentes Verhalten in bezug auf seine deutsche Abstammung spricht Bände über die von so vielen Deutschamerikanern wahrgenommene gestörte Beziehung zur Vergangenheit. Nur wenige Amerikaner hätten heute ein Problem damit, die Vorzüge eines deutschen Geschirrspülers oder eines deutschen Autos zu preisen (trotz des VW-Skandals), doch darüber hinaus ist die persönliche Beziehung zu Deutschland von Unschlüssigkeit geprägt. Die Deutschen sagen ja über sich selbst, Deutschland sei „ein schwieriges Land“ mit einer sogar noch schwierigeren Vergangenheit. Dieses belastete Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Kultur und Geschichte bestätigt sich nicht nur in Europa, sondern auch jenseits des Atlantiks.



Prof. Dr. Elliot Neaman, Jahrgang 1957, lehrt seit 1993 Kultur-, Geistes- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität von San Francisco. In den achtziger Jahren absolvierte er ein Magisterstudium an der Freien Universität Berlin. Seine Magisterarbeit betreute Ernst Nolte.



Die Schlagkraft der Maschinen

Im Ersten Weltkrieg forderte die Kriegführung den Zugriff auf alle wirtschaftlichen Reserven der Staaten



INDUSTRIELLER KRIEG

JF-Serie (2)

Spätestens 1916 zeichnete sich mit den großen „Materialschlachten“ bei Verdun (Februar bis Dezember) und der Anfang Juli gestarteten britisch-französischen Großoffensive an der Somme (bis November) ab, daß die Kriegführung nicht mehr allein von der Quantität und Qualität der militärischen Kämpfer abhing, sondern sich vielmehr auf die industrielle Potenz der kombatanten Staaten stützte. Zum 100. Jahrestag der Somme-Schlacht startete die JF eine dreiteilige Serie über die Bedeutung der wirtschaftlichen Grundlagen für die Kriegführung.

DAG KRIENEN

Die europäischen Großmächte hatten 1914 nur wenige wirtschaftliche Vorbereitungen für einen Kriegsfall getroffen. Großbritannien war allerdings gemäß alter Tradition als Seemacht von Anfang an zum „Wirtschaftskrieg“ entschlossen: Die Mittelmächte sollten durch eine möglichst strikte Blockade von allen auswärtigen Zufuhren abgeschnitten und wirtschaftlich erdrosselt werden.

Die deutsche Seite reagierte rasch. Noch im August 1914 wurde im preußischen Kriegsministerium die „Kriegsrohstoffabteilung“ gebildet, die zum Ausgangspunkt der staatlichen Organisation der Rohstoffversorgung und -verteilung im Ersten Weltkrieg werden sollte. Sie trieb in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auch den Ausbau von Ersatz-Industrien voran. Am erfolgreichsten war sie bei der Gewinnung von Stickstoff aus der Luft, die die ausfallenden Salpeterminerale aus Chile ersetzte und für die Produktion von Spreng- und Schießpulver von größter Bedeutung war. Andere Arten von „Ersatz“, zum Beispiel für Gummiereifen oder Leder, waren von geringerer Qualität, doch gelang es Deutschland, die Rohstoffversorgung der Industrie bis zuletzt weitgehend zu sichern.

Bei der Lebensmittelversorgung war dies nicht der Fall. Hier setzten die Maßnahmen zu spät ein. Das Deutsche Reich hatte bis 1914 agrarische Überschüsse produziert. Zu lange wurde ignoriert, daß diese in erheblichem Umfang auf der Einfuhr von Düngemitteln und Viehfutter beruht hatten. Ernterückgänge, fehlende Einfuhren und Arbeitskräfte sowie überlastete Eisenbahnen führten ab 1916 zu einer andauernden Unterversorgung der Zivilbevölkerung.

Im Zeitalter einer prinzipiell liberalen Wirtschaftsgesinnung und unterstützt von der Hoffnung, eine schnelle Kriegsentscheidung herbeiführen zu können, gab es 1914 ansonsten weder bei den Mittelmächten noch bei ihren Gegnern Bemühungen zu einer Gesamtmobilisierung der Industrie oder gar zu einer staatlichen Wirtschaftslenkung. Die Streitkräfte aller Mächte hatten gewisse Mengen an Reservematerial eingelagert, um die mobilisierten Reservisten auszurüsten, und auch einige Munitionsvorräte für den ersten Kriegsverbrauch angelegt. Zur Deckung des weiteren Verbrauchs und als Ersatz für kriegsbedingte Ausfälle erteilten sie nach Kriegsausbruch zusätzliche Aufträge an die vorhandenen Rüstungsfirmen. Eine Einbeziehung von bislang rüstungsfernen Betrieben aus anderen Wirtschaftszweigen in die Munitions- und Waffenindustrie fand hingegen zunächst nirgends statt.

Großbritannien mobilisierte zuerst die gesamte Industrie

Doch bald erwiesen sich diese hergebrachten Verfahren aufgrund des immensen Verbrauchs der Millionenheere als unzureichend. Allein in den wenigen Tagen der Marneschlacht im September 1914 wurde mehr Munition verbraucht als im gesamten Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71. Munitionsknappheit stellte sich auf allen Seiten ein und trug dazu bei, daß Ende 1914 im Westen der Krieg zum Stellungskrieg wurde, mit vielen relativ ruhigen Frontabschnitten und zunächst nur wenigen, kurzen Offensiven.

Die Behebung der „Munitionskrise“ wurde für alle Mächte zu einem zentralen Problem. Die Stickstoffsynthese und die Größe seiner chemischen Industrie halfen Deutschland dabei, dieses Problem ohne zusätzliche Mobilisierung der Wirtschaft zu bewältigen. Briten und Franzosen behielten sich zum einen durch die Vergabe von Produktionsaufträgen für Munition an die US-amerikanische Industrie. Im britischen Fall erwies sich auch das als unzureichend, da das Land in Friedenszeiten, anders als im Falle der Marine, nur ein kleines Heer und eine entsprechend kleine Rüstungsindustrie unterhalten hatte.

Großbritannien ging deshalb als erstes dazu über, in großem Stile auch branchenfremde Betriebe in seine Rüstung einzuschalten. Im Juni 1915 entstand ein Munitionsministerium, das in Kooperation mit Unternehmern und Gewerkschaften eine umfassendere wirtschaftliche Mobilisierung betrieb und Maßnahmen zur Lenkung der Arbeitskräfte traf. Frankreich mußte für Ersatz für seine im Herbst 1914 zum größten Teil unter deutsche Herrschaft gekommene Schwerindustrie in den nördlichen Regionen um Lille und Longwy sorgen.

Das von Zufuhren weitgehend abgeschnittene Rußland verharnte lange Zeit im alten Trott und konnte so die Versorgung seiner zahlenmäßig überlegenen Heere mit Waffen und Munition nicht sicherstellen, was zu den schweren

Niederlagen und Rückzügen im Jahre 1915 beitrug. Erst 1916 gelang es dort, weitgehend auf der Basis der Selbstorganisation der Industriellen, die Produktion von Waffen und Munition erheblich zu steigern, so daß das Land in diesem Jahr noch einmal zur Offensive übergehen konnte. Diese wirtschaftliche Mobilisierung ging allerdings zu Lasten der Versorgung der einfachen Arbeiter und Bauern, mit den bekannten Folgen im Jahre 1917.

Die Größe und Leistungsfähigkeit ihrer Schwer- und Chemieindustrie hatte den Deutschen bis Ende 1915 sogar eine leichte rüstungsmäßige Überlegenheit über ihre Gegner gesichert, nachdem die Frage der Rohstoffversorgung gelöst worden war. Erst der Schock der großen Materialschlachten bei Verdun und an der Somme im Jahre 1916 führten zu einer Mobilisierung der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. Das Hindenburg-Programm vom August 1916 sah eine gewaltige Steigerung der Produktion aller Waffen vor; das im November 1916 eingerichtete oberste „Kriegsamt“ im Kriegsministerium sollte nun alle wichtigen Bereiche von der Rohstoffbewirtschaftung, Arbeitskräfteverteilung, militärischen Personalrekrutierung und militärischen Beschaffung zentral lenken.

Das in Absprache mit den Gewerkschaften erlassene „waterländische Hilfsdienstgesetz“ vom Dezember 1916 statuierte eine allgemeine Dienstpflicht aller nicht im Militärdienst stehenden Männer vom 17. bis zum 60. Lebensjahr in der Rüstungsindustrie. Deren Produktion wurde durch die Einbeziehung

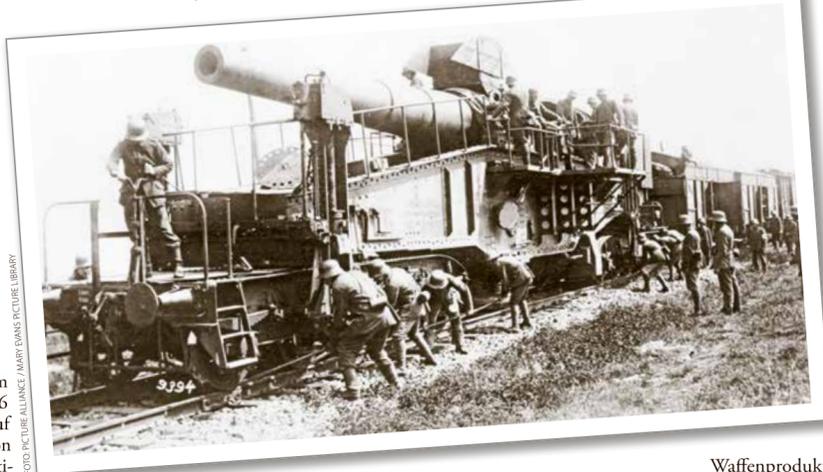


FOTO: PICTURE ALLIANCE / MARIO DUANS / PICTURE LIBRARY

Deutsches Eisenbahngeschütz an der Westfront: Bis Ende 1915 hatte das Reich sogar leichte rüstungsmäßige Überlegenheit

te, bevor die amerikanische industrielle Übermacht vollständig in eine riesige

Waffenproduktion umgesetzt werden konnte. Das trug dazu bei, daß im Zweiten Weltkrieg die Produktionskraft der USA von Deutschen und Japanern 1941 sträflich unterschätzt wurde.

Deutschlands Niederlage 1918 war so weniger die Folge einer absoluten feindlichen Überlegenheit an Waffen und Munition, auch wenn eine solche sich in der Schluphphase des Krieges bemerkbar zu machen begann. Wichtiger waren jene Belastungen, mit denen der bis zuletzt durchaus beachtliche deutsche Waffenausstoß erkaufte werden mußte. Diese wirkten sich schon bei der zunächst erfolgreichen deutschen Frühjahrsoffensive 1918 aus. Es war oft weniger der Widerstand britischer Soldaten als der von den erbeuteten britischen Vorratslagern auf die ausgehungerten deutschen Truppen ausgehende Reiz, der ihren Vormarsch verzögerte.

Der Krieg endete, als im Herbst 1918 die OHL einsah, daß die personelle und nun auch materielle Überlegenheit der Feinde immer weiter wachsen würde und die Lage Deutschlands in Zukunft nur noch schlechter werden konnte. Ludendorff drängte zum Abschluß eines Waffenstillstandes, bevor die sich ständig verschlechternden Machtrelationen zu einer totalen militärischen Niederlage führen würden. Erst danach brach in der Heimat die Bereitschaft zusammen, weitere Opfer und Entbehrungen für einen eingestandenermaßen nicht mehr erfolgreich zu beendenden Krieg zu ertragen.

aller geeigneten Betriebe in die Waffen- und Munitionsfertigung erheblich vergrößert, während nicht kriegswichtigen Betrieben Arbeiter, Rohstoffe und Werkzeugmaschinen rigoros entzogen wurden. Das Hindenburg-Programm stellte indes kein sorgfältig geplantes Gesamtprogramm dar, das die Verwendung der vorhandenen Ressourcen und die Bedürfnisse der unterschiedlichen Bereiche unter Berücksichtigung auch des zivilen Bedarfs sorgfältig aufeinander abstimmt. Es war viel zu stark von der Idee einer militärischen Kommandowirtschaft geprägt.

Die Oberste Heeresleitung (OHL) wollte durch eine umfassende Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ein Maximum an Rüstungsleistungen erzielen und verkannte die andersartigen Funktionsgesetze von Wirtschaft und Gesellschaft. Die beachtlichen, wenn auch nicht die Planzahlen erreichenden Erfolge bei der Waffenproduktion wurden deshalb mit immer neu auftretenden Knappheiten und Fehlallokationen in anderen Bereichen bezahlt. Als entscheidende Engpässe erwiesen sich das vernachlässigte Eisenbahnwesen sowie die Nahrungsmittelversorgung und -verteilung. Die Bereitschaft der immer stärker überforderten, unter Hunger und Unterversorgung leidenden Arbeiter und einfachen Leute, die Kriegsanstrengungen mitzutragen, wurde so untergraben.

Entschieden wurde der Krieg allerdings militärisch durch die wachsende Überlegenheit der Westmächte und die immer effektiver gehandhabte Blockade. Schon kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hieß es, daß die Alliierten auf einer Woge von (amerikanischem) Öl zum Siege geschwommen wären. Tatsächlich war der freie Zugriff der seeherrschenden westeuropäischen Mächte auf die wirtschaftlichen Ressourcen Nordamerikas von großer Bedeutung gewesen, um ihre Rüstung in die Höhe zu bringen und zugleich die Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen.

Ausweglos wegen materieller Überlegenheit der Feinde

Ihre Aufträge hatten schon vor dem Kriegseintritt der USA der dortigen, ursprünglich nur kleinen Rüstungsindustrie zu einem gewaltigen Aufschwung verholfen. Nach der Kriegserklärung US-Präsident Woodrow Wilsons im April 1917 bildete dieser die Basis für eine weitere wirtschaftliche Mobilisierung, die allerdings ihre Zeit brauchte. Anders als im Zweiten Weltkrieg lieferten im Ersten die USA ihren Verbündeten Waffen nicht in überwältigender Menge. Im Gegenteil: Die in Europa angelandeten amerikanischen Truppen wurden zunächst noch mit britischen und französischen Flugzeugen, Tanks und Geschützen ausgerüstet. Der Krieg ende-

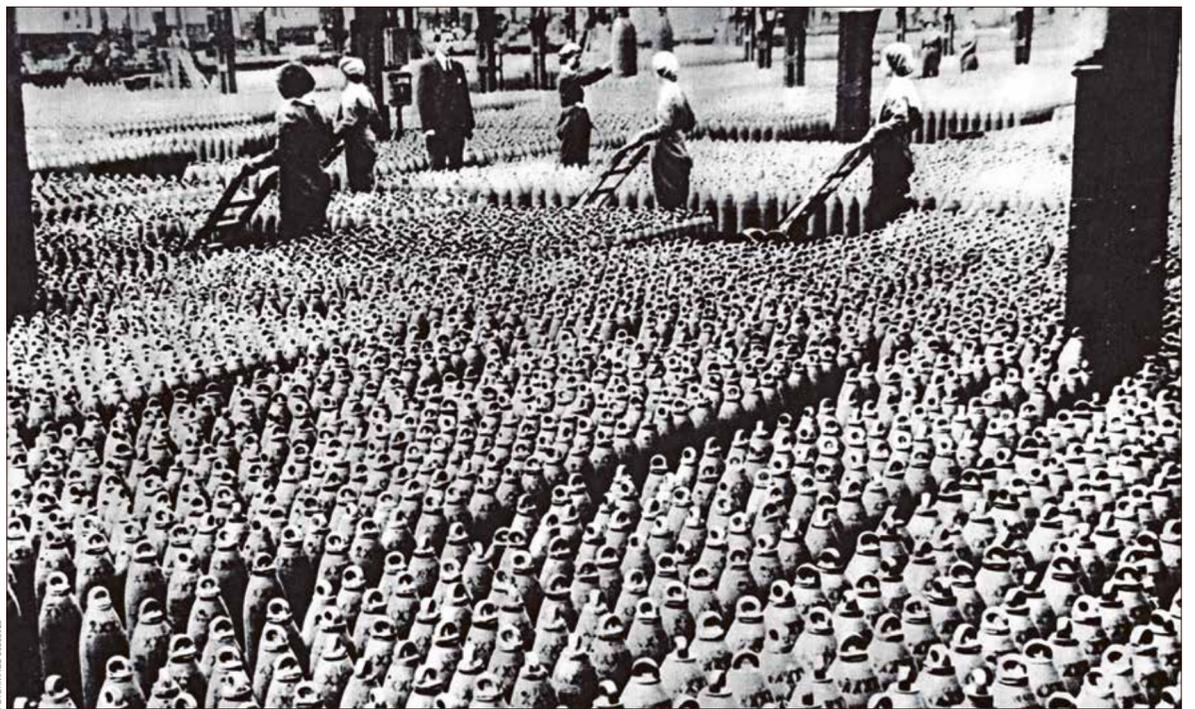


FOTO: HAKO / GEBROUX

Granatenfabrikation im Londoner Woolwich Royal Arsenal während des Ersten Weltkriegs: Freier Zugriff auf die Ressourcen Nordamerikas

Die Wissenschaftswüste zwischen Kairo und Kapstadt Afrika ohne Forschungskultur

Ein Jahr nach Ausrufung der „Willkommenskultur“ gelten alle im Sommer 2015 genährten Hoffnungen über „Flüchtlinge“ als Fachkräfte oder kulturelle Bereicherer als widerlegt. Soweit der Stand von Wissenschaft und Forschung ein Gradmesser für das durchschnittliche Bildungsniveau einer Bevölkerung ist, hätte schon ein Blick auf Afrika solche Illusionen damals gar nicht erst ins Kraut schießen lassen dürfen. Zwischen dem Senegal und Nigeria, den Hauptkernregionen des afrikanischen Migrantstroms, besucht ein Drittel der Kinder keine Schule, nur vier Prozent der Heranwachsenden eine Universität. Auf eine Million Afrikaner entfallen 79 Wissenschaftler. In den USA sind es 4.500. In Afrika, so referiert

Claudia Christina Wolf (Bild der Wissenschaft, 7/2016) die Statistik, findet nur 1,1 Prozent der weltweiten Forschung statt, davon das Gros in den von Weißen aufgebauten Laboren und Instituten Südafrikas. Eine „Forschungskultur“ habe sich bisher nirgends entwickelt. Korruption, Armut und politische Instabilität hätten alle 54 Staaten des Kontinents daran gehindert, wie in der Afrikanischen Union vereinbart, ein Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Forschung zu investieren. Daher müssen sie jährlich vier Milliarden Dollar ausgeben, um, wie bei der Ebola-Krise, Experten von außerhalb anzuheuern. (wm)

www.wissenschaft.de

Selbstdenkende Köpfe verzweifelt gesucht: Kaum jemand „quer zum Mainstream“ Bröckelnde Innovationskultur

Seit drei Jahren können sich Nachwuchsforscher aus den Geistes-, Natur- und Lebenswissenschaften bei der VW-Stiftung um ein Stipendium aus dem Programm „Freigeist“ bewerben. Voraussetzung dafür ist die Präsentation eines „außergewöhnliche Perspektiven“ eröffnenden, „quer zum Mainstream etablierter Forschungsfelder“ liegenden, eine „besondere Forscherpersönlichkeit“ verratenden Projekts. Wie die Stiftung in einer Zwischenbilanz jetzt mitteilt (Deutsche Universitäts-Zeitung, 7/2016), stieg zwar die Bewerberzahl von 113 (2013) auf 178 (2016), aber wirklich innovative Anträge seien selten gewesen, so daß bisher nur 19 Bewerbungen erteilt werden konnten. Die meisten Projekte bewegten sich auf ausgetretenen

Pfaden. Allzuviel Konventionelles treibe auch der „Drittmitteldruck“ zu den „Freigeistern“, der sich bei der DFG oder anderen, ebenso stark Modethemen fördernden Stiftungen, nicht entladen konnte. Offenbar fehlt es im deutschen Wissenschaftsbetrieb, vor allem in den auf politische Anpassung trainierten Geistes- und Sozialwissenschaften, inzwischen an Selbstdenkern. Bei VW glaubt man indes, es läge an den zu „konservativ“ wertenden Gutachtern des Programms. Sie will man ausgerechnet durch Promotoren des Konformismus ersetzen: „Akteure“ aus den Reihen von Nichtregierungsorganisationen. (wm)

www.duz.de



Historisches Kalenderblatt

24. Juli 1916: Nach der Befreiung Warschaws von der russisch-zaristischen Fremdherrschaft durch deutsche Truppen im Sommer 1915 tritt erstmals seit 1831 ein aus allen bestehenden Parteien Polens Vertreter Stadtrat zu seiner Eröffnungssitzung zusammen.

Neue Freiräume für B.A.-Studenten in Sicht

BONN. Heftige Kritik an dem mit der „Bologna-Reform“ eingeführten Bachelorstudium hat es von Anfang gehagelt. Über 15 lange Jahre hinweg änderte sie am unbefriedigenden Status quo nichts. Erst in diesem Jahr haben Kultusminister- sowie Hochschulrektorenkonferenz eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die im September Reformvorschläge präsentieren wird (*Forschung & Lehre*, 6/2016). Darin werde man empfehlen, wie die „Inflation von Bestnoten“ einzudämmen und eine bessere Vergleichbarkeit der Abschlusszeugnisse zu erreichen sei. Mit diesen Korrekturen komme man Forderungen der Wirtschaft entgegen, während andere Verbesserungen die Studenten von den Zwängen der Verschulung befreien sollen. Durch neue Freiräume und Wahlmöglichkeiten sowie den Abbau der Detailregelungen lasse sich das Studium wieder flexibler gestalten. www.forschung-und-lehre.de

Jenseits des IS-Gebietes: Fundgrube Gird Lashkir

BARCELONA. Das irakische Kurdistan mit seiner äußerst reichen Geschichte zählt zu den interessantesten Forschungsregionen des Mittleren Ostens, war jedoch für Archäologen lange Zeit unzugängliches Terrain. Welches Potential diese Region bietet, zeigte sich jetzt anlässlich der Ausgrabungen eines spanischen Teams von der Autonomen Universität Barcelona in Gird Lashkir nahe der Provinzhauptstadt Erbil. Der vier Hektar große Siedlungshügel mit Sedimentschichten von 14 Metern Dicke birgt Zeugnisse aus der jungsteinzeitlichen Ubaid- und Halaf-Periode (6000 bis 4500 v. Chr.) sowie der Uruk-Periode (4000 bis 3100 v. Chr.) und späteren Epochen bis hin zur Zeit des Neassyrischen Reiches (911 bis 605 v. Chr.). Dadurch kann der gesamte Verlauf der städtischen Entwicklung in Mesopotamien seit seinen frühesten Anfängen an einem einzigen Ort dokumentiert werden (Mitteilung der Universität Autònoma de Barcelona vom 24. Juni 2016). Angesichts dessen bleibt zu hoffen, daß Gird Lashkir nicht in den Machtbereich des Terrorkalifats des IS gerät. (wk) www.uab.cat

Erste Sätze

Sie führen in der Staniza bei durchsichtiger Morgenröte los, als im ersten Sonnenlicht der ganze Grat, leuchtend weiß mit blauen Vertiefungen, erreichbar nahe stand, jede Kerbe sichtbar, so nahe, daß ein Unerfahrener hätte meinen können, in zwei Stunden dort zu sein.

Alexander Solschenizyn:
August Vierzehn. Roman.
Darmstadt 1972

Fast die gleiche Soße in Rot

Totalitarismus in Sachsen zwischen Stalingrad und der Gründung der DDR: Ein Sammelband des Hannah-Arendt-Instituts

JÜRGEN W. SCHMIDT

In der Schriftenreihe des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT) ist soeben ein Sammelband mit 28 historischen Aufsätzen erschienen (Band 60), welchen ein Redaktionskollektiv, geschart um den rührigen stellvertretenden Direktor des HAIT in Dresden, Clemens Vollnhals, publizierte. Es geht in allen Aufsätzen um Sachsen in den Jahren von 1943 bis 1949, als sich die zwölfjährige Diktatur des Nationalsozialismus ihrem Ende zuneigte und sich gleich nach der alliierten Besetzung eine neue, dreimal so lange Diktatur, diesmal der Kommunisten, anbahnte.

Die ersten Aufsätze des Bandes zeichnen ein vielgestaltiges Bild Sachsens unter dem zusammenbrechenden Nationalsozialismus. Der geltungssüchtige sächsische Gauleiter Martin Mutschmann entwickelte sich hierbei zum „Reisekaiser“, um in fortwährender Agitation und Propaganda seine sächsischen Untertanen auf den Endsieg einzuschwören. Daneben wehrte der in Sachsen als „König Mu“ verspottete Mutschmann erfolgreich den Reichsführer SS Heinrich Himmler ab, der Sachsen stärker unter seinen persönlichen Einfluß zu bringen gedachte. Die der NS-Zeit gewidmeten Aufsätze heben die wichtige Rolle der hochentwickelten Industrie- und einer reichen Forschungslandschaft hervor.

„Befreiung vom Faschismus“ von Terror begleitet

Als Sachsen bei Kriegsende 1945 im Westen durch die Amerikaner und im Osten durch die Sowjetunion besetzt war, begann man sich seitens beider Mächte am Wissenschaftlerpotential in Leipzig und Dresden großzügig zu bedienen, und dies betraf, wie Nadin Schmidt in einem aufschlußreichen Aufsatz beschreibt, beileibe nicht allein die Sondergebiete der Atom- und Raketenforschung. Mit welchem Terror unter der Zivilbevölkerung sich die „Befreiung vom Faschismus“ in Sachsen vollzog, das geht ganz nebenbei aus dem Aufsatz über „Diktaturdurchsetzung“ in den beiden Landkreisen Liebenwerda und Schweinitz von Sebastian Rieck hervor.



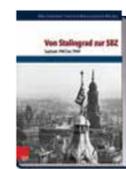
Der sächsische Innenminister Kurt Fischer (Gruppe Ulbricht) bei einer Bodenreform-Veranstaltung in Helfenberg bei Dresden im September 1945: Stalinistisches Gesellschaftsmodell im Blick

Wie beide Besatzungsmächte, Sowjetunion und USA, in der Zeit zwischen der Kapitulation am 8. Mai 1945 und dem in Jalta ausgehandelten Abzug der Amerikaner Anfang Juli 1945 aus Sachsen die lokalen Schalthebel der politischen Macht in dem von ihnen gewünschten Sinn durch eine gezielte Auswahl von Personen und Parteien umzustellen gedachten, das beweisen Nora Blumberg anhand von Leipzig (amerikanisches Modell) und Rainer Behring anhand von Chemnitz (sowjetisches Modell). Die Sowjetunion konnte freilich in ihrer Besatzungszone die ab 1945 getroffenen Entscheidungen bis über die Gründung der DDR hinaus zum Jahr 1989 durchsetzen, wie es der Historiker Tilman Pohlmann am Beispiel der damals installierten 1. Kreissekretäre der SED aufzeigt. Die damalige Mischung von Altkommunisten und jungen, erfolgshungrigen Neueinsteigern beherrschte die DDR zuverlässig bis zu ihrem Ende, weil jene Kader, allein schon durch ihre

Existenz und durch ihr Festklammern an der Macht, späterhin jüngeren, reformbewußten Kräften den Weg in die Schaltstellen der Macht versperrten. Auch die vielbeschworene „Bodenreform“, welche die Macht der „Junker und Kriegstreiber“ brechen sollte, war gleich mehrere Aufsätze im Sammelband verdeutlichen es, eigentlich nur

an der Macht, späterhin jüngeren, reformbewußten Kräften den Weg in die Schaltstellen der Macht versperrten.

Auch die vielbeschworene „Bodenreform“, welche die Macht der „Junker und Kriegstreiber“ brechen sollte, war gleich mehrere Aufsätze im Sammelband verdeutlichen es, eigentlich nur



Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals, Francesca Weil (Hrsg.): Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016, gebunden, 572 Seiten, 85 Euro

Mittel zum Umbau der vorgefundenen Gesellschaft hin in Richtung eines leninistisch-stalinistischen Gesellschaftsmodells. Daß man im Rahmen des sozialistischen Umbaus auftauchende Probleme immer wieder dem „Klassenfeind“ in die Schuhe schob, dies erläuterte der lesenswerte Aufsatz von Konstantin Hermann über „tolerierete Devianz“ bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität. Würde Kriminalität zur Massenerscheinung, dann wurde statt von der aktuellen Führungsschicht zu verantwortenden Mängeln meist „ehemalige HJ-Führer“ verantwortlich gemacht, welche zugleich hochkriminell seien und die Jugend aufwiegelten.

Auch die Sorben erlitten 1945 ein bitteres Schicksal

Auch der in Sachsen existierenden slawischen Minderheit der Sorben wird in dem Sammelband Raum gegeben, welche in der NS-Zeit in ihrer Sprach- und Kulturpflege drangsaliert wurden. Dennoch wurden die Sorben in den von Polen okkupierten Gebieten der schlesischen Oberlausitz genauso gnadenlos wie ihre deutschen Nachbarn vertrieben, lediglich in der Ober- und auch Niederlausitz genossen sie später eine gewisse, wohlwollende Sonderbehandlung. Zuvor spürten aber auch die in Sachsen lebenden Sorben von der späteren Fürsorge nichts und mußten wie alle anderen unter der sowjetischen „Befreiung“ leiden, die seit April 1945 besonders in Ostsachsen von einer Reihe brutaler Übergriffe und Massaker an der Zivilbevölkerung begleitet war. Wie eine Betroffene über die Soldaten der Roten Armee und deren Verhalten 1945 aussagte: „Wir hatten solch ein Vertrauen, weil sie doch Slawen waren wie wir. Wir haben versucht, auf sorbisch mit ihnen zu reden, doch auch das hat uns nicht geholfen.“

www.hait.tu-dresden.de

Helmut Schmidts Kampf gegen Links

Vor vierzig Jahren verabschiedete die Bundesregierung das „Antiterrorgesetz“, um dem Terror der linksextremistischen Roten Armee Fraktion zu begegnen

WOLFGANG KAUFMANN

Im Sommer 1976 befanden sich zwar die wichtigsten Protagonisten der ersten Generation der Roten Armee Fraktion in Haft, doch war die links-terroristische Gefahr in der Bundesrepublik damit noch lange nicht gebannt. Davon zeugten weitere Gewalttaten von RAF-Nachrückern wie die Geiselnahme von Stockholm – außerdem gab es immer noch die Bewegung 2. Juni und mittlerweile auch die Revolutionären Zellen.

Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt sah sich veranlaßt, dagegen energische Maßnahmen von seiten des Staates zu starten. Eine davon sollte das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes (kurz: Antiterrorgesetz) sein. Es sah unter anderem

vor, den Paragraphen 129a des Strafgesetzbuches (StGB) einzuführen, der bereits die Gründung von terroristischen Vereinigungen sowie die Mitgliedschaft in solchen unter Strafe stellte. Dazu kam eine Anzeigepflicht für jeden, der irgendwelche Kenntnisse über Terrorgruppen besaß. Außerdem schränkte die Legislative die schriftliche Kommunikation zwischen Verteidigern und Angeklagten in Terroristenprozessen ein und verlieh den Sicherheitsorganen deutlich erweiterte Fahndungsbefugnisse.

Kritik an „breitstreuender Zensurwaffe“

Das Gesetz wurde am 24. Juni 1976 vom Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition von SPD und FDP verabschiedet. Zeitgleich kündigten die unionsgeführten Länder, welche seinerzeit über die Mehrheit im Bundesrat verfügten, eine Blockade des Res-

gelungspaketes an. Aus der Sicht der CDU/CSU ging das Ganze nicht weit genug. Sie wollte die Gründung von terroristischen Vereinigungen als Verbrechen statt nur als einfachen Straftatbestand eingestuft wissen. Darüber hinaus wurde eine Handhabe verlangt, um auch den mündlichen Informationsfluß zwischen den Terroristen und ihren Anwälten kontrollieren zu können. Doch gerade letzteres stieß auf massiven Widerstand beim politischen Gegner: Die Einschränkung von Freiheitsrechten verlange Augenmaß und Fingerspitzengefühl, argumentierte insbesondere die FDP.

Infolgedessen beschloß der Bundesrat am 16. Juli 1976, den Vermittlungsausschuß anzurufen. Dessen Beratungen endeten jedoch zehn Tage später mit einem Elf-zu-Elf-Stimmen-Gleichstand. Dennoch passierte das Gesetz dann kurz darauf die Länderkammer, weshalb es am 18. August 1976 in Kraft

treten konnte. Ursächlich verantwortlich hierfür war die Sorge der Regierungen von Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Niedersachsen und des Saarlandes, als Bremser im Kampf gegen den Terrorismus dazustehen. Während der entscheidenden Sitzung des Bundesrates am 29. Juli stimmten nur noch die Vertreter Bayerns gegen das Gesetzeswerk, nachdem sie die darin enthaltenen Neuregelungen ein weiteres Mal als in jeder Hinsicht mangelhaft kritisiert hatten: „Es wird, wie so oft in letzter Zeit, auch hier wieder nur der Schein entschlossenen Handelns erweckt.“

Und tatsächlich kam es trotz des juristischen Maßnahmenbündels im Folgejahr zu einer regelrechten Offensive der Roten Armee Fraktion, die dann zur Krise des „Deutschen Herbstes“ führte. Allerdings wurde das Antiterrorgesetz nicht nur deswegen kritisiert. Vielmehr war und ist der „Gummipara-

graph“ 129a auch Grünen und Linken ein Dorn im Auge, weil er angeblich als „breitstreuende Zensurwaffe“ gegen unerwünschte politische Meinungsäußerungen und Aktivitäten fungiere sowie der Einschüchterung von Systemgegnern diene.

Deshalb brachte die PDS-Fraktion 2001 einen Antrag im Deutschen Bundestag ein, den Paragraphen 129a StGB ersatzlos zu streichen – jedoch ohne Erfolg. Mitverantwortlich für diese Niederlage war dabei der Umstand, daß seit Sommer 1976 gegen mehr als 10.000 mutmaßliche Linksterroristen und deren Unterstützer ermittelt werden mußte. Gegenwärtig geht die Tendenz eher dahin, gruppenweise geplante und durchgeführte gemeingefährliche Straftaten wie Sabotage des Bahnverkehrs oder Brandstiftung nicht mehr als Terrorismus zu verfolgen, wenigstens nicht gegen derartige Aktionen der extremen Linken.

Die Veranstaltungen der nächsten Wochen:



**BIBLIOTHEK
DES
KONSERVATISMUS**

Eintritt nur nach Anmeldung unter
E-Mail: veranstaltungen@bdk-berlin.org
Fax: 030-315 17 37 21

Bibliothek des Konservatismus
Fasanenstraße 4
10623 Berlin
Tel. 030-315 17 37 25
Web: www.bdk-berlin.org



Karlheinz Weißmann

Rubikon

Deutschland vor der Entscheidung

Abendkasse: 5 € / 3 €

Buchvorstellung
9. September 2016, 19 Uhr



Hedwig von Beverfoerde

Existenzielle Werte verteidigen

Für Ehe, Familie und Leben

Abendkasse: 5 € / 3 €

Vortrag mit Diskussion
16. September 2016, 19 Uhr



Ludger K.

Was Nietzsche über Merkel wußte

Uralte Schriften entlarven unsere Gegenwart

Abendkasse: 12 € / 8 €

Politisches Kabarett
6. Oktober 2016, 19 Uhr



Alice Weidel

Zerfall oder Reform?

Die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraums

Abendkasse: 5 € / 3 €

Vortrag mit Diskussion
20. Oktober 2016, 19 Uhr

Entschlossener Pragmatismus

Die Tagebücher des NS-Ideologen Rosenberg

DIRK GLASER

Zu den irritierenden Umständen, die das Nürnberger Tribunal gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher begleiteten, gehört auch das Verschwinden von Akten vor und nach dem Prozeß. Erheblich mehr kriminelle Energie als andere „Souvenir“-Jäger unter seinen Kollegen bewies dabei Robert M. W. Kempner, der als Mitarbeiter des US-Anklägers Zugriff auf das gesamte Aktenmaterial hatte. Zeit-historisch interessante Dokumente unterschlug er und verwahrte diese bis zu seinem Tod 1993, ohne daß der vielbeschäftigte Advokat sie als Historiker je ausgewertet hätte.

Darunter befand sich das Gros der Tagebücher Alfred Rosenbergs, des 1946 in Nürnberg hingerichteten „Chefidologen“ der NSDAP, und, seit Juli 1941, des Reichsministers für die in der Sowjetunion besetzten Territorien. Da Kempners Nachlaß bald in „dunklen Kanälen“ verschwand, konnten US-Behörden Rosenbergs Diarier erst 2013 wieder aufspüren.



Jürgen Matthäus, Frank Bajohr (Hrsg.): Alfred Rosenberg Die Tagebücher von 1934 bis 1941. Die Tagebücher von 1934 bis 1944, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2015, gebunden, 650 Seiten, 26,99 Euro

In einer von Jürgen Matthäus (Holocaust Memorial Museum, Washington) und Frank Bajohr (Zentrum für Holocaust-Studien, München) mit instruktiver, umfangreicher Einleitung versehenen, aber nur kümmerlich annotierten Edition erblicken diese zeithistorisch wertvollen Dokumente nun endlich das Licht der Öffentlichkeit. Sie verdient zwar nicht das ihr von einigen eiligen Rezensenten generös verliehene Prädikat „sensational“, zwingt aber tatsächlich auf erheblichen Korrekturen am hergebrachten Rosenberg-Bild.

In der Forschung galt der vor der Russischen Revolution geflohenen Deutschbalte als höchst aktiver Mitspieler in der Frühphase der NSDAP, der mit seiner Publizistik zu „Bolschewismus und Judentum“ das Weltbild der Partei geprägt habe, aber sich als weltfremder Dogmatiker nach 1933 in der NS-Politik nicht durchsetzen konnte und zur Randfigur geworden sei. Eine Legende, die schon Hildegarde Brenners Studie über die NS-Kunstpolitik (1964) widerlegte, die zeigte, wie Rosenberg über den einer moderaten Moderne zugeneigten Joseph Goebbels triumphierte. Die Tagebücher-Edition verstärkt diese Deutung, indem sie den gerade aufgestiegenen „Ostminister“ als Pragmatiker mit „Sachkenntnis, Ideologiefestigkeit und Entschlossenheit“ präsentiert, eine Kombination, die „in der NS-Führungsriege selten“ gewesen sei.



Mikrofone einiger deutscher Leitmedien: Journalistischer Einheitsbrei entsteht auch dadurch, daß Medien sich gegenseitig beeinflussen

Im allzu engen Meinungskorridor

Der Medienwissenschaftler Uwe Krüger untersucht, warum wir den Medien nicht mehr vertrauen

HEIKO URBANZYK

Am Anfang der „Lügenpresse“-Vorwürfe, die sich außerhalb von und Facebook und Kommentarfunktionen in aufstrebenden Bewegungen wie Pegida oder dem AfD-Milieu entluden, sieht Medienwissenschaftler Uwe Krüger die Berichterstattung über die Ukraine, den Maidan-Protest sowie die Krim-Annexion. Warum ausgerechnet die einseitige, bewußt lückenhafte Ukraine-Berichterstattung den mündigen Medienkonsumenten wachrüttelte und zum offenen Widerstand gegen seine Oberlehrer in den Redaktionsstuben trieb, klärt der wissenschaftliche Mitarbeiter der Journalistik-Abteilung der Universität Leipzig bei allem Scharfsinn leider nicht. Er weiß lediglich, daß kremelfreundliche „Troll-Fabriken“ mit bezahlten Kommentatoren, die sich in den sozialen Medien erwiesenermaßen betätigen, nicht ansatzweise die Flut der Leserbriefe, Nutzerkommentare, Facebook-Posts, Twitter-Tweets und Blogs erklären können, die wie aus dem Nichts den „Mainstream“, die „Lügenpresse“ und die „Systemmedien“ mit Verachtung überschütteten.

Das kannten Journalisten bisher nicht: „Die kritisierten Medien reagierten mit Abwehr und Verdrängung“, so Krüger. Den Meinungsmachern fiel nichts anderes ein, als Nutzer zu sperren, Kommentare zu löschen oder die Kommentarfunktionen gleich vollständig abzuschalten. Kritiker wurden fortan als Verschwörungstheoretiker und Putin-Versther verächtlich gemacht. Diese große Ver-

trauenkrise vom Herbst 2014 ist für die Medien bis heute nicht überstanden.

Krüger versucht eine Versachlichung dessen, was heute als „Mainstream“ bezeichnet wird. Diesen gebe es zweifellos. Medienmacher schauten nachweislich auf die „Tagesschau“, „Tagesthemen“ sowie *Süddeutsche*, *Spiegel* und *FAZ* – und orientierten daran ihre Berichterstattung, ja: schrieben dort ab. Auch Falschmeldungen. Die großen deutschen Leitmedien wiederum schauten Richtung *New York Times*, *NZZ* und *BBC* sowie auf die Agenturen DPA, AFP, AP oder Reuters. „Auf jeden Fall wird deutlich“, spricht Krüger den Journalismus vom Vorwurf bezahlter Propagandaarbeit frei, „daß ein enger Meinungskorridor auch entstehen kann, wenn keine Abteilung für Agitation und Propaganda täglich Presseanweisungen an die Redaktionen verschickt und kein staatlicher Zensor vor Veröffentlichung die unliebsamen Stellen tilgt, sondern auch dadurch, daß Medien sich gegenseitig beobachten und beeinflussen.“



Uwe Krüger: Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr vertrauen. Verlag C.H.Beck, München 2016, broschiert, 170 Seiten, 14,95 Euro

Was die vom Konsumenten empfundene Arroganz der Medien betrifft, setzt Krüger ein Ursachenmosaik zusammen. Da sind auf der einen Seite Redakteure, die zunehmend in prekären Verhältnissen arbeiten: Fast ausnahmslos Akademiker mit eigener Herkunft

aus dem Bürgertum finden sich in einem Haifischbecken von Tagelöhnern wieder. Das Sendungsbewußtsein des links-bürgerlichen Journalistenproletariats ist weit vom wirklichen Leben derer entfernt, für die die Nachrichten und Reportagen verfaßt werden. Neben dem Zeitdruck, der eigene Recherchearbeiten verhindere, empfinde dieser Berufsstand sich eingeschränkt durch die erzwungene Rücksichtnahme auf die finanziellen Interessen des eigenen Medienhauses. Ein großer Teil journalistischer Arbeit fuße nicht mehr auf eigenen Themenideen der Redakteure, sondern werde unkritisch der PR-Arbeit von Unternehmen, Behörden, Ministerien, Parteien, „NGOs“ usw. entnommen – mit entsprechender Schlagseite.

Alpha-Journalisten sind oft von Politikern korrumpiert

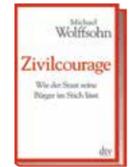
Auf der anderen Seite findet Krüger die Alpha-Journalisten. Gut bezahlte Meinungsmacher, die in höchsten Kreisen von Politik und Wirtschaft verkehren, mit exklusiven Informationen und Kontakten gefüttert werden – und damit faktisch nichts anderes als gekauft sind. Hier riskiert niemand seine Annehmlichkeiten, renommierten Kontakte und soziales Ansehen dadurch, daß er seine Informationen für Enthüllungsberichte nutzen würde. Die Bundespressekonferenz bildet nur den Unterbau einer Hierarchie von Salons und Wohnzimmer-treffen, zu denen man nur auf Empfehlung des jeweiligen „inner circle“ eingeladen wird. Udo Ulfkotte, ich hör dir trapsen!

Roß und Reiter nennt Krüger, wenn es darum geht, führende Namen des deutschen Journalismus mit provestli-

chen Organisationen in Verbindung zu bringen: Josef Joffe als Mitherausgeber der *Zeit* soll sich in insgesamt 19 elitären Vereinigungen engagieren, darunter die Trilaterale Kommission, Atlantik-Brücke und der American Council on Germany. Klaus-Peter Frankenberger, Ressortleiter Außenpolitik bei der *FAZ* war bis 2015 Mitglied der Trilateralen Kommission. Theo Sommer, langjähriger Chefredakteur und Herausgeber der *Zeit*, war zu seiner beruflichen Hochzeit für den German Marshall Fund of the United States tätig, Mitglied der Trilateralen Kommission und saß im Lenkungsausschuß der Bilderberg-Konferenz. Der Sitz von Theo Sommer im Bilderberg-Lenkungsausschuß ging im Jahr 2012 an den *Zeit*-Journalisten Matthias Naß. Dies sind nur einige wenige Namen, die Krüger nennt, und wer weiß, ob er selbst sie alle kennt. Sämtliche dieser Alpha-Journalisten eint durch ihre organisatorische Einbindung in die Politik, die sie eigentlich kontrollieren sollen, ein Band: die journalistische Sekundäre einer Bundespolitik, die von den Bürgern mehrheitlich abgelehnt wird, wie zum Beispiel bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Die „Lügenpresse“ wehre sich Krüger zufolge ab und an mit dem Argument, es gäbe doch auch kritische Berichte, die gegen den „Mainstream“ verliefen. Ein Feigenblatt, denn „es scheint genau das Wesen des Mainstreams in einer demokratischen Mediengesellschaft zu sein: nämlich daß kritische Perspektiven und abweichende Meinungen durchaus einmal vorkommen, aber keinen Einfluß auf die Folgeberichterstattung und die von Tag zu Tag fortgesetzte Erzählung der Geschichte in den Hauptnachrichtenseiten und großen Zeitungen haben.“

Frisch gepreßt



Michael Wolffsohn: Zivilcourage – Wie der Staat seine Bürger im Stich läßt. DTV Verlagsgesellschaft, München 2016, broschiert, 96 Seiten, 7,90 Euro

Gewaltmonopol. Indem der Staat seine Bürger zu Zivilcourage auffordere, riskiere er deren Leben. So lautet das Fazit des Historikers Michael Wolffsohn angesichts von Opfern wie Dominik Brunner oder Tugçe Albayrak, die in riskanten Situationen ihre Mitmenschen verteidigten und dabei umkamen. Diese „Helden der Menschlichkeit“ seien daher nicht nur Opfer von Kriminellen, sondern auch von „wohlmeinenden Gutmenschen“. Dabei gilt es als Uraufgabe des Rechtsstaates, für die innere Sicherheit Sorge zu tragen und seine rechtstreuen Bürger zu schützen. Diese Aufgabe mit einem „Aufstand der Anständigen“ auf die Staatsbürger indirekt abzuwälzen hieße, diese zur Selbstjustiz anzuhalten. Letztere sei ohnehin zu befürchten, da oft die Unfähigkeit des Staates erlebte werde, effektiv gegen Gewalt im öffentlichen Raum vorzugehen. Wolffsohn fordert in seiner Streitschrift daher den Staat als Träger des Gewaltmonopols auf, seiner Aufgabe nachzukommen, denn „ohne Sicherheit keine Freiheit, weil ohne Sicherheit kein Leben“. (kp)



Frank Buchholz, Horst Schuh: Bombenkrieg 1914-1918. London und Paris im Visier, Helios Verlag, Aachen 2016, gebunden, 88 Seiten, Abbildungen, 16,90 Euro

Bombenkrieg 1914-1918. Angesichts der im Zweiten Weltkrieg erreichten Zerstörungskraft nehmen sich die Luftangriffe während des Ersten Weltkrieges wie militärische Spielereien aus. Das gilt für alliierte Bombenangriffe auf Freiburg oder lothringische Industriestädte (über 15.000 Bomben mit knapp 750 getöteten Zivilisten) ebenso wie für deutsche Bombardements. Spärlische 51 deutsche Luftschiff- und 52 Fliegerangriffe erreichten zwischen 1915 und 1918 England. Da die Zeppeline ebenso wie die noch unausgereiften mehrmotorigen „Gotha“-Bomber nur geringe Bombenlasten trugen, fielen in drei Jahren nur 8.500 Bomben auf London und benachbarte Städte an der Ostküste. Als stärksten Effekt dieser Nadelstiche stuft daher Frank Buchholz, der dieses Randkapitel des Völkerringens akribisch nachzeichnet, den enormen Aufwand an Mensch und Material ein, den die Luftabwehr die Briten kostete. Das trifft auch für die von Horst Schuh geschilderten Luftkämpfe über Nordfrankreich zu, wo die deutschen Kräfte zu schwach waren, um selbst das besser als London erreichbare Paris auf der mit wenigen punktuellen Luftschlägen entscheidend zu treffen. (ob)

Martina Metzger
Offiziers Ehre und Widerstand
Das Reiterregiment 17 und die Wurzeln des Staatsstrechs vom 20. Juli 1944

Für Roland von Hösslin und seine Kameraden im Reiterregiment 17 bestand Ehre darin, ein auf christlichen Werten beruhendes Ethos zum Maßstab ihres Handelns zu machen. Welchen Einfluß hatte dies auf die Gewissensentscheidung der Offiziere im Widerstand gegen das NS-Regime?
304 S., geb.,
Best.-Nr.: 93145 **EUR 24,80**

Udo Ulfkotte, Stefan Schubert
Grenzenlos kriminell
Was uns Politik und Massenmedien über die Straftaten von Migranten verschweigen
Terroristen unterwandern Flüchtlingsströme, die Kriminalität nimmt nie gekannte Ausmaße an, die Polizei traut sich nicht mehr in „No-go-Areas“, die Scharia unterwandert unser Recht, und Islamisten infiltrieren die Bundeswehr. Die Autoren präsentieren Insider-Informationen!
318 S., geb.,
Best.-Nr.: 93141 **EUR 19,95**

Sabatina James
Scharia in Deutschland
Wenn die Gesetze des Islam das Recht brechen
Islamunterricht an deutschen Schulen. Öffentliche Forderungen, auch in Deutschland die Scharia einzuführen. Aufrufe zum Mord an Andersgläubigen. Die zum Christentum konvertierte islamkritische Aktivistin Sabatina James warnt vor den Folgen unserer besinnungslosen Toleranz.
144 S., Pb.
Best.-Nr.: 92849 **EUR 12,99**

Ernst Nolte
Ich bin kein Prophet / Je ne suis pas un prophète
Textfassung in deutscher und französischer Sprache
Das Gespräch versteht sich als Nachtrag zu Ernst Noltes umfangreicher Monographie Die dritte radikale Widerstandsbewegung: der Islamismus von 2009. Seitdem trat der Islamische Staat im Irak und in Syrien in Erscheinung, und es kam zu schweren Terroranschlägen in Europa
64 S., Pb.
Best.-Nr.: 93114 **EUR 9,00**

Ernst Nolte
Die dritte radikale Widerstandsbewegung: Der Islamismus
In diesem Werk stellt Nolte auf eine sehr überraschende Weise den Islamismus neben den Nationalsozialismus Hitlers und neben den Bolschewismus Lenins. Auch dem Islamismus gegenüber, dem Hauptgegenstand des Buches, ist Noltes Interpretation in erster Linie vom Willen zum Verstehen geleitet.
414 S., geb.
Best.-Nr.: 90341 **EUR 39,90**

Akif Pirincci
Die große Verschwörung
Wenn aus Männern Frauen werden und aus Frauen keine Männer
Möchten Sie Ulrich oder Ulrike heißen? Paßt der neue Lippenstift zu Ihrem Bart? Oder schämen Sie sich, noch normal zu sein? Die letzte Unterhose wird zum Kampfgebiet erklärt und Akif Pirincci zieht wieder ins Feld: gegen Gleichmacherei, Gender-Propaganda und Verschwörung.
320 S., Pb.
Best.-Nr. 92862 **EUR 17,80**

Andreas Lombard
Homosexualität gibt es nicht
Abschied von einem leeren Versprechen
Homosexualität betrifft nur eine Minderheit, wird aber zu einer Grundfrage der westlichen Welt aufgeblassen. Gefordert wird die totale Toleranz, die Leugnung jeder Differenz der Lebensformen. Das Ergebnis ist eine Industrialisierung der Liebe. Die Zukunft kommt aus dem Labor.
410 S., Pb.
Best.-Nr.: 92916 **EUR 22,80**

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!) Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum/Unterschrift

Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 16,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

gehen Sie online: jf-buchdienst.de

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

Abbildungen können vom Original abweichen!

EU-Liste: 37 invasive gebietsfremde Arten

BRÜSSEL. Die EU-Kommission hat vorige Woche eine erste Liste mit invasiven gebietsfremden Arten veröffentlicht. Die auf der EU-Richtlinie 1143/14 (*Invasive Alien Species*) beruhende Unionsliste umfasst 37 Säugetiere, Amphibien, Reptilien, Fische, Wirbellose sowie Pflanzen, Pilze und Bakterien, die „die europäische Artenvielfalt und Biodiversität bedrohen, indem sie einheimische Arten verdrängen“ (JF 13/15). Einige Tier- und Pflanzenarten könnten „Besitz, Ernte und Lebensgrundlagen bedrohen. Sie müssen an einem Eindringen gehindert werden – oder unter Kontrolle gehalten werden, wenn das nicht gelingt“, erklärte EU-Umweltkommissar Karmenu Vella. „Da invasive Arten an Landesgrenzen keinen Halt machen, ist hier die EU gefragt. Wir gehen ein Problem an, das wir nicht ignorieren können, denn es kostet uns über zwölf Milliarden Euro pro Jahr“, meinte der maltesische Sozialdemokrat. (fis)

► ec.europa.eu/environment/nature/

„Verhaltene Nachfrage“ nach E-Auto-Prämie

ESCHBORN. Eine Woche nach dem Start der 4.000-Euro-Kaufprämie für E-Autos (3.000 Euro für Hybrid) lagen beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) 718 Anträge auf „Umweltbonus“ vor. Spitzenreiter war der elektrische Renault Zoe (184 Anträge), gefolgt vom BMW i3 (127 mit und ohne Benzinhilfsmotor), dem BMW 225xe (80/teilelektrischer Plug-in-Hybrid), dem Mitsubishi Outlander Plug-in (54), den vollelektrischen Kia Soul EV und Nissan Leaf (28) sowie dem Golf GTE (24/Hybrid). „Die Antragszahl entspricht den Erwartungen, auch wenn die Nachfrage im Vergleich zu 150.000 Anträgen in den ersten Tagen der Online-Beantragung für die Umweltpremie etwas verhaltener ist“, erklärte Bafa-Chef Arnold Wallraff mit Blick auf die 2009 gezahlte Abwrackprämie von 2.500 Euro. (fis)

► www.bafa.de/bafa/de/presse

Westliche Wegwerfkultur und CO₂-Emissionen

POTSDAM. In den Ländern des globalen Nordens landen jährlich 1,3 Milliarden Tonnen Nahrungsmittel im Abfall. Dieser Anteil werde noch „drastisch ansteigen“, wenn Schwellenländer wie China und Indien den westlichen Ernährungsstil übernehmen. Zu dieser Warnung gelangt eine Studie des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, die sich der Frage gewidmet hat, mit welchen Nahrungsmittelverlusten künftig zu rechnen ist und welche Emissionen damit verbunden sind. Interessant ist dabei die Prognose, daß, fahre man mit der bisherigen Praxis fort, bis 2050 ein Zehntel der globalen Treibhausgasemissionen durch die Verschwendung von Nahrungsmitteln verursacht werde (*Forschung & Lehre*, 5/16). (ck)

► www.pik-potsdam.de



FOTO: IMAGO/REUTERS/PICTURE ALLIANCE

Beschlagnahmtes Tropenholz in Kinshasa/Kongo (l.), Löwen-skulptur aus birmesischen Palisander-Holz in Wuhan/China (r.), Teakholzverladung in Pinlebu/Nordbirma (u.): Nicht nur den dort Herrschenden, auch der Masse der Bevölkerung ist jedes Umwelt- und damit auch Unrechtsbewußtsein fremd

Tiefe Entwaldungsfronten aufgerissen

Chinas Hunger nach Tropenholz frißt den Regenwald in Birma und im Kongo / Lukrativer Raubbau?

CHRISTOPH KELLER

Daß China für seinen raschen Aufstieg in die Liga der weltwirtschaftlich führenden Nationen einen hohen ökologischen Preis zahlte, weiß man nicht erst seit den notorischen Bildern vom Peking Smog. Weniger bekannt jedoch als die Umweltverheerungen im Reich der Mitte selbst sind die Zerstörungen, die Chinas unersättlicher Rohstoffhunger in der asiatischen Nachbarschaft und in Afrika hinterläßt. Die Umweltjournalistin Christiane Kühl ist bemüht, gerade auf diese im doppelten Sinne „Schattenseiten“ ein Licht zu werfen (*Natur*, 6/16). Sie konzentriert sich dabei auf den „fatalen Holz hunger“ Chinas, der in Birma (Myanmar) sowie in der Demokratischen Republik Kongo (Zaire) bereits tiefe „Entwaldungsfronten“ aufgerissen hat. In beiden Regionen, in dem mit Primärregenwald bedeckten Norden Birmas – der an Chinas südwestlichste Provinz Yunnan anschließt und wo es eine chinesische Minderheit gibt – und

im Kongobecken, wo die größten noch existierenden Regenwaldgebiete Afrikas liegen, könnten die Voraussetzungen für illegalen Tropenholzeinschlag nicht günstiger sein: Birma und Kongo zählen laut Transparency International zu den 20 korruptesten Ländern der Welt. Eine funktionierende Forstverwaltung und ein ökologisch effizientes Management existiert weder in dem einen noch in dem anderen nordtief befriedeten Vielvölkerstaat. In absehbarer Zeit fehlt es zudem in beiden Ländern an Kapazitäten, um dies zu ändern. Und nicht zuletzt ist den Herrschenden wie der Masse der Bevölkerung jedes Umwelt- und damit auch Unrechtsbewußtsein fremd.

Freie Bahn für chinesische Einkäufer und Holzfäller

Allerdings meint Kühl vor allem in Birma einen bescheidenen Gesinnungswandel registrieren zu können. Immerhin verfügte schon das – inzwischen von einer demokratisch gewählten Regierung unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi abgelöste – Militärregime 2014 ein Ausfuhrverbot

für rohe Baumstämme, nachdem die eigenen Forstbehörden die Einschlagquoten 2013 wieder einmal „routinemäßig“ überschritten und statt der erlaubten 12.000 Teakbäume deren 60.000 hatten füllen lassen. Das Gegensteuern der Militärs konnte den blühenden illegalen Handel über den Landweg offensichtlich kaum eindämmen, da 2014 Palisanderstämme im Wert von 52 Millionen Dollar Richtung China fuhren.

Auf einem Territorium ohne staatliche Autorität und mit einer porösen Grenze stießen chinesische Einkäufer und Holzfäller darum fast ungehindert bis zu 300 Kilometer ins Landesinnere vor. Nach den von Kühl zitierten Angaben der Londoner Environmental Investigation Agency (EIA) sollen trotz dieses Aderlasses noch 50 Prozent Birmas mit Wald bedeckt sein, davon zehn Prozent Primärwald, der im menschenarmen Norden ganze Gebirgszüge überwächst.

Chinas Nachfrage sorgt jedoch für einen jährlichen Rückgang von 185.000 Hektar, zwei Prozent dieser Waldfläche. Soweit davon die Edelholzsorten Padouk und Tamalan betroffen seien, so schätzt die EIA, sei mit deren „kommerziellem Aussterben“ bereits 2020 zu rechnen. Parallel dazu verschwänden, in der südlichen Küstenregion Tanintharyi an der Andamanensee imposante Baumriesen, um nach indonesischem Vorbild Raum zu schaffen für Kautschuk- und Palmölplantagen (JF 16/16).

Haupttreiber des illegalen Einschlags ist das Prestigedenken der expandierenden chinesischen Mittelschicht. Wuchtige Möbelfurnituren aus Palisander gelten wohlhabenden Chinesen als Statussymbol. Ein Modetrend, der China zwischen 2000 und 2013, als sich die Einfuhr von 16 auf 33 Millionen Kubikmeter verdoppelte, zum weltgrößten Importeur illegalen Holzes aufsteigen ließ.

Wenig erstaunlich, überholte das Reich der Mitte 2012 die bislang im Kongobecken dominierende EU. 2014

agierten dort 20 chinesische Holzunternehmen, darunter acht Staatsfirmen, auf die drei Viertel der Einschlagquote entfielen. Wie Greenpeace-Ermittlungen ergaben, vertreiben drei Firmen sogar „erwiesenermaßen illegales Holz“. Belege, die aber lediglich die „Spitze des Eisbergs“ zeigen, da Zolldaten weit größere Exportvolumina dokumentierten, eine Diskrepanz, die sich im korrupten Kongo-Staat leicht vertuschen lasse.

Umdenken bei der chinesischen Forstbehörde?

Ignoriere der große Nachbar das birmesische Exportverbot, weil der Tropenholzhunger groß sei und die ebenfalls korrupten Behörden Chinas kein Interesse hätten, die illegale Herkunft der Stämme zur Kenntnis zu nehmen, deuten sich für Kühl gegenüber der Kongo-Republik neuerdings mehr ökologische Sensibilität an. Im Dezember 2015 habe China mit 50 afrikanischen Staaten erstmals eine Vereinbarung zur Kooperation im Kampf gegen illegalen Handel mit Flora und Fauna unterzeichnet.

Parallel dazu scheine ein 2014 ausgetretener Feldzug gegen Korruption in China Erfolge zu zeitigen: So wollen korrupte Kader nicht mehr durch Luxuswohnungen, Rolex-Uhren und eben Palisanderholzsitztecken auffallen. Die Edelholzpreise brachen daher im Sommer 2015 ein, in Yunnans Zwischenlagern stapelte sich Palisanderholz, die Nachfrage stockte. Was bei Chinas Forstbehörde ein Umdenken angestoßen habe, wie die EIA registriert. Vor zwei Jahren hätten die Offiziellen das Problem des illegalen Edelholzimports noch gelehnet: „Jetzt hören sie uns zu, fragen sogar um Rat.“

EIA-Studie zum Tropenholzhandel („Organised Chaos: The illicit overland timber trade between Myanmar and China“):
► eia-international.org/hiatus-in-timber-smuggling-from-myanmar-to-china

Waldfläche in China und Nordbirma

Nur ein Fünftel des Reichs der Mitte ist bewaldet



Umwelt

Greenpeace im Visier



Von Tobias Albert

Über 100 Nobelpreisträger haben in einem offenen Brief den Widerstand von Greenpeace gegen „grüne“ Gentechnik (GMO) verurteilt. Bis 2050 müsse sich die Nahrungsproduktion verdoppeln, um die wachsende Weltbevölkerung zu versorgen. Ohne den GMO-Einsatz sei dies utopisch. Kern des Streits ist der „Goldene Reis“. Mit seinem künstlich erhöhten Anteil an Provitamin A könne er 250 Millionen Menschen helfen, die an einem Vitamin-A-Defizit leiden. Besonders Kinder seien betroffen, jährlich würden Hunderttausende an den Folgen dieses Vitaminmangels sterben. Die Forscher beschuldigen die Umweltschützer daher, ein „Verbrechen gegen die Menschheit“ zu begehen. Während Greenpeace beim Klimaschutz gerne die Forschung zitiere, beruhe dieser Widerstand „nur auf Emotionen und Dogmen“ und richte sich gegen die wissenschaftliche Vernunft.

Ist Widerstand gegen die „grüne“ Gentechnik ein Verbrechen gegen die Menschheit?

Das Echo auf diesen Vorwurf folgte schnell. Greenpeace verwies auf eine Veröffentlichung im Fachjournal *Agriculture and Human Values*. Dort erklären die Anthropologen Glenn Stone und Dominic Glover, daß Goldener Reis noch weit davon entfernt sei, die notwendigen Teststudien zu bestehen, um auf dem Markt zugelassen zu werden. Stattdessen will Greenpeace darauf hinarbeiten, jedem Menschen den Zugang zu einer ausgewogenen Ernährung zu ermöglichen. Zwar betonen beide Kontrahenten, die Mangelernährung in der Dritten Welt bekämpfen zu wollen. Daß aber die Bevölkerungsexplosion daran maßgeblich schuld ist, verkommt in der Debatte zur Randnotiz. Während das Wettrennen zwischen Agrartechnik und Bevölkerungswachstum in die nächste Runde geht, hat die Familienpolitik Chinas bewiesen, daß es eine nachhaltigere Lösung für dieses Problem gibt.

„Laureates Letter Supporting Precision Agriculture (GMOs):“
► supportprecisionagriculture.org

Erkenntnis

„In Deutschland ist es ziemlich extrem, wir haben die niedrigsten Lebensmittelpreise der Welt. Das wird vielleicht dazu führen, daß die Betriebe, die bäuerliche Familie bleiben wollen, sich stärker auf Öko orientieren.“

Ulrike Höfken, Agraringenieurin und Agrarministerin in Rheinland-Pfalz

Der neue Weißmann. Jetzt erschienen!



Karlheinz Weißmann

RUBI KON

Deutschland vor der Entscheidung

Die krisenhafte Zuspitzung der Lage – unkontrollierte Massenzuwanderung, wachsende Kriegsgefahr, Terroranschläge, Versagen der Politischen Klasse – kommt nicht überraschend. Wie jede Entscheidungssituation hat sich auch diese lange vorbereitet. Mancher hat gesehen, was kommt, und vor den Gefahren gewarnt, ohne Gehör zu finden, weil seine Wahrheit eine unangenehme Wahrheit war. Das rächt sich nun bitter.

In diesem Buch geht es um eine Analyse auf kurze und mittlere Sicht, das zu begreifen, was jetzt geschieht, sich zuspitzt und die Verhältnisse zum Tanzen bringt.

JF EDITION



272 Seiten, gebunden,
Best.-Nr. 93021
EUR 19,90

Bestellen Sie telefonisch: 030/864953-25 oder online: www.jf-buchdienst.de

„Das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren“

Zu: „Wie das Gesetz es befiehlt“ von Michael Paulwitz, JF 29/16

Ohne Existenzberechtigung
Aufgrund der vielen Fehlurteile in letzter Zeit ist das Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat im Bewusstsein der Bürger längst verlorengegangen. Die einjährige Sozialromantik im Hinblick auf den von verantwortungslosen Politikern betriebenen Kulturbau hat großen Schaden angerichtet. So ist die Straffreiheit für verbrecherische Zuwanderer ein fundamentaler Rechtsbruch, ebenso wie die Anklage-Freistellung von Politikern wie Merkel und Genossen, die bestehende Gesetze brechen. Eine derartige Staatsauffassung hat in einer Demokratie keine Existenzberechtigung.

HERBER GAISER, MÜNCHEN

Glaubenskonform dispensiert

Man tut der deutschen Justiz unrecht, wenn man sie des zu laschen Umgangs mit muslimischen Straftätern bezichtigt, wie auch jetzt bei den Tätern der Silvesternacht. Sie macht nichts anderes, als sich den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes anzupassen, das schon 1971 die Priorität muslimischer Glaubensgebote vor den Rechten anderer unserer verfassungsmäßigen Ordnung und dem Sittengesetz feststellte und gleichzeitig betonte, daß ein Täter, der aus religiösen Gründen gegen unsere Rechtsordnung handelt, nicht belangt werden dürfe, da eine Bestrafung seine Menschenwürde verletze (BVerfG 19.01.0.1971, 1 BvR 387/65).

DR. OSWALD SCHEIBE, WUPPERTAL

Vergleich statt Rechtspflege

Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist schon seit Jahren erschüttert. Ich arbeite im Bausektor, dort wird nicht mehr mindestens zwei Jahrzehnten eher von „Rechtsverdreher“ als von Anwälten und Richtern gesprochen. Daher rate ich selbst als Sachverständiger meinen Auftraggebern nach Möglichkeit ab, vor Gericht zu ziehen. Justiz ist in einer Demokratie nur glaubwürdig, wenn sie sich als von der Obrigkeit unabhängig zeigt, aber das ist hier schon lange nicht mehr gewährleistet. Hier denke ich vor allem an die Praxis der letzten Bundesfinanzminister, einschließlich des amtierenden Wolfgang Schäuble, die sich grundsätzlich weigerten, Gerichtsurteile von Finanzgerichten, die einem Steuerzahlenden recht gaben, fairerweise in die Gesetze oder die Verordnungen für alle Steuerzahler einfließen zu lassen. Jeder objektive Rechtsanwalt bestätigt einem im Gespräch, daß kaum noch eine Rechtspflege zustande kommt, daß die Parteien seit Jahren dazu genötigt werden, Vergleiche abzuschließen.

LUDWIG ZANGL, LUSTADT

Zu: „Unter Beobachtung“ von Dieter Stein, JF 29/16

Mehr Trennschärfe
Es jährt sich in diesen Tagen, daß eine bedeutsame Zahl von AfD-Mitgliedern den Trennschirm zogen und die AfD Richtung ALFA verließen. Diese Zäsur hat die AfD überlebt, weil die politische Großwetterlage günstig war; es hätte auch schiefgehen können. Jetzt ist die AfD selber genötigt, Trennschirme zu ziehen: erstens zum Hobby-Historiker, Philosophen und Ex-Maoisten Wolfgang Gedeon, zweitens zur sogenannten „Identitären Bewegung“, und drittens zu Teilen der „Pariotischen Plattform“, welche die Parteilinie mißachten.
Ich sehe nicht ein, daß ein unbeschol-



JF-Ausgabe 29/16 vom 15. Juli 2016

tenes Ex-NPD-Mitglied aufgrund einer „Jugendsünde“ bei der AfD nicht mitmachen darf, während ein wirrer Antisemit auf größtmögliche Toleranz hoffen darf. Die wissenschaftliche Gutachterlösung hat zu Recht nur für wissenschaftliches Kopfschütteln gesorgt.
GOTTFRIED SCHWANG, OBEREGG

Zu: „Windige Träume zerstören Lebensräume“ von Christoph Keller, JF 29/16

Höchste Zeit für ein Moratorium
Es hätte sich gelohnt, auf den von der Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. initiierten Johannberger Appell für eine vernünftige Energiepolitik, insbesondere der Windkraft, einzugehen, der zur „Energiewende“ unter anderem feststellt, daß hier nicht CO₂-Einsparungen oder Innovationen angestrebt werden, sondern hier allein finanzielle und ideologische Motive ausschlaggebend sind.
Das haben bereits die Autoren des Jahresgutachtens 2013/14 erkannt, die der Bundesregierung ins Stammbuch schrieben: Die Energiewende verkommt zum Verteilungskampf – ausgetragen auf dem Rücken von Mensch und Natur. Als erstes müßte jetzt ein Moratorium bei der Förderung erneuerbarer Energien beschlossen werden.

PROF. DR.-ING. JÜRGEN ALTHOFF, ST. WENDEL

Zur Karikatur „Wenn sie kein Brot haben ...“, JF 28/16

Arrogant und realitätsfern
Diese Karikatur unterscheidet sich wohl-tuend von so manch anderer in diesen Tagen, die nur von ödem Konformismus kündigt. „Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie doch Kuchen essen (...)“ – diese hübsche Anekdote (zwar Marie Antoinette in den Mund gelegt, erstmals jedoch von Jean-Jacques Rousseau benannt) ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, daß sich die menschliche Natur im Grunde nicht ändert. Wenn Machteliten zu lange im Amt sind – mit reichlich Privilegien und zuwenig Kontrolle –, dann heben sie zwangsläufig ab, werden arrogant und realitätsfern. Juncker und Schulz dürfte das Lachen eines Tages noch vergehen.
DR. URSULA SCHNEIDER, BENDORF

Zu: „Die Burg wankt“ von Markus Brandstetter, JF 28/16

Zweierlei Maß
Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Merkwürdig, als die Griechen in einem Referendum vor

gut einhalb Jahren über den Verbleib in der Eurozone abstimmen durften, war alles in Ordnung – ein Akt der Demokratie, ein kluger Schachzug der Regierung. Keine einzige Forderung, daß man das Referendum wiederholen müsse, zum Beispiel weil nur die „falschen Leute“ abgestimmt hätten, manche Landesteile anders abgestimmt haben als der Rest, vor dem Referendum von irgendeiner Seite mit „Lügen“ gearbeitet wurde. Was war anders? Das Ergebnis des damaligen Referendums paßte den Brüsseler und Straßburger Eliten in den Kram, und die griechische Regierung wurde deswegen später für das brave Abstimmverhalten ihrer Bürger mit weiteren Milliarden spritzen belohnt.
DR. JÜRGEN PTUCHA, GOTHA

Europa benötigt Brüssel nicht

Es lohnt sich, die Geschichte der Referenden in der EU zu studieren. Da es noch keine EU-Richtlinie dafür gibt, wie ein Volk der EU zu wählen und abzustimmen hat, bleiben der EU wohl auch unangenehme Überraschungen nicht erspart. Jean-Claude Juncker hat den Kanal vom Brexit so voll, daß er zunächst einmal erzürnt und bitter enttäuscht CETA ohne Parlament durchwinkeln wollte. Hier wird deutlich, was die EU nicht will: direkte Demokratie und schon gar nicht die mit Abscheu beargwöhnten Volksbefragungen. Schon im alten Rom war das Volk der Hund, vor dem man sich hüten mußte. Nun hören wir wieder die alten Parolen von mehr Demokratie und Umbau des Verwaltungsmonsters Brüssel. Herr Schulz setzt noch einen drauf: Eine EU-Regierung müsse her!

Wer sich mit der EU vertiefend beschäftigen möchte, der sollte „Das Europa-Komplott“ von Hans Herbert von Arnim lesen. Es gibt nicht nur Gewinner in der EU, es gibt auch Verlierer, die wegen ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage nichts von den hehren Gedanken der EU haben. Sie können sich schlicht eine EU gar nicht leisten. Diese sind die Klientel, die Bürgerbegehren favorisieren und jedesmal die Referenden versauen. Trotzdem – Europa bleibt uns erhalten mit oder ohne Brüssel.
GÜNTHER TSCHERNKO, DRESDEN

Zu: „Verheerend für die Partei“, im Gespräch mit Wolfgang Fuhl, JF 28/16

Egoistisches Petry-Heil
Erneut versucht Petry, ihre parteiinternen Konkurrenten zu schwächen und schreckt dabei nicht einmal davor zurück,

Meuthen bei seinem berechtigten Kampf gegen Antisemitismus in der AfD in den Rücken zu fallen. Offensichtlich ist es ihr völlig gleichgültig, daß die AfD dabei schweren Schaden nimmt, wie die fallenden Umfragewerte beweisen. Auch daß der Bundesvorstand sich einstimmig für Meuthen ausgesprochen hat, kümmert sie offenbar nicht. Ein merkwürdiges Demokratieverständnis, fast schon „merkelig“. Das ist bei ihr allerdings nichts Neues. Schon früher ist sie in der AfD Sachsen gegen politische Konkurrenten mit fragwürdigen Mitteln vorgegangen.
RICHARD NEUBERT, GRIMMA

Zu: „Eine Frage der Distanz“ von Ronald Berthold, JF 28/16

Mit dem Volk per du
Leider ist es auch so, daß man keinen Volkshochschulkurs besuchen kann, ohne daß der Dozent gleich zu Beginn verkündet, daß man sich hier duze; als ich dem mal widersprach, wurde das (in einer kleinen Runde) zwar für meine Person respektiert, aber fortan war ich der Außenseiter.

Allerdings: Das allgemeine „You“ im englischsprachigen Raum ist mit unserem – je nach Bekanntheitsgrad des Angesprochenen vertraulichen oder plump-vertraulichen Du – nicht zu vergleichen, es ist nämlich die vor 300 Jahren auch bei uns noch gebräuchliche Anrede der 2. Person Plural: „Ihr“. Mit dieser Höflichkeitsanrede spricht man im Englischen (nach dem Rückzug des unserem „Du“ entsprechenden „Thou“ in den kirchlichen Bereich) also auch Eltern und enge Freunde an, was mich daran erinnert, daß Matthias Claudius' Ehefrau es sehr bedauert hatte, daß ihre Kinder sie nicht siezten, wie sie selbst es noch ihren Eltern gegenüber tun mußte!
HANS-OTTO SCHULZE, BUCHHOLZ

Zu: „La France? C'est fini“ von Markus Brandstetter, JF 28/16

Das Schicksal hieß von Choltitz
Nicht „ein gültiges Schicksal“ und auch nicht der Weihnachtsmann haben „die großartigen Gebäude“ von Paris vor der Zerstörung im Krieg bewahrt, sondern der deutsche Stadtkommandant General Dietrich v. Choltitz, der die Stadt entgegen Hitlers Befehl nicht verteidigte (und damit zerstörte), sondern kampflos den Alliierten übergab.
EBERHARD KOENIG, BAIERN

Zu: „Der Mittelstand – Kern deutschen Wirtschaftslebens / Einzigartig in der Welt“ von Markus Brandstetter, JF 28/16

Der Meister eroberte Südafrika
Ihr Lob für das duale handwerkliche Ausbildungssystem und das dreigliedrige Schulsystem hat mich in meinem Einsatz von 35 Jahren an der Berufsschule, auch in der gewerblichen Abteilung (Maurer, Schlosser, Maler), bestätigt. Bei einem Lehreraustausch nach Südafrika wurde ich 1976 als Berufsschullehrer immer mit „Meister“ angesprochen, so weit hatte sich die Achtung für das deutsche Handwerk auch bei den dort handwerklich ausgebildeten Bantus verwurzelt.
GEORG K. SCHMELZLE, NORDEN/OSTFRIESLAND

Zum Schwerpunktthema: „Das war erst der Anfang“, JF 27/16

Die europäische Elite verzweifelt
Angela Merkels trotzige Feststellung, die EU sei „stark genug, um die richtigen Antworten auf den heutigen Tag zu geben“, klingt eher wie ein verzwei-

felter Hilferuf. Über Jahre hat Europa, haben die Verantwortlichen der EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsstaaten es versäumt, die Europäische Union durch konsolidierendes Handeln zu stabilisieren und eine Rechts- und Wirtschaftsordnung zu bilden, die unter keinen Umständen Brüche toleriert. Stattdessen wurden eine Hinterzimmerpolitik betrieben, Parlamentsbeschlüsse und Volksabstimmungen verhindert und ignoriert, Rechtsbrüche, etwa bei den Maastricht-Kriterien, toleriert. Wer ist da angesichts des Brexits noch schockiert?

Die demokratiefeindliche Politik Brüssels und der Regierungen der EU-Staaten in den zwei letzten Jahrzehnten, die die Völker Europas mehr oder minder hinter Licht führte, sorgte für einen lange aufgestauten Unmut, der sich nun im Brexit entlud. Keine der großen Krisen ist bisher gelöst, weder die Banken- noch die Verschuldungskrise, weder die soziale Krise in etlichen EU-Ländern, noch die Flüchtlingskrise.

Der Brexit birgt indes eine Chance: Die Verantwortlichen der Europäischen Union wären gut beraten, die ursprünglichen Europa-Ziele eines Charles de Gaulle und Konrad Adenauer zu beherzigen. Wenn der deutsche Außenminister nun seine Ministerkollegen aus den ehemaligen Gründerstaaten der EU (Benelux, Deutschland, Frankreich, Italien) zu einem Gedankenaustausch über Europa einlädt, dürfte dies bei den restlichen EU-Mitgliedsstaaten neue Zwietracht auslösen, da sie sich ausgeschlossen fühlen müssen. Dies zeigt, daß die Verantwortlichen der EU keine Ahnung davon haben, wie es weitergehen könnte.
WOLFGANG D. WEITHÄUSER, DÜSSELDORF

Zu: „Politisch hyperkorrekt“ von Jörg Fischer, JF 26/16

Norwegen tankt anders
Letzten Monat waren wir für eine Woche in Norwegen. Bei den Stadtführungen kam das Thema „Elektro-Automobile“ zur Sprache. Diese Fahrzeuge sind am amtlichen Kennzeichen zu erkennen, EL. In Norwegen dürfen E-Mobile kostenlos in die Innenstädte, es gibt ein dichtes Netz von kostenlosen Stromtankstellen sowie steuerliche Vergünstigungen. Die Stromtankstellen werden übrigens von der Autoindustrie bereitgestellt. Da der norwegische Strom überwiegend durch Wasserkraft erzeugt wird, ist das eine umweltfreundliche Lösung. Ob das hier machbar wäre, bezweifle ich. Das fängt schon damit an, daß es bisher kaum Stromtankstellen gibt. Auch ist der Strom bei uns deutlich teurer! Und wie soll der Akku aufgeladen werden, wenn in meiner Garage kein Stromanschluß ist? Das Stromnetz jedenfalls dürfte kolabrieren, wenn um 22 Uhr alle E-Autos an die Steckdose gehen.
SIEGFRIED KIESELBACH, DÜSSELDORF

Liebe Leser!
Leider können wir nicht alle Zuschriften, die uns täglich erreichen, veröffentlichen. Auch müssen wir manchmal kürzen. Alle Briefe werden aber sorgfältig ausgewertet, wengleich wir sie nicht in jedem Fall beantworten können. Ihre Leserbriefredaktion

JF-Leserbriefredaktion,
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin,
Fax: 030/864953-14,
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de



Fragebogen

Milo Moiré

Performance-Künstlerin

Wo möchten Sie jetzt am liebsten sein?

Schwimmend an der Küste von Mauritius im Indischen Ozean.

Wofür lassen Sie alles stehen und liegen?

Für Zivilcourage.

Was bedeutet Heimat für Sie?

Wenn ich die Augen schließen kann und mir alles vertraut ist.

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Freiheit.

Was haben Ihnen Ihre Eltern mitgegeben?

Zwei sehr unterschiedliche Lebensansichten.

Welches Buch hat Sie nachhaltig beeinflusst?

Ein Bildband von Francis Bacon.

Welche Musik mögen Sie?

Elektronische Musik, unter anderem Aphex Twin, James Blake und die Neo-Soul-Sängerin Erykah Badu.

Welches Ereignis ist für die Welt das einschneidendste gewesen?

Die Erkenntnis, daß die größten Gefahren nicht mit bloßem Auge wahrnehmbar sind.

Was möchten Sie verändern?

Die Wahrnehmung gewohnter Sichtweisen.

Woran glauben Sie?

Wissenschaft und Kunst sind die Entwicklungsschlüssel für die Menschheit.

Welche Werte sollen wir unseren Kindern weitergeben?

Der Moral nicht blind zu folgen.

Welche Bedeutung hat der Tod für Sie?

Ein Ablaufdatum, das mich ins unbegreifliche Nichts überführt.

Milo Moiré, geboren 1983, ehemaliges Model und studierte Psychologin, ist eine aus der Schweiz stammende Performance-Künstlerin, die durch ihre öffentlichen Reenactment-Aktionen bekannt wurde, etwa durch ihren nackten Protest auf der Kölner Domplatte gegen die sexuellen Übergriffe der Silvesternacht. Im aktuellen *Playboy* (August 2016) ist Moiré mit einem Interview und mit Bildern ihres Lebenspartners Peter Palm verbunden, darunter auch das oben abgebildete Porträt.
► www.milomoire.com
► www.unlimitedmuseum.com/

Herausgeber und Verlag:
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG

REDAKTION
Chefredakteur: Dieter Stein
Stellv. Chefredakteur: Thorsten Thaler
Chef vom Dienst: Matthias Bäcker

Verantwortliche Redakteure: Titel, Geschichte, Literatur: Matthias Bäcker; Meinung, Online (Leitung): Felix Krautkrämer; Im Gespräch: Moritz Schwarz; Politik: Christian Vollradt; Außenpolitik, Hintergrund: Dr. Curd-Torsten Weick; Wirtschaft, Natur & Technik: Jörg Fischer; Kultur: Thorsten Thaler; Medien: Ronald Gläser; Thema, Forum, Sein & Zeit: Christian Rudolf; Leserforum: Christian Dorn; Schlußredaktion: Matthias Seegrün; Reporter: Hinrich Rohbohm; Online: Henning Hoffgaard, Anni Mursula;

Ständige Korrespondenten: Prof. Dr. Günter Zehm, Thorsten Hinz, Michael Paulwitz, Alain de Benoist (Paris), Prof. Elliot Neaman (San Francisco)

Satz und Gestaltung: Daniela Lemke, Andrea Müller, Kristina Tarras
Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT hält sich an die bewährte traditionelle deutsche Rechtschreibung, wie sie bis zum 1. August 1999 gültig war.

Vertrieb für den Zeitschriftenhandel: IPS-Vertrieb GmbH, Postfach 1211, 53334 Meckenheim

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstr. 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen: Berliner Medien Vertrieb. Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2016. Tel: 030/66406755

Jahresabonnement: EUR 182,- (Sozialabo EUR 118,50; Schülerabo EUR 86,-); Bezugspreis für das Ausland: Europa EUR 222,- (Sozialabo EUR 158,50; Schülerabo EUR 126,-); Übersee/Luftpost: EUR 238,- (Sozialabo EUR 174,50; Schülerabo EUR 142,-). Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wird es nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt.

Konten: Postbank Berlin
IBAN: DE57 1001 0010 0002 7161 08, BIC: PBNKDE33

Nachdruck: Nur mit Genehmigung des Verlages.

Sammelanschrift: JUNGE FREIHEIT, Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin

Telefon: 030/864953-0
Fax: 030/864953-14
E-Mail: verlag@jungefreiheit.de
Internet: www.jungefreiheit.de



JF-Intern

Freude mit Trauer

Erfreuliche Nachricht: Immer mehr Interessenten folgen uns in den sozialen Netzwerken und gelangen so direkt zu unseren Online-Artikeln. Nachdem wir erst im März dieses Jahres die Marke von 100.000 Facebook-Freunden geknackt hatten, ist die Zahl unserer „Follower“ auf dem Kurznachrichtendienst Twitter jetzt fünfstellig. Am vergangenen Freitag folgte uns der zehntausendste Nutzer – Tendenz steigend.

Im Vormonat erreichte unser „Gewitzscher“ mit 190 Einträgen 623.000 Personen. Fast 17.000 Nutzer des vor allem von Medienleuten gern genutzten sozialen Netzwerks klickten auf die Profiseite der JUNGEN

FREIHEIT. Mehr als tausend Mal erwähnten Twitterer das bekannte Konto @Junge_Freiheit. Unsere Zeitung ist nicht nur im Printsektor, sondern auch online längst eine feste Größe auf dem deutschen Medienmarkt und wächst in den sozialen Netzwerken exponentiell.

Traurige Nachricht: Wie wir leider erst Anfang dieser Woche mit großer Bestürzung erfahren haben, ist unser ehemaliger Buchdienst-Mitarbeiter und langjährige Autor Wolfgang Saur bereits Mitte April dieses Jahres völlig unerwartet im Alter von nur 57 Jahren verstorben.

Lukas Steinwandler / Thorsten Thaler

In aufrichtiger Anteilnahme trauern wir um unseren langjährigen Freund und Autor

Wolfgang Saur

* 09.01.1959 † 20.04.2016

Wir werden ihn als einen liebenswerten und allseits geschätzten Kollegen in Erinnerung behalten und ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

JUNGE FREIHEIT
Wochenzeitung für Debatte

Der Flaneur

Freakshow im Ostseurlaub



Von Ronald Gläser

Urlaub an der Ostsee. Neben der Ferienwohnung ist ein Bäcker. Frische Brötchen und Croissants. Vor allem freue ich mich über die Berliner Lokalzeitungen, die er auch verkauft.

Erster Tag. Der Verkäufer nennt seinen Preis, und ich greife in die Tasche, um die nötigen Münzen auf den Tresen zu legen. Während ich noch das Kleingeld sortiere, schlägt der Verkäufer plötzlich mit voller Wucht gegen eine Scheibe, an der ein kleiner Zettel auf Karopapier hängt. Handschriftlich steht dort: „Aus logistischen Gründen können wir keine Ein- und Zwei-Cent-Münzen akzeptieren.“

Jetzt fällt mir auf, daß alle Preise gerundet sind. Der Verkäufer glogt mich an, als wolle er mir an die Kehle springen, während ich das lese. Vielleicht hatte er ja einen schlechten Tag. Er und die drei Handwerker in der Ecke, die mich anschauen, als wäre ich schwer von Begriff.

Drehen die hier eine neue RTL-Reality-Doku über die „Servicewüste Deutschland“?

Neuer Morgen, neuer Versuch. Ich: „Ein Mohnhörnchen, ein Käsebrötchen...“ In dem Moment wird meine Aufzählung jäh unterbrochen. Der Verkäufer grunzt mich an: „Hat er bestellt?“ – „Äh, nein.“ – „Dann gib’s keine Käsebrötchen. Die gib’t nur für Leute, die bestellt haben. Sonst bestelle ich zuviel und werde die Ware nicht los.“

Ich schaue mich vorsichtig nach Kameras um. Vielleicht drehen die hier eine neue RTL-Reality-Doku über die „Servicewüste Deutschland“ oder so etwas Ähnliches. Keine Kamera zu entdecken. Nur die drei Handwerker, die mich wieder sehr skeptisch ansehen.

Wichtig für mich war die Information, daß der Verkäufer kein Bäcker ist und fremde Ware weiterverkauft. Dazu diese Ansprache in der dritten Person („Hat er bestellt?“). Ich sage nur: Freakshow.

Die restlichen Tage ging ich in eine andere Bäckerei. Wie gut, daß wir in einer Marktwirtschaft leben, in der es mehrere Anbieter zur Auswahl gibt. Dabei – das muß ich gestehen – habe ich für die Abschaffung der Ein- und Zwei-Cent-Münzen Sympathien. Wer braucht die noch?

» Die Zeit fährt Auto, doch kein Mensch kann lenken. «

Erich Kästner (1899–1974)

Einfach elegant

Auszeichnung für ausgezeichnete Formschönheit: Der „Rote Punkt“ für schöne Dinge des Alltags

RONALD BERTHOLD

Design prägt seit jeher den Eindruck der jeweiligen Zeit. Rokoko, Biedermeier – ganze Epochen tragen den Namen von Kunstströmungen oder umgekehrt. Doch wie ist es heute? Wie werden unsere Nachfahren einmal auf das beginnende 21. Jahrhundert zurückblicken? Architektonisch wird sicherlich nicht viel bleiben, vor dem künftig Tausende staunend stehen. Aber Gestaltung beginnt im Kleinen. Einige Zeitgenossen greifen bei der

Einrichtung ihres Zuhauses auf gute Fänge beim Trödelmarkt zurück. Andere warten gebannt auf die neueste Entwicklung und abgefahrenes Design. Der Red Dot Award zeichnet jährlich die am besten gestalteten Dinge des Alltags aus. Gerade erst kamen im Ruhrgebiet 41 Experten zusammen, um mehrere Tage 5.200 eingereichte Objekte zu begutachten. Den Preis vergaben sie 1.304mal. Die allerhöchste Auszeichnung „Red Dot: Best of the Best“ erhielten 79 Produkte. Die JUNGE FREIHEIT hat sich hier einmal umgeschaut und die bemerkenswertesten, schönsten sowie skurrilsten Dinge unter die Lupe genommen.

Kaffeevollautomat Drop

Wer sich einen beim Kaffeekochen in die Höhe springenden Tropfen des Heißgetränkes vorstellt, ahnt in etwa, wie der Kaffeevollautomat „Drop“ (englisch für Tropfen) aussieht. Das High-Tech-Gerät mit der schwarzen Kugel im oberen Bereich kann durch seine runden Formen von fast allen Seiten bedient werden und bietet daher neben dem bemerkenswerten Design auch eine bestechende Funktionalität. So lobte die Jury auch, daß „die Art und Weise, wie bei dieser Kaffeemaschine der Wasserbehälter gestalterisch in die Basis integriert“ wurde, „faszinierend“ sei. Und auch die Bedienung funktioniere „mühselos und ist ausgesprochen komfortabel“.



Airbus A 350 XWB



Ein bißchen wirkt die Einrichtung des Airbus A350 XWB, wie wir uns früher das Reisen mit Raumschiffen vorgestellt haben. Spacig aussehende Bildschirme dominieren das Interieur des Flugzeuges. Trotzdem erscheint die Kabine aufgeräumt und großzügig. So war es auch das Ziel, „ein modernes und geräumiges Umfeld für Passagiere und Crew zu schaffen“. Tatsächlich vereinen fortlaufende Linien sich mit ausgewogenen Proportionen, die Weite und Offenheit suggerieren. Akzentuierte Beleuchtung läßt Gestaltungselemente und damit die Passagierkabine optisch leichter aussehen. Die Jury befand: „Das Innere wirkt derart großzügig bemessen, daß keinerlei Gefühle von Enge entstehen.“



Mesh-Leuchte

Heute noch einen Kronleuchter in einen Wettbewerb für modernes Design einzureichen, zeugt von Mut. Aber so wie der Mailänder Gestalter diese Herausforderung gemeistert hat, muß man ihm zugestehen, daß er die Mischung aus Antiquität und Moderne hinbekommen hat. Dutzende LEDs leuchten an den Kreuzungen des Metallkabelnetzwerkes. Dadurch wird das Licht gleichmäßig im Raum verteilt und schafft gewisse Gemütlichkeit, die an alte Zeiten erinnert. Auch den



Juroren gefiel, daß die Gestaltung „den Kronleuchter auf bestechend intelligente Weise neu“ interpretierte. Die Formensprache emotionalisiere den Betrachter.

Schweizer Messer

Wer das klassische Schweizer Taschenmesser liebt, der wird mit der gestalterischen Überarbeitung des Traditionsproduktes nicht einverstanden sein. Ein wenig erinnert es in seiner neuen Form an einen futuristischen

USB-Stift. Daß es sich nicht zu weit von seiner ursprünglichen Form entfernt habe, befand jedoch die Jury. Es vereine „Tradition gekonnt mit inspiriertem Design“, besitze die „vertrauten Eigenschaften des Schweizer Messers und ist dennoch neu“.



A'tolan House



Vom Leben in der Natur träumen viele. Doch dann sollte sich das Haus auch in die Natur einpassen und Komfort bieten. Ein klarer Grundriß und die an der Ostküste Taiwans natürlich vorkommenden Materialien machen das A'tolan House zu einem Wohlfühlort auf der chinesischsprachigen Insel. Obwohl oder vielleicht gerade weil ein dezenter Purismus

auch im Innern nicht zu übersehen ist, schafft das Haus Geborgenheit und Funktionalität zugleich. Eingebettet in die steinige Strandlandschaft zeichnen die Experten das Haus auch deswegen aus, weil es den Lauf von Licht und Luft berücksichtigt. Diese „können aus allen Richtungen ungehindert hindurchfließen und schaffen eine Atmosphäre der Ruhe und Erholung“.

http://de.red-dot.org

Haltungsnote



Um Zeit für die Liebe zu haben

CHRISTIAN RUDOLF

Man geht auf die Fünzig zu, steckt im täglichen Trott, ist mit Arbeit zugeschüttet, und obwohl alles nicht unspannend ist, hat man das Gefühl, mehr gelebt zu werden als zu leben. Da anzuhalten, innezuhalten, umzukehren und zu etwas Neuem aufzubrechen, verlangt einem viel ab, das bringt nicht jeder, mental nicht, finanziell nicht.

Um so bemerkenswerter der Schritt, den die Journalistin Katrin Huß („Hier ab vier“) gegangen ist. Nach 18 Jahren hängt die bekannte Moderatorin des MDR-Nachmittagsfernsehens ihre TV-Karriere an den Nagel – und ihre Begründung auf Fa-

cebook berührt wegen ihrer Offenheit. „Ich bin erfolgreich mit dem, was ich tue, aber bin ich erfüllt?“ Wohl mehr als 2.000 Menschen hat sie vor der Kamera interviewt, doch irgendwann habe sie bemerkt, „daß ich vergessen habe, meine eigene Lebensgeschichte zu schreiben“. „Ich habe keine Kinder, keine eigene Familie, wenig Zeit für Freunde und noch weniger Zeit für die Liebe.“



Katrin Huß

Nüchtern gesteht Huß ihre Erfahrung: Man wähnt sich auf der Karriereleiter, doch eigentlich ist es ein Hamsterrad. Nun ist die im mitteldeutschen Delitzsch aufgewachsene Huß 47 Jahre alt – und die großen Fragen tauchen auf: „Wer bin ich? Wohin geh ich? Mit wem?“

Knapp daneben

Lebenssinn bietet nur der Beruf

KARL HEINZEN

Jahrzehntelang glaubte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Interessen der Arbeitnehmer am besten zu vertreten, wenn er nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für immer mehr Freizeit stritt. Unermüdet setzte er alles daran, die Regelarbeitszeit so weit wie möglich zu senken und die Urlaubsansprüche der Beschäftigten auszuweiten. Überstunden erschienen ihm als unmoralisch. Unternehmer, die es wagten, unbezahlte Mehrarbeit zu verlangen, wurden als soziale Ausbeuter diffamiert.

Jetzt jedoch muß der DGB feststellen, daß sehr vielen Arbeitnehmern all das, was er für begehrenswerte soziale Errungenschaften hielt, ziemlich gleichgültig ist. Jeder dritte Erwerbstätige ver-

zichtet heute freiwillig auf Urlaubstage, die ihm vertraglich eigentlich zustehen. Als besonders generös gegenüber ihrem Arbeitgeber erweisen sich dabei ausgerechnet jene, die an ihrer Arbeitsstelle alles geben, die Überstunden häufen, die ständig abrufbar sind. Von ihnen läßt sogar jeder zweite Urlaubstage verfallen.

Früher hatten Arbeitnehmer noch Kinder, heute wartet daheim jede Menge Unterhaltungselektronik.

Eine solche Hingabe an den Beruf muß Gewerkschaftsdumpfbacken aber ein Rätsel sein. Für sie ist Arbeit eine Ware, die man am Markt verkauft, und, wie das am Markt halt so ist, möchte man möglichst wenig geben und möglichst viel bekommen. Ihr Leibbild ist der Faulenzer, der die Hand aufhält.

Die Wirklichkeit ist aber anders. Immer mehr Menschen erkennen, daß ihnen die Freizeit nichts zu bieten hat, was ihrem Leben einen Sinn geben könnte. Früher hatten Arbeitnehmer noch Kinder, und wenn sie nach Hause gingen, wartete nach dem Schuft im Betrieb die Familienarbeit auf sie. Auf die Arbeitnehmer von heute warten daheim die genauso neurotisierten Lebenspartner und jede Menge Unterhaltungselektronik. Sie verplumpen ihr Dasein mit sogenannten Freunden, die der Zufall auf den Lebensweg gespült hat, und lassen sich von der Freizeitindustrie bespaßen. Halt und Erfüllung gibt ihnen nur der Beruf, in dem sie solidarisch mit Kollegen etwas schaffen, das andere Menschen benötigen. Wenn sie nicht auch ein bißchen Geld zum Leben bräuchten, würden sie wahrscheinlich sogar dafür bezahlen, arbeiten zu dürfen.

30 JF Das JF-Deutschland-Abo für Sie oder als Geschenk

Ja, ich möchte die JUNGE FREIHEIT zum Aktionspreis von 26 Euro für 12 Wochen bestellen oder verschenken. Das Abo verlängert sich bis auf weiteres um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn es nicht zwei Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Rechnungs-/Lieferanschrift Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! Kundennummer, falls zur Hand: _____

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Ja, ich bin damit einverstanden, auch künftig per Brief, E-Mail oder Telefon auf interessante Angebote der JF hingewiesen zu werden. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Lieferanschrift des Geschenk-Abonnement-Empfängers

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ Ort _____

bequem durch Bankeinzug

Kontoinhaber _____

IBAN bzw. Kontonummer _____

BIC bzw. BLZ _____ Bankinstitut _____

gegen Rechnung Ich ermächtige die JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co., Zahlungen von meinem Konto abzubuchen. Meine Bank weise ich darauf ebenfalls hin. Abbuchungen kann acht Wochen lang widersprochen werden. Unsere Gläubiger-ID lautet DE63220000632730, die Mandatsreferenz entspricht Ihrer Kundennummer. Die Einzugsermächtigung kann jederzeit beim JUNGE FREIHEIT Verlag, Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin widerrufen werden.

Datum _____ Unterschrift _____

Ausschneiden und absenden an: JF Leserservice - Hohenzollerndamm 27 a - 10713 Berlin - Fax 030/864953-50

30 JF Deutschland-Abo

Unser Geschenk für Sie zu 30 Jahren JUNGE FREIHEIT
12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT + Kinofilm
„Deutschland von oben“ für 26 Euro
Bestellen Sie auf: jf.de/deutschland-abo



Ihre Prämie

Deutschland von oben
im Wert von 9,99 Euro

Motiv 9 von 18: Berlin, Bodemuseum

Lesen, was Sache ist.